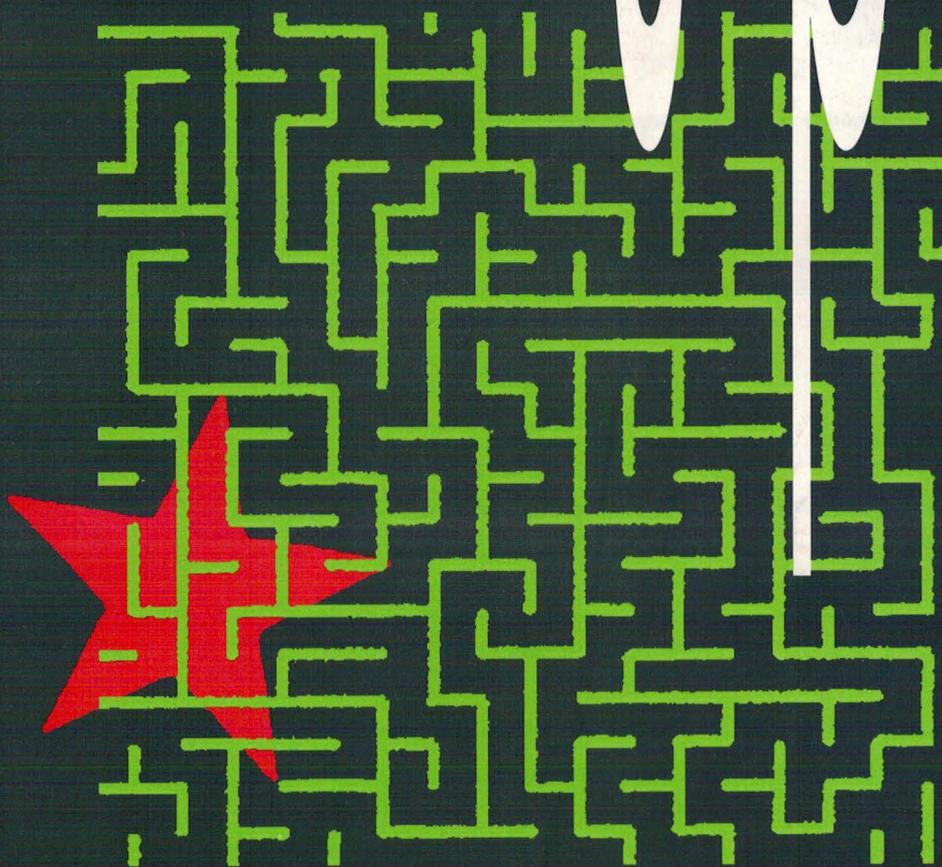


G 5361 F

**LINKE NACH DER WAHL:  
HORST PETER • ULRICH BRIEFS**

**D. ALBERS • K. DÖRRE  
S. KEBIR • K. H. TJADEN**

# **MODERNER SOZIALISMUS?**



ISSN 0170-4613

**MODERNER SOZIALISMUS**

**ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT  
AUSGABE 1/91 • HEFT 57 • JANUAR/FEBRUAR • DM 7,-**

IMPRESSUM

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Ulrich A. Bartsch, Bremen  
Horst Peter, Berlin  
Ulrich A. Bartsch, Berlin

Redaktion:

Ulrich A. Bartsch  
Ulrich A. Bartsch

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Postfach 10 15 50  
D-2000 Hamburg 15  
Telefon (0410) 122 11-12  
Telefax (0410) 122 11-13

Verlag:

Verlagsgesellschaft  
Postfach 10 15 50  
D-2000 Hamburg 15  
Telefon (0410) 122 11-12  
Telefax (0410) 122 11-13

Konto des Verlages:

Postfach 10 15 50  
D-2000 Hamburg 15  
Telefon (0410) 122 11-12  
Telefax (0410) 122 11-13

• Preisvergleich 1990: 6. Jahrgang

- Preisvergleich 1990: 6. Jahrgang  
• Preisvergleich 1990: 6. Jahrgang

• Abgabe in den Einzelhandel

Abgabe in den Einzelhandel

W. Peter, 1990, Monographien  
Zur Internationalisierung der  
Märkte, 1990, 1991, 1992, 1993  
Abgabe in den Einzelhandel  
Abgabe in den Einzelhandel  
Abgabe in den Einzelhandel  
Abgabe in den Einzelhandel  
Abgabe in den Einzelhandel

ISSN 0170-4613

Postfach 10 15 50  
D-2000 Hamburg 15

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck,  
Vervielfältigung und Verbreitung,  
auch auszugsweise, ist ohne schriftliche  
Genehmigung des Verlages strafbar.

Satz und Gestaltung:

Björn Casper & Michael Meixner

Druck:

New York, New York

13. Jahrgang, April 1991

**KOMMENTAR** Horst Peter:  
Rund-um Erneuerung ..... 5

Ulrich Briefs:  
Herausforderungen für die Linke - und die PDS? ..... 8

Ralf Krämer:  
Opportunismus gegenüber neokonservativem Zeitgeist ..... 10

Joachim Schuster:  
Startschuß für eine neue Qualität der EG-Integration? ..... 19

Oliver Brosch:  
Die Rock'n' Roll-Populisten ..... 16

**BERICHTE**  
Vereinigungskongreß ..... 18

**INTERVIEW**  
mit: Eberhard Fehrmann:  
Können Yuppies solidarisch sein? ..... 21

**DEBATTE**  
Klaus Dörre:  
Zivilgesellschaft und demokratische Frage ..... 28

Sabine Kebir:  
Die Internationalisierung der „Zivilgesellschaft“ ..... 36

Karl Hermann Tjaden: Wir brauchen eine  
Politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme ..... 41

Detlev Albers:  
1989 - 1917: Diesseits des Sozialismus ..... 48

**REPLIK**  
Oliver Brosch:  
Replik zu Hilgers/Sauer in spw 56 ..... 54

**INTERVIEW**  
mit: Walter Janka ..... 55

HORST PETER

## RUND - U M ERNEUERUNG

ZUR LAGE DER LINKEN, DER OPPOSITION UND DER PARTEI:  
NACH DEN BUNDESTAGSWAHLEN UND VOR DEM BUNDESPARTEITAG

Die Wahlniederlage ist eindeutig. Der Vorteil der Niederlage liegt in ihrem Umfang, denn jeder positive Interpretationsversuch läuft ins Leere. Niemand kann noch ein kleines Sieg-Element für sich herbeimogeln. Die vorhergehende Niederlage in den Volkskammerwahlen versperrt den einheitsfreudigeren Sozialdemokraten die Zuflucht zu dem Vorwurf, beim Kandidaten sei nicht genug Freude auf gekommen. Das mangelnde sozialpolitische Profil und damit Wahlabsentismus und Wanderungstendenzen der Stammwähler (der „Schmidt“-Wähler) ist denjenigen Sozialdemokraten geschuldet, die dem Schmidt'schen kargen Ideal der Finanzierbarkeit und Machbarkeit huldigen.

Zu recht wird festgestellt, daß die Partei mit dem Berliner Programm auf der Höhe der Zeit ist und die Themen der Zukunft ebenso wie die Visionen für die Zukunft besetzt hält und formuliert hat. Wenn wir für eine Rundenerneuerung der Partei plädieren, so heißt dies, daß die programmatische Erneuerung weitgehend, bis auf einige noch zu leistende Zuspitzungen, abgeschlossen ist: Der Krieg am Golf ist ein letzter Hinweis, wie dringlich ein sozialdemokratischer Entwurf für das Modell einer Weltinnenpolitik ist, der eine Antwort gibt auf die Frage, welche Rolle in Zukunft internationale Organisationen wie die UN zu spielen haben.

Die wichtigen zentralen Wegmarken sind jetzt die personelle und organisatorische Erneuerung. Wir müssen jetzt die handwerklichen Voraussetzungen für die politische Offensive schaffen, damit wir nicht nur die richtigen Themen, Visionen und Antworten haben, sondern das vereinte Deutschland in Europa ökologisch, sozial, demokratisch und friedlich gestalten können.

Horst Peter, MdB, SPD

Die strategischen Fragen der nächsten vier Jahre sind deshalb:

- Wie wird erfolgreich Oppositionspolitik im Parlament gegen eine drückend überlegene Regierungskoalition organisiert?
- Wird der CDU nochmals ohne eigenes Zutun ein Thema zufallen, mit dem sie von ihrer sozial, haushalts, finanz- und ökologischen Politik der verbrannten Erde ablenken, die auseinanderstrebenden Segmente ihrer Wählerschaft bündeln sowie die altersmäßig auswachsende Wählerschaft wettmachen kann?

Der Sieg des Kohl-Systems in der Bundestagswahl war der Sieg des auslaufenden Modells des „So tun als ob“, während die Realität dieser Welt politisches Handeln erfordert und allein das ökologisch-soziale Modell die Antwort der Zeit ist. Während Kohl, Reagan und Thatcher von der ökonomischen Substanz ihrer Gesellschaften und der ökologischen Substanz der Natur - auf Kosten nachfolgender Politik und nachfolgender Generationen - leben und die ökologisch-soziale Intervention dadurch immer drängender wird, macht das Ende von Thatcher und der Bruch des Versprechens „Keine Steuererhöhungen“ des Reagan-Nachfolgers Bush deutlich, daß diese Politik gescheitert ist. In diese Koalition legt die Stärkung der FDP den Sprengsatz, denn die Realisierung seines „Steuerblackouts“ wird Kohl erschwert. 1965 fuhr die morsche Erhard-Regierung ebenfalls noch einen Sieg in die Scheuern. Nach einem Jahr war sie zusammengekracht. Auch heute ist die FDP mit dem verurteilten Steuerhinterzieher Lambsdorff an der Spitze - die klassische Steuerverweigerungspartei. Mit dieser Bundestagswahl wurde der Einheitsprozeß und das Regierungshandeln plebiszitär ratifiziert, wurde die Vergangenheit bewertet. Jetzt muß

hat, wird es schwer haben. Umgekehrt kann - insbesondere in der SPD-Linken - heutzutage jeder Schwätzer (die Schwätzerinnen nicht zu vergessen), seine eigene Ahnungslosigkeit in ökonomischen und sozialen Fragen mit marktwirtschaftlichen Platitüden kaschieren und dafür auch noch Anerkennung ernten. Und wenn 99% anderer Meinung sind, so sollte doch festgehalten werden: Wer eine „Politik ausgewählter Wachstumsfelder“ (SPD-Grundsatzprogramm) hier und vor allem im internationalen Maßstab will, kann ja wohl nicht ernsthaft für die marktwirtschaftliche Ordnung plädieren.

Merkwürdigerweise ist in den letzten Wochen ein Vorgang abgelaufen, der kaum stapelweise sind in vielen sozialdemokratischen Parteibüros die Mitgliedsbü-

cher zurückgegeben worden. Ich schätze mal, daß es mehrere Tausend gewesen sein müssen, die gegangen sind. Vielfacher Anlaß: Die kaltschnäuzig durchgezogene Zwangsabbuchung eines Sonderbeitrages für die Ost-SPD. Nachdem gerade viele ältere Genossen und Genossen sich nur mit vielen Vorbehalten auf das neomodische Kassierungsverfahren eingelassen haben, war für sie das Maß voll. Nicht nur für sie. Was hinter diesem Vorgang steht: der angestaute Frust über die Politik der Partei, die immer weiter um sich greifende Öde des Parteilebens - eben auch das Gefühl, nicht gefragt und nicht gebraucht zu werden.

Der kommende Parteivorsitzende belehrt und beweist uns im übrigen, daß man so jung ist, wie man sich fühlt! Das kann man so oder so auslegen - erst recht für die Ges amtpartei (wie fühlt sie sich denn?). Auf jeden Fall gibt der moderne sozialdemokratische Realpolitiker viel darauf, jung geblieben zu

sein - wobei das, was „jung“ ist, der eigenen Definition überlassen bleibt. Diese wiederum richtet sich nach den eigenen sozialen Verhältnissen (das Sein bestimmt das Bewußtsein), was dann dazu führt, „Jung-Sein“ mit dem zu identifizieren, was man gemeinhin als „Yuppie“ kennzeichnet. Von diesen Leuten ist vor kurzem in NRW ein Papier erstellt worden, das uns auf den folgenden Seiten weiter beschäftigen wird. Hier eine erste Kostprobe:

Bodo Hombach u.a. sagen, es sei „problematisch, wenn Leute, die keine existentiellen Gefährdungen zu befürchten haben, zu heftigen moralischen Rigoristen werden oder in ihrer Rolle als ‚Genossen‘ anderen Askese empfehlen und hohe Lieder auf das Arbeiterleben singen.“ Solche Leute sind zwar nur selten anzutreffen, aber der Verweis eignet sich trefflich, um selber endlich ohne moralischen Rigorismus die Sau rauslassen zu können. Aber in der Regel kommen sie damit nicht weit, weil ihnen die „Politik“ doch zu wenig Raum läßt, wie ein richtiger „Yuppie“ zu agieren. Am Ende dieses Weges früherer Linker stehen die „Möchtegerns“, die gerne als Möchtegern-Yuppies noch Möchtegern-Linker bleiben möchten und dabei - nachdem sie die soziale Frage für sich persönlich gelöst haben - in Wirklichkeit nichts anderes ausleben als ihre politisch-biographische midlife-crisis. Sie stehen nämlich vor der bedrängenden Frage, wozu es sie eigentlich gibt. Das weiß ich allerdings auch nicht. Dieser Frage sollten wir vielleicht in einer der nächsten spws nachgehen.

*„Wie rasch altern doch die Leute in der SPD! Wenn sie dreißig sind, sind sie vierzig, wenn sie vierzig sind, sind sie fünfzig, und im Handumdrehen ist der Realpolitiker fertig.“*

(Kurt Tucholsky)

UWE KREMER

Weihnachten 1990: Schon wieder ein historisches Datum! Rundherum hat sich nämlich der größte Kaufrausch der deutschen Gesellschaft abgespielt.

Nein, nein: Es waren nicht alleine die Osis, die die Auslagen geplündert haben. Vor allem die Wessis haben in ihrem praktischen Verhalten den Siegeszug der postmateriellen Werte über die Philosophie des Habens als intellektuelles Gequatsche entlarvt. Die kapitalistische Warenproduktion (die wirkliche „Marktwirtschaft“) feiert nicht nur gegenüber der östlichen Barbarei, sondern auch innerhalb des Westens neue Siege. Wer unter diesen Umständen behauptet, daß der „Kritik der Politischen Ökonomie“ die Gegenstände entschwinden würden, glaubt wohl noch immer (oder schon wieder) an den Weihnachtsmann...

Dennoch: Daß die „Marktwirtschaft“ die beste aller Wirtschaften sei, ist nun auch in der Linken zum Allgemeinut geworden. Wer vor diesem Geßler-Hut nicht seine Verbeugung gemacht

Kohl Politik für die Zukunft gestalten. Und das heißt an erster Stelle: er muß tatsächlich Politik machen. Mit der merkwürdigen Dialektik von Beschleunigung und Beschwichtigung wird sich Kohl nicht mehr lange durchschlagen können. Opfer, Täter und Gewinner dieser Politik werden sich nicht mehr im seligen Einheitstaumel zusammenfinden. Deshalb ist auch die Frage der Republikaner für Kohl nicht erledigt.

Erinnern wir uns: 1988/1989 galt Kohl als erledigt und als Auswechselkandidat. Gerettet wurde Kohl und die Politik des „So tun als ob“ durch die Stimmungslage und die Erwartungshaltung in den fünf neuen Bundesländern. Vereint haben die 50er und 60er Jahre aus Ost und West nochmals die 90er Jahre besiegen können; der demokratische Impuls des November '89 blieb minoritär gegenüber dem ökonomischen Nachholbedarf der ehemaligen DDR-Bürger. Statt einer Stärkung der Demokratie und einem Mehr an politischer Kultur erleben wir die Stärkung des hemmungslosen Wachstumswahnsinns: eine Mischung aus Stickoxyden und stickigem Mief.

Diese Wahl wird es den Ex-DDR-Bürgern jedoch nicht ersparen, daß die Kohl-Regierung die Opfer des Realsozialismus nun zu Opfern der sozialen Marktwirtschaft werden lassen wird. Deshalb ist Klaus Hartung (TAZ) zuzustimmen, der als Oskar Lafontaines Tragik festhielt, daß Oskar Lafontaine zwar nicht auf der Höhe des Augenblicks, wohl aber auf der Höhe der Zeit, die am 2. Dezember 1990 begonnen hat, ist.

Auf parlamentarischer Ebene wurde das Modell des Dreiparteienparlamentes der 60 und 70er Jahre wiederbelebt. Ein Parlament ohne Grüne bedeutet für die SPD Zuwachs an demokratischer und ökologischer Verantwortung.

Das neue Politikverständnis des Berliner Programms, der Ansatz für ein Bündnis mit den „neuen und alten sozialen Bewegungen“, gewinnt plötzliche Aktualität. Wollen wir die außerparlamentarischen Bewegungen und die

die an sich nichts miteinander verbindet - nicht in eine Notche zwingen, die der PDS eine eigene und neue Legitimation verschaffen würde, müssen wir dieses Politikverständnis jetzt parlamentarisch und außerhalb realisieren. Es geht dabei nicht um Vereinnahmung und Domestizierung. Hier ist politische Sensibilität gefordert. Aber nur so kann der demokratische Impuls des November 1989 produktiv für die Bundesrepublik gesichert werden. Jetzt haben die Sozialdemokraten aus den fünf neuen Bundesländern gemeinsam mit Bündnis '90 die Chance, zur authentischen Vertretung der Interessen der Menschen in diesen Ländern zu werden.

Die Alternative der 90er Jahre heißt: Politikverweigerung des Kohl-Systems und Reduktion des Parlaments auf ein Legitimationssystem für Regierungshandeln oder Redemokratisierung und Reparlamentarisierung der Politik.

In der Europapolitik (Stichwort Europa '92) steht eine Wiederauflage der Staatsvertragsphilosophie, ergänzt durch die korporatistische Einbindung der Gewerkschaften, auf der Tagesordnung. Man beachte die schon erfolgte Begründung eines Kurses der Anpassung der Gewerkschaften an die Regierungsmehrheit. Kohl würde die „historischen Stunden“ und die Stunden der Exekutive zu einer Ära der Exekutive verbinden.

Die hohe Zahl der Nichtwähler ist ein Zeichen für zunehmende Entfernung der Bürger vom politischen System. Mit der Angleichung der Wahlbeteiligungszahlen an amerikanische Verhältnisse wird für die Bundesrepublik die 2/3 Gesellschaft parlamentarisiert. Dieses Nichtwahlverhalten ist aber auch Resultat der Politikverweigerung und der Entpolitisierung des Wahlkampfes durch den Kanzler und die „herrschenden“ Medien, die zu schweigenden Medien werden. Wenn dies eine „Schicksalswahl“ war, dann ist mehr als 20% der Wähler das Schicksal der parlamentarischen Demokratie und unserer Gesellschaft bereits egal. Dagegen steht die notwendige außerparlamentarische Mobilisierung in den Lebens- und Überlebensfragen und deren parla-

mentarische Verstärkung und Vertretung.

Die Menschen in den neuen Ländern werden lernen müssen, daß zu einer pluralistischen Gesellschaft nicht nur ein plural zusammengesetztes und gewähltes Parlament zählt, sondern auch plurale Interessen, die gegeneinander stehen und sich widersprechen, die vertreten und durchgesetzt werden müssen. Sie werden lernen müssen, daß individueller und gesellschaftlicher Wohlstand nicht aus dem Füllhorn des Kanzlers kommt, sondern Resultat politischer und tariflicher Verteilungskämpfe ist. Problempunkte für die gesellschaftliche Linke sind, daß als eine Folge des Stalinismus für viele der linke Ausweg aus der gesellschaftlichen Krise in Ost und West versperrt ist, und daß die Grünen nicht mehr als realitäts-tüchtige ökologische Kraft gesehen werden. Die Grünen werden vom Publikum als hilfloser Ökologismus wahrgenommen, der einer Belastungsprobe nicht standhält. Durch das Scheitern der Grünen und den Einzug der PDS gerät die SPD im Parlament in ein strategisches Dilemma: die PDS ist nicht koalitionsfähig, der mögliche Koalitionspartner ist verlorengegangen.

Das Problem des Ausfransens am rechten Rand war ein Oben-Unten-Problem und des Nicht-mithalten-könnens im gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß. Durch die Einheit werden die gesellschaftlichen Krisenfolgen sogar potenziert werden. Die neue Bundesrepublik wird ein Land mit drei Nationen sein: sozial gespalten im Westen, in Oben und Unten und in West und Ost. Zentrale Bedeutung für die nächsten Jahre erhält die Verfassungsdiskussion. Notwendig ist eine Verfassungsenquete, weil einerseits ein Verfassungsrat wohl keine Chance haben dürfte, andererseits punktuelle und übereilte Verfassungsänderungen - unter dem Diktat vermeintlicher Tagesnotwendigkeiten und Bündnisversprechungen - abgelehnt werden müssen.

Die SPD-Ergebnisse bedürfen der Feinanalyse. Der schon in der Wahlnacht als vermeintliche Erfolgsgarantie gepriesene „reine“ Stammwähler-

wahlkampf hätte nur in einem Teilbereich ein anderes Ergebnis erbracht: die Grüne Bundestagsfraktion würde dann wahrscheinlich noch existieren.

Es gibt also keinen Grund, vom Gesellschaftsprojekt des Berliner Programms Abstriche zu machen. Die prinzipielle Alternative zum Kapitalismus des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist weder eine „integrative Legende“ noch „ideologischer Ballast“. Zu einer radikalreformerischen Politik der SPD gibt es auf Dauer keine Alternative; deshalb sollte man die Denkmäler sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in ihrer Zeit und ihren Museen belassen. Die deutsche Apartheidgesellschaft, Armut, Massenarbeitslosigkeit und ungerechte Einkommensverteilung sind nicht Folge fehlerhafter Politik oder mangelnder handwerklicher Fähigkeiten der Regierung; diese Elemente unserer Gesellschaft sind gewollt, sie sind Elemente der herrschenden Produktionsverhältnisse: Diese Politik ist Klassenpolitik. Nur wenn man sich dieser Erkenntnis versperrt, verfällt man auf andere Ursachen wie auf die unterstellte fehlende Kompetenz. Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und deren Begleiterscheinungen sind weder überwunden noch überwindbar. Weder müssen Sozialdemokraten die längst antiquierte Fragestellung „Marktwirtschaft ja oder nein?“ bekenntnisthaft beantworten noch der Erhardschen Kampfformel von der sozialen Marktwirtschaft nachträglich die Honneurs erweisen. Gerade ein aufgeklärtes, d.h. entideologisiertes Verhältnis zur „Marktwirtschaft“ bedeutet, daß marktförmige Koordination zwar in vielen Bereichen zum Erfolg führt, aber in wesentlichen Punkten versagt, wobei die Kosten des Erfolgs und des Mißerfolgs erheblich sind.

Es hieße, die kapitalistische Realität zu verkennen, wollte man den fortgeschrittenen Kapitalismus in Mitteleuropa für eine fortschrittliche Gesellschaft mit sozialdemokratischer Grundprägung halten. Deutlich wird dies bei der Aufgabe, soziale Gerechtigkeit und eine gesunde Umwelt für alle sowie den ökonomischen, sozialen und ökologischen Ausgleich mit der

3. Welt - in Osteuropa, Asien, Afrika und Amerika - zu erreichen. Denn dies kann nicht über Wirtschaftswachstum, das sogar schädlich sein kann, sondern nur durch Umverteilung und ökologische Gestaltung der Ökonomie der Metropolen erreicht werden kann.

Endgültig verabschiedet werden muß das traditionelle sozialdemokratische Politikkonzept der nachträglichen sozialen Abfederung gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse. Gegenüber den ökologischen Folgen einer auf Wachstum setzenden Politik ist eine Abfederung ex post immer weniger tragfähig.

Überwunden werden muß, neben dem Widerstand gegen eine radikalreformerische Politik, die Glaubwürdigkeitslücke der Partei. Berliner Programm und Regierungsprogramm Fortschritt 90 sind in Ländern und Kommunen zu realisieren, in denen Sozialdemokraten Verantwortung tragen. Das Projekt des Berliner Programms muß als machtpolitische Alternative zum Konservatismus sichtbar gemacht werden. Das muß der Inhalt der über Länder und Kommunen angestrebten Rekonstruktion der SPD sein. Dabei ist die Demokratisierung der innerparteilichen Willensbildung der notwendige Flankenschutz für Programmgläubigkeit und Rekonstruktion der Partei, denn nur so kann der sozialdemokratische Spagat zwischen Beschlußlage und Praxis überwunden werden. Bisher wird mit dem Eigenleben von Vorständen und Mandatsträgern alltäglich die Beschlußlage konterkariert, unterlaufen und gekippt. So nimmt die Glaubwürdigkeit der Partei Schaden.

Ein integraler Bestandteil dieses Themas ist die Gestaltung der Zivilgesellschaft, das gesellschaftliche Projekt der Bürgerbewegungen in Osteuropa, auch in Westeuropa. Wer der Zeitsouveränität der Arbeitnehmer im Betrieb das Wort redet, muß auch sagen: Ausbau der wirtschaftlichen Demokratie und plebiszitäre Elemente der Willensbildung in der Gesellschaft.

Eine wesentliche Kritik an der Wahlkampagne '90 lautet: Die Partei habe die Politik der gesellschaftlichen Alternative nicht erkennbar mit ernsthaftem

Durchsetzungswillen verbunden. Jürgen Seifert hält der Opposition vor, sie selbst habe ihre „Wahlniederlage durch Demotivierung der eigenen Wähler“ herbeigeführt und zu verantworten. Richtig ist, daß Politik nicht nur Inhalt, sondern auch Technik ist. Der Inhalt der Partei muß deshalb in die richtige Form gegossen werden, damit Technik und Inhalt der Partei auf der Höhe der Zeit sind. Das Ziel muß die moderne Massenpartei sein, mit demokratischer und nach außen geöffneter Willensbildung, wissenschaftlicher Beratung in Planung und Umsetzung und professionellem Management. Wie notwendig wissenschaftliche Beratung ist, zeigt die Dominanz der Regierungsgagenturen in Presse und Wählerforschung bei der Interpretation des Wahlergebnisses: Damit wurde die Bundestagswahl ein zweites Mal verloren. Inzwischen wurden Diskussionspapiere aus NRW, von Uli Maurer und Gerd Walter und von Susi Möbbeck vorgelegt, die in den organisationspolitischen Konsequenzen auf den ersten Blick deckungsgleich zu sein scheinen. Überwunden werden soll die Unübersichtlichkeit der SPD-Politik, in der die Kritik der Regierungspolitik und die Entwicklung der sozialdemokratischen Alternativen im Gestrüpp von Dienstwegen, Zuständigkeiten, Gegen- und Mitzeichnungen nicht mehr spürbar und greifbar werden. Verabschiedet werden soll die administrierte Opposition, die als verhandeltes Kabinett in der Spiegelgleichheit verharrt, die Regierungspolitik kommentiert und damit von den Regierungsvorlagen abhängt. Eine nur von Reaktion bestimmte Oppositionspolitik überläßt der Regierung die Bestimmung von Themen und Zeitpunkt.

### Die organisationspolitische Reform der SPD muß vertikal und horizontal ansetzen

Der horizontale Aspekt umfaßt die politische Organisation der Konfrontation mit der Regierung und damit eine klare Aufgabenteilung und -zuweisung zwischen Partei und Bundestagsfraktion: einerseits die Antworten der SPD

auf Regierungshandeln in der Tagespolitik, andererseits die Offensive in den strategischen Politikfeldern, mit denen wir die Auseinandersetzung bestimmen und gewinnen wollen.

Die unabdingbare Voraussetzung für die strategische Offensive ist die Wiedergewinnung der Kampagnefähigkeit der Partei und diese ist abhängig vom Gelingen der vertikalen Parteireform. Vordringlich ist die Prüfung und dann wahrscheinlich die Lichtung des organisatorischen Geflechts der Partei, von Landesverbänden, Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen. Mit welchen Gliederungen macht die SPD wirklich noch Politik? Was die Landesvorsitzenden und NRW noch moderat ausdrücken, formuliert Möbbeck wesentlich drastischer: die Partei arbeitet mit paternalistischen Strukturen eines Kaninchenzüchtervereins, zu überlegen sei, ob nicht die überkommene Territorialstruktur zugunsten zielgruppen- und themenspezifischer Projekte aufgebrochen werden muß. NRW greift die Forderung auf, die Untergliederungen auch der Mitarbeit von Nichtmitgliedern zu öffnen: der Kasseler Ortsverein Wehlheiden hat den Nichtmitgliedern in seinem Stadtteil schon Antragsrecht eingeräumt! Die Partei muß sich als Mitgliederorganisation auf eine aktive Rolle in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung konzentrieren. Funktionäre und Mitglieder müssen sich wieder auf das Wesentliche konzentrieren zu können. Sie dürfen nicht mehr in der Bewältigung des organisationsformalen Alltags ertrinken.

Die Trassierung des neuen Wegs wird fortgesetzt. Wir beginnen damit in Ländern und Kommunen. Die SPD hat die problemadäquate und -offene Politik für die nächsten Jahre formuliert, gehen wir jetzt offen und problembewußt mit den Problemen der Durchsetzung um.



ULRICH BRIEFS

## HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE LINKE - UND DIE PDS?

Die Deutsche Linke zu Beginn des Jahres „1“

Der prosperierende Westen Deutschlands legt sich einen kolonialen Hinterhof im Osten zu, mit bisher nicht gekannter Massenarbeitslosigkeit, mit Verarmung weiter Teile der Bevölkerung, mit einer auf lange Zeit völlig unzureichenden Infrastruktur, mit verlassenen, zerstörten Produktionsbetrieben, mit einer zutiefst verunsicherten, deklassierten Bevölkerung, mit einer besonders stark verelendenden früheren Führungsschicht und mit ebenso wenig lösbaren ökologischen Problemen wie im Westen.

Aber auch im Westen läuft die Wachstumsphase der 80er Jahre aus. Die Zahlen der Sozialhilfeempfänger, Obdachlosen und sonstigen Armen wachsen auf neue Rekordhöhen. Die ökologische Krisenentwicklung, verbunden mit der weiteren Eskalation des Verkehrs und mit der weiteren High-Technisierung der Industrieproduktion, gepaart mit einem Verbraucherverhalten wie bisher, spitzt sich weiter zu.

Umso gefährlicher wird zugleich das politische Gemisch, das aus diesen objektiven und tiefgreifenden Veränderungen der Situation in der Mitte Europas entstehen kann: die Sucht nach deutscher Hegemonie in Europa - bei nicht wenigen: in der Welt -, vor dem Hintergrund des wachsenden Drucks der hochkonzentrierten, internationalisierten deutschen Konzerne mit ihren hochmodernen Produktionsapparaten und ihren gewaltigen vagabundierenden Kapitalien nach außen, auf die Weltmärkte, aber auch nach innen, auf die Beschäftigten, die Gewerkschaften, die Gesellschaft insgesamt; schließlich das Bewußtsein, nunmehr „Schluß machen zu können“ mit dem Kommunismus, mit dem 2. Weltkrieg und der Vergangenheit, - alles das kann zu einem explosiven neoautoritären, imperialistischen Gesellschafts- und Staatsgebilde deutscher Nation führen.

Hinzu kommt, daß für die rechten Kräfte in diesem Deutschland nunmehr auch die Chance besteht, mit dem Erbe von „68“, mit den sozialen Bewegungen, z.B. mit der Frauenbewegung, mit dem offenen und latenten Widerstand, mit den Störpotentialen und der Unbotmäßigkeit von Gruppen am Rande der

Gesellschaft aufzuräumen. Hierin liegt womöglich die größte und verhängnisvollste Bedeutung des selbstverschuldeten Niedergangs der Grünen: er signalisiert die Schwäche und den Zusammenbruch eines Großteils der neuen sozialen Bewegungen, und er lädt geradezu dazu ein, nunmehr durchzugreifen. Die Rechte, eine neue Rechte, die aber sehr wohl heute bereits an großdeutsche Traditionen Anknüpfen beginnt, triumphiert: verhalten noch, aber doch deutlich.

Ihre Stunde, meint sie, sei gekommen, ihre historische Stunde, insbesondere um den ganzen Sumpf, der sich am Rand - aber nicht nur dort - der westdeutschen Gesellschaft entwickelt hat, trocken zu legen: die störende Buntheit und Vielfalt, die phantasievolle bewegungsgeprägte Szenerie im Lande, um an ihre Stelle eine durchrationalisierte, High-tech-geprägte, weltmarktorientierte, von den westdeutschen Konzernen gestaltete und beherrschte Konkurrenzgesellschaft zu setzen, die „deutsche Werte“ wieder in der Welt zur Geltung bringt.

### Der notwendige mehrfache Spagat der Linken

Und eben deshalb braucht das neue Deutschland eine starke antinationalistische und sozialistische Linke, die allerdings vor der Aufgabe eines mehrfachen riesigen politischen Spagats steht: sie muß hinreichend einheitlich sein, jedoch beruht ihre Kraft als Linke auf der Vielfalt und Buntheit ihrer Kräfte und Strömungen. Sie muß in den formellen und zentralen Strukturen dieser Gesellschaft, ihrer Ökonomie, der Arbeitswelt und den gesellschaftlichen Apparaten intervenieren, und sie muß gleichzeitig den weiterwachsenden Rand der Gesellschaft in sich integrieren und ihm politische Wirkung verschaffen. Sie muß innerhalb dieses Randes die einfach in großer Zahl sozial deklassierten Menschen zu schützen trachten und zugleich den Teil des Randes, der produktiv-phantasievoll neue Lebensformen in diesem

Randdasein entwickelt (Beispiel: Häuserbesetzer oder Teile der Alternativbetriebe), unterstützen. Sie muß die weitergehende ökologische Zerstörung bekämpfen und aufhalten und gleichzeitig für sinnvolle Arbeitsmöglichkeiten eintreten. Sie muß sich um soziale Besserstellung der Deklassierten, besonders auch im Osten bemühen, und sie muß zugleich die Not und Rechtlosigkeit der „Dritten Welt“, auch der „Dritten Welt“ in Europa und sogar in Deutschland, bekämpfen. Sie muß für ein weltoffenes Land, insbesondere für ein Land mit offenen Grenzen, eintreten und zugleich Konzepte für ein überschaubares, vor allem regional und kommunal strukturiertes Gesellschaftsleben entwickeln. Sie muß dem alten und neuen deutschen Nationalismus entgegenreten und zugleich die deutsche Erfahrung des Umbruchs linken Kräften in anderen Ländern, insbesondere in Westeuropa, vermitteln. Sie muß die dringenden, vor allem die sozialen Probleme der Mehrheit der Bevölkerung aufgreifen und zugleich für die Rechte von Minderheiten kämpfen. Sie muß staatliche Macht erkämpfen, um sie doch wieder abzubauen und damit für die wirklich freie Entfaltung gesellschaftlicher Kräfte Raum schaffen - in einer solidarischen und humanen Gesellschaft, ohne Deklassierung und Ausgrenzung.

Sie muß schließlich das politische Projekt einer offenen Zukunftsentwicklung - sozusagen permissiv-liberal - vorbringen und zugleich, insbesondere aus ökologischen Gründen, bestimmte Bereiche der Gesellschaft und der Ökonomie einschränken, abbauen, auch Verhaltensänderungen bewirken; und das auch mit Verboten, z.B. wenn zukünftige Entwicklungen in der Technik die solidarische und humane Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigen. Alles das setzt voraus, die kapitalistischen Grundlagen dieser Gesellschaft und ihres zentralen Bereichs, der Wirtschaft und der Arbeitswelt, infrage zu stellen: die Eigentumsformen, die stofflich-produktionsstrukturellen Gegebenheiten, die informationellen und rechtlichen Grundlagen.

Zugleich werden wir auf Jahrzehnte unter den Bedingungen des real existierenden Kapitalismus politisch arbeiten müssen - aber dazu ist der Spagat notwendig: die sozialistische Idee von einer gerechten, freien und humanen Gesellschaft aufrechtzuerhalten und weiterentwickeln - trotz des vorerst gescheiterten sozialistischen Experiments der letzten Jahrzehnte und angesichts des Fassadenhaften Glanzes und der scheinbar unerschütterlichen Funktionsfähigkeit des Kapitalismus.

Diese Herausforderungen sprechen dafür, die Vorstellung von einer einheitlichen, monolithischen linken Kraft, Partei oder Bewegung aufzugeben. Vielfalt ist geboten. Dazu gehört ein offener solidarischer Dialog aller linken Kräfte, im parlamentarischen Bereich, aber auch z.B. in den Gewerkschaften, vor allem auch zwischen der linken Sozialdemokratie und den Kräften in und um die PDS. Die Grünen haben sich aus diesem Dialog ja leider verabschiedet.

### Chancen der PDS

Ich denke, die Chancen sind nachwievorgut. Die Entwicklung in der und um die PDS gibt, bei einem entsprechenden weitergehenden Erneuerungsprozeß, zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte die Chance, eine linke Massenpartei in Deutschland zu entwickeln. Diese Bedingung für wirksame politische Einflußnahme hat die Linke in der BRD noch nie gehabt. Die PDS bietet also die Chance für ein Heraus aus dem Sektierertum der Linken in der BRD. Diese Chance, ironischerweise auf den Trümmern des real existierenden Sozialismus entstanden, wird nur einmal da sein!

Der notwendige Spagat der PDS besteht darin, die Möglichkeiten einer (noch) funktionierenden Massenpartei, eine positive Erblast der SED, mit nachwievor breiter Verankerung in der ostdeutschen Gesellschaft, zusammenzubringen mit den positiven Momenten von spontaner, dezentraler und

bewegungsgeprägter Bewegung im Westen. Allerdings muß aus der Bewegung kleiner, großenteils sektiererischer Gruppen im Westen erst eine größere linke Bewegung gemacht werden!

Was die Linke nicht voranbringt ist die Auflösung der PDS in eine diffuse Bewegung. Das Ergebnis wäre vielmehr politische Wirkungslosigkeit, Identitätsverlust und Vertrauensverlust in der Bevölkerung - nicht zuletzt der Verfall der Grünen belegt das. Und die Erfahrung bei den Grünen, aber auch die Wahlkampfkatastrophe der Linken Liste im Westen bei den Bundestagswahlen am 2.12.1990, belegen es: „selbstbestimmte“ organisatorische Schludrigkeit und angebliche Basisdemokratie, die in Wirklichkeit Oligarchie ist, bringen nicht Durchbruch, sondern Einbruch.

Die Linke darf nicht, wie die Grünen es zuletzt - ein Abschied wohl für immer - waren, eine politische Kraft sein, in der man, um Karl Kraus zu zitieren, durch Erfahrung dumm wird. Eine gut organisierte, zielgerichtet wirkende, demokratische Partei und eine in die Fugen der Gesellschaft eindringende und sie zersetzende Bewegung - beide sind unerlässlich. Beide und ein intensiver offener Dialog zwischen den verschiedenen Teilen linker Bewegung und der linken Partei PDS sind Voraussetzung für eine Behauptung der Linken insgesamt unter den Bedingungen der Zukunft - im Umbruch und nach dem Umbruch.

RALF KRÄMER

# OPPORTUNISMUS GEGENÜBER NEOKONSERVATIVEM ZEITGEIST

ZUR KRITIK DES NRW-PAPIERS „ZUR MODERNISIERUNG DER SPD“

„NRW-SPD will radikale Abkehr von veralteten Vorstellungen“ - mit solchen und ähnlichen Titeln berichteten die Medien Mitte Dezember über ein Papier, das eine „Arbeitsgruppe Partei-reform“ des NRW-Landesvorstands zur „Modernisierung der SPD“ verfaßt hat. Diese Arbeitsgruppe war bereits im Frühsommer 1990 eingerichtet worden und wollte sich mit verschiedenen für die zukünftige Politik der Partei wichtigen Fragen befassen. An ihr nahmen eine Reihe von Landesvorstandsmitgliedern, die überwiegend der „Parteilinken“ zugerechnet werden, sowie Bodo Hombach als Landesgeschäftsführer der NRW-SPD teil.

In dem Papier wird zunächst eine kurze Analyse des Wahlergebnisses, der Situation der SPD und der anderen Parteien versucht. Dabei wird festgestellt, daß Oskar Lafontaine einen Teil des potentiellen WählerInnenpektrums der SPD nicht ansprechen konnte, andererseits wird auf eine Kritik des auf nationalen Konsens ausgerichteten Verhaltens der Bundestagsfraktion sowie der „sozialdemokratischen Seniorennitiative für Helmut Kohl“ verzichtet. Als Konsequenz wird eine Öffnung der SPD gefordert, die sich sowohl auf ihre politischen Konzepte als auch auf ihre innere Struktur und ihr Erscheinungsbild richten soll.

In bezug auf die Parteireform im engen Sinne wird für kulturelle Vielfalt und Generationswechsel bei den Repräsentanten der SPD sowie für eine Professionalisierung und Attraktivitätssteigerung der Parteiarbeit plädiert. Hier gibt es Übereinstimmungen mit dem Maurer/Walter-Papier „SPD '91“, aber auch einige Bezugspunkte zur bei den Jusos und in der Spw geführten

Ralf Krämer, Dortmund, Vorsitzender der Jusos NRW

Diskussion (vgl. dazu die vom Juso-Landesverband NRW herausgegebene Broschüre „Perestroika in der SPD“ und spw-Artikel des vergangenen Jahres), wenn die Öffnung der Partei gegenüber der Mitarbeit von Nichtmitgliedern und die Stärkung der Zielgruppenarbeit angeregt werden.

Die Herangehensweise bleibt dabei dennoch technokratisch, die Perspektive partei- und staatsfixiert und „von oben“. Die stärkere Verknüpfung und Öffnung der Partei gegenüber außerparlamentarischen und „zivilgesellschaftlichen“ Bewegungen und Initiativen wäre nötig und müßte sich auch in den Strukturen der Willensbildung (z.B. Öffnung der Parteitage) und in der Umsetzung der Forderungen der SPD niederschlagen. Auch an der Ernsthaftigkeit und Reichweite der Forderung nach personeller Erneuerung kommen angesichts der Haltung diverser Mitautoren des Papiers z.B. in der Auseinandersetzung um die listenmäßige Mindestabsicherung von Jusos als BundestagskandidatInnen in NRW (s. spw 55) Zweifel auf, wenn damit mehr als die Ablösung der Generation der über 60jährigen durch die der 45jährigen gemeint sein soll. Ohne die Durchsetzung von Strukturformen, die die genannten Zielsetzungen mit einer Demokratisierung der Partei (und des gesamten politischen und gesellschaftlichen Systems) und der Schaffung besserer Entwicklungsformen für politisch-inhaltliche Debatten in der SPD verbinden, kann von wirklicher Erneuerung keine Rede sein.

## Angriff auf Berliner Programm

Weitaus problematischer ist allerdings der zentrale politisch-konzeptionelle Teil des „Modernisierungspapiers“ mit Zwischentüberschriften wie „Unsere

Prinzipien haben sich durchgesetzt“ und „Ideologischer Ballast behindert zeitgemäße Sicht der Dinge“. Der Ausgangspunkt ist eine Variante der liberalen These vom 'Ende des sozialdemokratischen Zeitalters': „Die traditionelle gesellschaftspolitische Programmatik und Problemsicht der Sozialdemokratie hat sich mit ihrem 125-jährigen Geburtstag weitgehend erschöpft. ...

Viele der alten Ziele der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung sind inzwischen erreicht“ (S. 4, unkommentierte Seitenangaben beziehen sich im folgenden auf die vom SPD-Landesbüro verbreitete Fassung des Papiers). Hierbei wird kein vernünftiger Mensch die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen 125 Jahre und die vielfältigen Fortschritte, die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik in dieser Zeit durchgesetzt haben, bestreiten oder unterschätzen wollen. Moderne SozialistInnen werden auch jederzeit die Auffassung vertreten, daß damit neue Probleme und Zielsetzungen immer mehr in den Mittelpunkt der Politik geraten: Fragen der Ökologie, der Gestaltung der Technik und der Lebensweise, die internationale Dimension gesellschaftlicher Ungleichheit und Ausbeutung sowie ökologischer Katastrophentendenzen usw. Unzweifelhaft ist auch, daß eine autoritär-staatsbürokratische Sozialismuskonzeption in der Sowjetunion, Osteuropa und anderen Ländern gescheitert ist und keinerlei Alternative bieten konnte.

Aber die alten Ziele der Sozialdemokratie für im wesentlichen erreicht und die soziale Frage für gelöst zu halten, kann man angesichts von Massenarbeitslosigkeit, verbreiteter Altersarmut, wachsender Obdachlosigkeit und zunehmender sozialer Ungleichheit nur

als ignorant bezeichnen. Damit wird die von der konservativ-liberalen Regierung massiv betriebene Umverteilung von unten nach oben akzeptiert und auf die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit als Ziel der SPD verzichtet. Von der Verwirklichung der im Berliner Grundsatzprogramm der SPD formulierten (alten) Ziele einer „Gesellschaft ohne Klassen, Privilegien, Diskriminierungen und Ausgrenzungen“, der „gesellschaftlichen Gleichheit von Mann und Frau“ (S. 5) und von „Demokratie und Sozialismus, Selbstbestimmung der Menschen in Politik und Arbeitswelt“ (ebd., S. 6) kann wohl keine Rede sein.

Im „Modernisierungspapier“ wird dagegen formuliert: „Wir identifizieren uns mit dieser Gesellschaft. Sie muß nicht grundlegend verändert werden.“ (S. 5) Als zentrale „Systemelemente“ dieser „sozialdemokratisch geprägten Gesellschaft“, die niemand in Frage stellen, werden „Marktwirtschaft, soziale und ökologische Steuerung“ begriffen (S. 4). Damit wird das entscheidende Problemschlichtweg ausgeblendet bzw. gelehnet: „Ein historisches Grundproblem des Wettbewerbssystems ist seine Verbindung mit der privaten Verfügung über die Produktionsmittel. Diese Verbindung hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung hervorgebracht und zu unkontrollierter wirtschaftlicher Macht und ungerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen geführt“ (SPD-Grundsatzprogramm, S. 34). „Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften läßt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird“ (ebd., S. 41). Im „Modernisierungspapier“ wird überhaupt nicht begriffen, daß ein Zusammenhang zwischen den „alten“ und den „neuen“ Fragen besteht, daß beide maßgeblich durch die ungebrochene Dominanz kapitalistischer Profitinteressen und damit verbundener ökonomischer politischer Macht verursacht sind. Das gilt ganz besonders in der internationalen Dimension, weil die in

der BRD und einigen anderen hochentwickelten Gesellschaften durchgesetzten sozialen und ökologischen Regulierungen und Steuerungsmöglichkeiten dort noch viel weniger oder überhaupt nicht wirksam sind. Die Durchsetzung der demokratisch vergesellschafteten Menschheit als bewußtes Subjekt ihrer eigenen Geschichte, die die Bedingungen für eine solidarische und ökologisch tragfähige Entwicklung der Gesellschaft und aller Individuen gestaltet, also der Sozialismus, erfordert sehr wohl noch grundlegende Veränderungen auch unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Strategisch zentral ist dabei die tiefgreifende Demokratisierung der Wirtschaft und aller gesellschaftlicher Lebensbereiche. Von Demokratisierung ist allerdings in dem Papier nirgends die Rede. Stattdessen wird formuliert, es sei „ein Grad an Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer erreicht, bei dem gewerkschaftliche Forderungen nach erweiterter Mitbestimmung leider nur noch begrenzten Widerhall finden“ (S. 6). Im unmittelbaren Anschluß an die oben kritisierte Aussage, daß keine grundlegende Veränderung nötig sei, wird „ein der Zeit angemessenes, aufgeklärtes Verhältnis zur Marktwirtschaft“ (S. 5) postuliert. Die Botschaft, die sich mangels wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen ergibt, ist in Wirklichkeit ein unkritisch-apologetisches Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Dabei wäre ein „der Zeit angemessenes“ Verhältnis zur Marktwirtschaft in der Tat notwendig. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kann das aber nur bedeuten, gegenüber der modischen neokonservativen Belobhudelei die Notwendigkeit sozialer und ökologischer Steuerung und einer Demokratisierung der Wirtschaft zu betonen.

Für das Papier gehört zum nötigen Modernisierungsprozeß, „daß sich die SPD von ideologischen Altlasten befreit, die nicht mehr aktuell sind, und für die niemand mehr wirklich zu kämpfen bereit ist“ (S. 5). Im Kern geht es Hombach und einigen anderen in der

Arbeitsgruppe (nicht allen) darum, daß die SPD sich von Begriff und politischer Zielsetzung des demokratischen Sozialismus verabschieden soll. Das steht zwar in dem Papier nicht drin, aber Hombach sagt ganz offen, daß er mit „Sozialismus“ nichts Gutes verbinden kann und nichts am Hut haben will.

## Abschied von der Programmpartei

Gefordert wird „der Abschied von alten Lebenslügen ..., die im übrigen zur Konsequenz haben, daß eine regierende Sozialdemokratie sich in ihrer täglichen Arbeit mit Parteibeschlüssen konfrontiert sieht, von denen sie bei Beschlußfassung schon weiß, daß sie sie gar nicht umsetzen kann“ (S. 7). Nun verlangt niemand, daß eine regierende SPD mehr umsetzt, als sie aufgrund der politischen Bedingungen kann. Das Problemeiniger „Lebenslügen“ besteht vielmehr darin, daß sie Beschlüssen der Partei aus Opportunismus zugestimmt haben, die sie gar nicht umsetzen wollen. Sie wittern jetzt die Chance, die Beschlüsse der Partei künftig danach ausrichten zu können, was die „regierende Sozialdemokratie“ will. Ich zöge die andere Lösung dieses Widerspruchs vor, daß nämlich die Partei künftig solche Leute für Funktionen und Mandate wählt, die zumindest umsetzen wollen (und es auch versuchen), was die Partei an politischen Zielsetzungen und Forderungen beschließt.

Aber nach Auffassung des „Modernisierungspapiers“ sollte die Partei sich künftig darauf beschränken, allgemeine Ziele öffentlich darzustellen, anstatt sich auf komplizierte Instrumentendebatten einzulassen und detaillierte Programme zu beschließen. Stattdessen „plädieren wir für Handlungsplattformen, die die Ziele unserer Reformpolitik beschreiben und es den handelnden Sozialdemokraten auf den verschiedenen Ebenen aufgeben, die Instrumente nach den jeweils neuesten Erkenntnissen zu bestimmen“ (S. 8). Als ob die Frage der

Instrumente eine rein technische und keine politische wäre! Der Verzicht auf konkrete Reformprogrammatische zugunsten bloßer Zielbeschreibungen würde in Wirklichkeit eine Entmündigung und Verdummung der Wählerinnen und eine weitere Entdemokratisierung der Partei bedeuten.

Denn das tieferliegende Problem besteht darin, daß die politische Auseinandersetzung in der Sache um Reformprogramme geht. Diese Programme schaffen sich zwar in der Tat als solche keine Mehrheiten; aber genau für diese Programme müssen Mehrheiten geschaffen werden - in Auseinandersetzung mit konkurrierenden Programmen. Auf der Ebene hehrer Ziele sind sich die Parteien weitgehend einig; diese zu postulieren und Mehrheiten dafür in der Bevölkerung zu finden, reicht allein daher nicht aus. Glaubwürdigkeit und Kompetenz in der Verfolgung richtiger Ziele läßt sich nur herstellen, wenn gegenüber interessierten Teilen der Öffentlichkeit und der Partei auch Programme präsentiert werden können, die zur Erreichung dieser Ziele angemessen sind. Innerparteiliche Demokratie erfordert, daß genau über diese Programme die Partei debattieren und beschließen kann.

Wie problematisch die bloße Formulierung allgemeiner Ziele ist und für welche unterschiedliche Politik dies in Anspruch genommen werden kann, läßt sich sehr gut am folgenden Abschnitt des „Modernisierungspapiers“ über „Moderne Herausforderungen der Politik“ verdeutlichen. Zunächst wird der Raum für politische Alternativen durch die Pole Schweden und Thatcherismus eingegrenzt. Meine Vorstellung und Perspektive von demokratischem Sozialismus ist allerdings mit dem schwedischen Modell noch keineswegs abgedeckt. Dann wird angeregt, staatliche Abgaben nicht mehr vor allem als Steuern, sondern zunehmend als Abgaben einzufordern (vgl. S. 9). Die Problematik, daß in dieser Pauschalität der einzig sinnvolle Besteuerungsgrundsatz, nämlich daß die finanziell

**AUSZÜGE AUS DEM PAPIER DER ARBEITSGRUPPE PARTIEREFORM BEIM LANDESVORSTAND DER NRW-SPD „MODERNISIERUNG MIT BODENHAFTUNG“**

#### **UNSERE PRINZIPIEN HABEN SICH DURCHGESETZT**

Trotz der zeitlosen Gültigkeit unserer Grundwerte können wir beobachten: Die traditionelle gesellschafts-politische Programmatik und Problemsicht der Sozialdemokratie hat sich mit ihrem 125-jährigen Geburtstag weitgehend erschöpft. Diese Erkenntnis rüttelt am alten Selbstverständnis unserer Partei und wird trotz „F90“ von vielen nicht wahrgenommen oder verdrängt. Doch wenn wir verantwortlich regieren wollen - Ziel der Politik mit Gestaltungsabsicht -, kommen wir um einen mühevollen, doch notwendigen Prozeß innerer Aufklärung nicht herum.

Viele der alten Ziele der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung sind inzwischen erreicht. Darauf können wir stolz sein. Wer sich dagegen allein auf unser tradiertes Selbstverständnis berufen will, läuft Gefahr, mit dem Erfolg unserer Politik überflüssig zu werden. Sozialdemokraten und Gewerkschafter stehen vor der bemerkenswerten Aufgabe, diese Erfolge ihrer Politik in ihr Denken zu integrieren. Man kann nicht auf einer bestimmten Problemsicht beharren, wenn man ständig selbst dazu beiträgt, die beklagten Probleme zu lösen oder zu mildern.

# DOKUMENTATION

Wir leben in einer sozialdemokratisch geprägten Gesellschaft. Kaum jemand will an ihren Grundregeln rütteln, niemand stellt die Systemelemente Marktwirtschaft, soziale und ökologische Steuerung - einschließlich vielfältiger Beispiele staatlicher Intervention und Planung - in Frage. Auch die Christdemokraten nicht. Selbst den Liberalen bleibt nur die Rhetorik der Systemveränderung.

Wir identifizieren uns mit dieser Gesellschaft. Sie muß nicht grundlegend geändert werden. Sie ist allerdings, unter Wahrung und Nutzung dieser Elemente, an vielen Stellen zu verbessern: Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, eine humane Beschäftigungspolitik und die Gleichstellung der Frauen sind Teil der innovativen Möglichkeiten in dieser gesellschaftlichen Ordnung.

Ein der Zeit angemessenes, aufgeklärtes Verhältnis zur Marktwirtschaft bedeutet nüchterne Bilanz ihrer Möglichkeiten und Beschränkungen auf dem jeweiligen Stand der technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und Erkenntnisse. Fortschritt muß auf dem jeweilig neuesten Stand der Erkenntnis immer wieder neu bestimmt werden. Wir bekennen uns zum Prinzip der permanenten Reform und wissen, daß wir uns damit dauerhafte Lernfähigkeit abfordern.

#### **IDEOLOGISCHER BALLAST BEHINDERT ZEITGEMÄSSE SICHT DER DINGE**

Wenn die SPD wieder in die politische Offensive gelangen und bei den Wählern neue Attraktivität gewinnen will, muß sie für die schwierigen und drängenden Fragen, die den gegenwärtigen Generationen gestellt sind, Lösungen aufzeigen, die klar, aufrichtig, praktikabel und konsequent sind. Zu diesem Modernisierungsprozeß ge-

hört, daß sich die SPD von ideologischen Altlasten befreit, die nicht mehr aktuell sind, und für die niemand mehr wirklich zu kämpfen bereit ist.

Reformbedürftig sind selbst Elemente unserer traditionellen Sichtweise, die für die Identität der Sozialdemokratie wichtig waren. Es ist unverkennbar, daß auch von den meisten Arbeitnehmerinnen der Ausbau und die Aufstockung der Sozialleistungen über das Wirtschaftswachstum und den Produktivitätsfortschritt hinaus nicht mehr für erreichbar gehalten wird. Es bleibt aber die Frage, ob die Struktur der sozialen Sicherung noch für die gegenwärtigen und absehbaren Risiken taugt, ob ihre innere Dynamik noch den Bedürfnissen und Möglichkeiten weiter Bevölkerungskreise entspricht. Je mehr Bildung und soziale Sicherheit erreicht werden kann, desto mehr verlieren kompensatorische Politikkonzepte ihre Funktion. Andererseits sind Formen staatlicher Finanzierung, die für Ausnahmesituationen geschaffen wurden, systemwidrig zur staatlichen Regelleistung ausgewachsen. Die Staatliche Verschuldungspolitik läuft zudem zunehmend Gefahr, die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand in Frage zu stellen.

Viele Elemente des Sozialstaats sind historisch gewachsen und halten inzwischen oft auch für jene Regelleistungen bereit, die ihrer nicht oder nicht in erster Linie bedürfen. So trägt scheinbare Gleichheit eher zur Verstärkung von Ungleichheit bei, statt sie zu mindern. Die dadurch gebundenen Mittel könnten besser eingesetzt werden, um insbesondere den Bevölkerungsgruppen zu helfen, bei denen sich mehrere Formen der Unterprivilegierung addieren. Sie drohen an den gesellschaftlichen Rand zu geraten, ohne daß die gegenwärtigen Instrumente der sozialen Sicherung ausreichende Hilfen bieten.

Soziale Gerechtigkeit wird immer mehr zur Umverteilungsfrage, denn sie läßt sich nicht dauerhaft mit steigendem Wirtschaftswachstum erreichen. Dies gilt erst recht für unser Verhältnis zu den krisengeschüttelten Ländern Osteuropas und der sog. „Dritten Welt“. Wenn wir nicht bereit sind, von unserem Wohlstand abzugeben, um in diesen Ländern Arbeits- und Lebensverhältnisse zu schaffen, die den Menschen ein Verbleiben in ihrer Heimat möglich macht, werden sie in wachsender Anzahl in den entwickelten Industrieländern Zuflucht und Überlebenschancen suchen.

Weitere Wirtschaftsleistungen werden benötigt, um den Aufbau in den neuen Bundesländern und um im Westen Strukturwandel und ökologischen Umbau zu schaffen. Dabei drohen die Folgekosten weiteren Wachstums seinen Nutzen zu übersteigen. Und selbst wenn die deutsche Vereinigung und die derzeitige Hochkonjunktur Wachstumsschübe verursachen, müssen wir uns auf ihre Grenzen einstellen. Die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist sicher in manchen Details und in Klein- und Mittelbetrieben noch ausbau- und verbesserungsfähig, doch im Grundsatz haben wir einen Grad an Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer erreicht, bei dem gewerkschaftliche Forderungen nach erweiterter Mitbestimmung leider nur noch begrenzten Widerhall finden. Anders bei der Humanisierung von Arbeitssituationen: hier muß dem wachsenden Bedürfnis nach mehr Selbstbestimmung entsprochen werden.

Mit Forderungen nach einer prinzipiell anderen Gesellschaftsordnung, etwa mit vorherrschender staatlicher Wirtschaftstätigkeit, lassen sich weder glaubwürdige noch wirkungsvolle Antworten auf die heutigen Fragen geben. Schon in der Vergangenheit wurden solche For-

derungen, auch programmatische Aussagen zum Trotz, nie wirklich von der SPD auf die Tagesordnung gesetzt. Auch künftige sozialdemokratische Regierungen werden sie nicht verfolgen. Kontinuität unserer Politik ergibt sich durch die Praxis, die Lebensverhältnisse zu bessern, und nicht durch einen theoretisch begründeten grundsätzlichen Gegensatz zum Bestehenden. Der Abschied von alten Lebenslügen sollte uns nicht schwerfallen, denn sie sind nutzlos und führen nur zu politisch folgenlosen Grundsatzbekanntnissen, die im übrigen zur Konsequenz haben, daß eine regierende Sozialdemokratie sich in ihrer täglichen Arbeit mit Parteibeschlüssen konfrontiert sieht, von denen sie bei Beschlußfassung schon weiß, daß sie sie gar nicht umsetzen kann.

Die alten integrativen Legenden führen auch dazu, daß Kritik und neue Konzepte zwar die Debatten in internen Zirkeln beherrschen, aber dieses „Unter uns Gesagte“ parteiöffentlich und auch in der Parteipresse verschwiegen wird. Das führt zu einer in den eigenen Reihen ungenutzten zwispaltigen öffentlichen Meinungsbildung.

Mit dieser Praxis kann eine beträchtliche Diskrepanz zwischen privaten und parteiöffentlichen Auffassungen verbunden sein: Viele sind in ihren Berufen erfolgreich und pflegen einen gehobenen Lebensstil. Das sei ihnen gegönnt. Es gibt keine sozialdemokratische Norm für Lebensart und Habitus.

Deshalb wird es problematisch, wenn Leute, die keine existentiellen Gefährdungen zu befürchten haben, zu heftigen moralischen Rigoristen werden oder in ihrer Rolle als „Genossen“ anderen Askese empfehlen und hohe Lieder auf das Arbeiterleben singen. Solche Versteckspiele und ein besonderes Hemd für Parteiversammlungen sind überflüssig, denn die SPD als modernes Bündnis lebt von der To-

und der Integration verschiedener Lebensstile und Wertebestrebungen, muß verschiedene Entwicklungsgeschwindigkeiten miteinander vereinbaren können und mit der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ leben.

#### Die Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und die Erneuerungsfähigkeit der Politik

Visionen sind Antithesen zu bestehenden schlechten Umständen. Wir befinden uns derzeit in einer Umbruchphase, in der die mit Arbeitslosigkeit, Armut und ungerechter Einkommensverteilung verbundenen Nöten noch nicht ausgeräumt wurden, obwohl sie angesichts unseres gesellschaftlichen Reichtums längst anachronistisch sind. Der zu ihrer Behebung offen gebliebene Forderungsbestand ist also weiterhin geltend zu machen - mit neuen Konzepten allerdings.

Um eine politische Alternative für die Zukunft zu begründen, reicht aber die Forderung nach Behebung dieser traditionellen Nöte nicht aus, denn längst sieht sich ein Großteil der Bevölkerung - relativ schichtunabhängig - von jenen Risiken bedroht, die im weitesten Sinne mit Ökologie zu tun haben. Zugleich gehen mit befriedigten ökonomischen Bedürfnissen neue Sinnfragen und eine sich wandelnde Wertehierarchie einher.

Für zeitgemäße sozialdemokratische Politik, die sich den Zukunftsaufgaben stellt, müssen wir das Verhältnis von politischen Zielen und der Rolle der Instrumente neu bestimmen. Wir neigen dazu, die Instrumente und die Debatte über Instrumente zu ideologisieren, anstatt uns auf Ziele zu verständigen, die einer zeitgemäßen Interpretation unserer Grundwerte entsprechen. Das ist dem Volke in den

letzten Jahren komplizierte Instrumentendebatten über Öko- und Umbausteuer z. B. zugemutet. In der Oppositionsrolle sollte sie besser die Ziele ihrer künftigen Regierungspolitik aufzeigen.

Damit bestimmt sich auch die Rolle von Programmen neu. Ein Programm, und sei es noch so gut und fortschrittlich, schafft keine Mehrheiten. Nur die Verbindung von Programmatischem mit praktischer Umsetzung, die etwas mit den wirklichen Sorgen und Hoffnungen der Bürgerinnen zu tun hat, die erkannte Probleme wirklich löst, ist das eigentlich Inhaltliche der Politik.

Die politische Reflexion hinkt den gesellschaftlichen Veränderungen hinterher. Die gesellschaftliche Dynamik wartet nicht, bis die SPD bereit ist mitzudenken und mitzugestalten. Deshalb plädieren wir für Handlungsplattformen, die Ziele unserer Reformpolitik beschreiben und es den handelnden Sozialdemokraten auf den verschiedenen Ebenen aufgeben, die Instrumente nach den jeweils neuesten Erkenntnissen zu bestimmen.

Die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien, geht nicht mehr um die bessere Ideologie, sondern um die sozialere und intelligentere Problemlösung. Dabei müssen wir wechselnde Moden von jenen gesellschaftlichen Innovationen unterscheiden, die bleibenden und strukturbildenden Charakter haben, auf die sich unsere Politik also einstellen muß, weil wir um Mehrheiten ringen.

#### Moderne Herausforderungen der Politik

Es beginnt eine neue Epoche, die Nachkriegszeit ist zu Ende. In dieser neuen Epoche werden Alternativen im System der Marktwirtschaft

in neuer Weise diskursfähig, und die Kritiker bestehender Verhältnisse können nicht mehr als „Sozialisten“, „Kommunisten“ und „Systemfeinde“ ausgegrenzt werden.

Zwischen dem schwedischen Modell und der Politik Thatchers ist viel Raum für Alternativen. Wir streiten daher um das WIE der konkreten Ausgestaltung der Marktwirtschaft. Die Verknüpfung von ökonomischem, ökologischem, technologischem, sozialem und kulturellem Fortschritt ist die zentrale Aufgabe für künftige ordnungspolitische Gestaltung.

Ordnung ist kein Endzustand und kein statisches Prinzip, sondern bedarf zielorientierter Dynamik, wobei Ziele und Mittel sorgfältig unterschieden werden müssen. Grenzwerte zum Beispiel begrenzen die Emission von Schadstoffen in die Umwelt, setzen Mindeststandards. Doch wenn sie festgesetzt werden, behindern sie weitergehende Reduzierungen. Also muß das Unterschreiten der Grenzwerte sich lohnen. Die technologische und innovative Leistungsfähigkeit anzuregen, wird somit zum ordnungspolitischen Prinzip.

Leistungsfähigeren auch einen größeren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben beitragen sollen, noch weiter ausgehebelt werden kann als dies durch die Umverteilungspolitik während der 80er Jahre schon passiert ist, taucht nicht auf. Auch die Formulierungen zum Sozialstaat sind bedenklich unkonkret und könnten im Sinne der konservativen Sozialstaatskritik interpretiert werden (vgl. S. 10 und 5f.).

Noch offener für unterschiedliche Stoßrichtungen sind die Aussagen zur Arbeitszeitpolitik. „Wer die Arbeitszeit verkürzen will, muß die Betriebszeiten von den individuellen Arbeitszeiten abkoppeln. Je kürzer die tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeiten werden können, und je weniger Menschen in tradierten Familienstrukturen leben, desto weniger Sinn macht es, eine Veränderung standardisierter Arbeitszeitregelungen aufzuhalten“ (S. 10). Trotz der anschließenden Bemerkung, SPD-Politik müsse dafür sorgen, „daß die gewünschten Vorteile der Flexibilisierung für die ArbeitnehmerInnen Realität werden und nicht die befürchteten Nachteile“, wird mit dieser Argumentation unternehmerischen Deregulierungsbestrebungen von der Ausweitung der Wochenend- und Nacharbeit über die Aufhebung des Ladenschlußgesetzes bis zur Differenzierung der Arbeitszeiten unter den verschiedenen Beschäftigtengruppen Tür und Tor geöffnet. Daß an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientierte Arbeitszeitgestaltung sich nur auf der Grundlage gesetzlich und kollektivvertraglich geregelter Schranken der Arbeitszeitumutungen der Arbeitgeber und einklagbarer Ansprüche der Beschäftigten entwickeln kann, und daß diese auszubauen und differenzierter zu gestalten, keineswegs aber abzubauen sind, steht da nicht - und ich behaupte bis zum Beweis des Gegenteils: das ist kein Zufall.

#### Modernisierung als Anpassung

Abschließend einiges zur politischen Gesamteinschätzung des Papiers: Es

handelt sich um den Versuch, von einer liberalen und antisozialistischen Position aus in die Debatte um die Erneuerung der SPD einzugreifen und sie zu nutzen. Relevant wird das Papier vor allem, weil maßgebliche Personen aus dem SPD-Landesverband NRW dafür verantwortlich zeichnen und weil dabei eine Einbindung von Teilen der „Parteilinken“ gelungen ist, die sich dabei anscheinend besonders „modern“ vorkommen.

Dabei müßte eine zukunftsorientierte - und nur in diesem Sinne macht „modern“ für mich einen rationalen Sinn - Erneuerung der SPD vor allem darauf setzen, ein Reformprogramm zu entwickeln und mehrheitsfähig zu machen, das Lösungen für die sozialen, ökologischen und internationalen Problemstellungen bietet und den Menschen politische Alternativen deutlich macht. Das „Modernisierungspapier“ ist in Wirklichkeit zutiefst unmodern, weil es diese Herausforderung nicht annimmt und stattdessen vor der ideologischen Vorherrschaft der Neokonservativen kapituliert. Statt die begonnene programmatische Erneuerung der SPD fortzusetzen, macht sich die Arbeitsgruppe zur Speerspitze der rechten Angriffe gegen das Berliner Grundsatzzprogramm der SPD.

Grundlage für die Einbindung dieser „Parteilinken“ sind dabei nach meiner Einschätzung mehrere Faktoren: Zunächst einmal ist das Papier inhaltlich sehr unterschiedlich interpretierbar und widersprüchlich - einige Punkte habe ich genannt. Einige Aussagen (ich hab ja nicht alles zitiert) haben auch etwas Richtiges oder man könnte etwas Sinnvolles darunter verstehen, wenn man den Satz so interpretiert, wie man ihn selbst gemeint hat oder meinen würde, wenn man ihn selber sagen würde. Entscheidend ist aber, welche Botschaft in der Öffentlichkeit tatsächlich rüberkommt: und das ist eine Öffnung der Partei nach rechts und die Aufgabe jeglichen gesellschaftsverändernden Anspruchs der SPD. Die Unkonkretheit des Papiers ist Methode, denn in ihm

geht es genau um diese Botschaften, die öffentlichkeitswirksam vermittelt werden sollen. Imagebildung wird mit Politik verwechselt. Es soll gar nicht mehr versucht werden, Mehrheiten für notwendige Reformen zu gewinnen. Es geht um den Verzicht auf alles, was die SPD in Konflikt mit - insbesondere ökonomisch-mächtigen Interessengruppen und dem neokonservativen Zeitgeist bringen könnte.

Während Teilen der beteiligten „Parteilinken“ möglicherweise nicht klar ist, was sie mit diesem Papier anrichten, hatten andere Mitglieder der Arbeitsgruppe wohl genau diejenigen Ziele, die mit der öffentlichen Darstellung des Papiers vermittelt wurden. Es fehlen gesellschaftskritisches Problembewußtsein, von Konfliktbereitschaft gegenüber mächtigen gesellschaftspolitischen Gegnern und Einsatz für weiterreichende Ziele des demokratischen Sozialismus ganz zu schweigen. Zu sehr haben sich manche „Linke“ auch in den herrschenden gesellschaftlichen und innerparteilichen Verhältnissen bequem eingerichtet und sich davon abhängig gemacht. Gelegentlich habe ich auch den Eindruck, daß sie die von ihrer persönlichen Lebenssituation geprägten Erfahrungen und Problemwahrnehmungen mit den real vorhandenen Problemen der Gesellschaft und der Menschheit verwechseln. Sie scheinen tatsächlich politischen Opportunismus gegenüber dem neokonservativen Zeitgeist und technokratische Modernisierungsbestrebungen für Erneuerung zu halten.

Oliver Brosch

## Die Rock'n'Roll-Populisten

Gedanken  
zur  
neuen BAP-LP

Die Zeilen, mit denen die neue Platte „X für'e U“ von BAP beginnt, lesen sich auch wie eine Beschreibung der Wechselfälle von kritischer Bewegung und ihrer Kultur in der Bundesrepublik. Keine andere deutsche Rockgruppe drückte die Identität der neuen sozialen Bewegungen, besonders der Friedensbewegung, in Sprache, Musik und Bildern so präzise aus wie BAP. Keine andere war in der ersten Hälfte der 80er Jahre so erfolgreich und von dieser Bewegung so verehrt. Und heute: nur noch Deutschland. Ausgerechnet Herbert Grönemeyer mußte sich kürzlich im FAZ-Feuilleton als „blonder Barde“, der gegen „Verweichlichung“ und „intellektuellen Zweifel“ die Physiognomie des neuen Deutschland zum Ausdruck bringe, umarmen lassen. Was macht BAP in einer Zeit, in der die Euphorie bewegter Fans entweder in Resignation oder in die „kollektive Amnesie“ umgeschlagen ist, die im Eröffnungstitel „Denn mir sinn widder wer“ beklagt wird? Der typische Vorwurf einer „kritischen“ Kulturöffentlichkeit, der alle Hätschelkinder irgendwann politisch unzuverlässig und zu professionell werden, traf auch BAP: die Gruppe privatisiere in den Texten und amerikanisiere die Musik. Übersehen wird so allerdings, daß deren Erfolgsrezept schon immer darin bestand, Biographisches und Gesellschaftli-

ches, Provinz und Internationalität, Avantgarde und Popularität zu verknüpfen. Parallelen von Bewegungsgeschichte, Bandgeschichte und Biographie von Sänger und Texter Wolfgang Niedecken mögen konstruiert sein - aber es ist reizvoll, ihnen nachzuspüren. Niedecken besitzt einen ausgeprägten Drang, den eigenen Lebenslauf zur Schau zu stellen. Seine Liebeslieder handeln von der eigenen Frau; Hund und Stammkneipe sind republikweit namentlich bekannt. BAP-Platten waren nicht einfache Kompilationen neuer Songs, sondern Dokumente eines Jahres, vertonte Tagebücher, denen im Beiheft der Bericht „Was seitdem geschah...“ in Prosa hinzugefügt wurde. Nun ist (im Verlag Kiepenheuer & Witsch) das Buch „Auskunft“ erschienen, eine Autobiographie, die keine sein soll, aber doch Niedeckens „erste 40 Jahre“ mal mit Tiefgang, mal nur plaudernd wiedergibt. Niedecken hat die dokumentarische Leidenschaft auch in seiner Malerei realisiert: im Projekt „Tagesbilder“ z.B., mit dem das komplette Jahr 1979 in 365 Kleinformaten festgehalten wurde. Im Unterschied zum Gros auch der deutschen Rocktexte ist diese BAP-Lyrik nicht selbsterklärend. Kaum ein Lied spricht für sich. Entstehungsgeschichten, Orte und handelnde Personen bedürfen der Erläuterung. Niedecken interessiert zuerst das Besondere, durch das Allgemeines erst zu Tage tritt. Wer BAP gründlich hört, ist - besonders auch durch die Verwendung des kölschen Dialekts - zur Decodierung eines fremden Künstleralltags gezwungen. Niedeckens Texte erzeugen das Phänomen einer massenhaften Identifizierung mit seiner öffentlich gemachten Intimität. Ganz persönliches trifft den Ton von vielen. Die Musik von BAP stand dazu oft in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis. Sie war das unverzichtbare Medium der Texte, ermöglichte erst deren Popularisierung, bei einigen gar die Verwandlung in Hymnen, mußte aber gerade deshalb den avantgardistischen Impuls der Texte

auch konterkarieren. Wo Niedeckens Texte randvoll mit Bildern waren, ließ die Musik wenig Raum zum freien Assoziieren - „nur“ zum emotionalen *Mitgehen*. Die Spannung entlud sich in einem Gruppenkrach, der 1986 fast zur Auflösung geführt hätte. Eine Mehrheit der Gruppe, die auf „internationale Rockmusik“, Professionalität und kurze, eingängige, eher „unpersönliche“ Texte setzte, stand einer von Niedecken angeführten Fraktion der „Intellektuellen“ und „Individualisten“ gegenüber. Nach zwei Jahren selbstverordneter Pause deutete sich mit dem Comeback-Album „Da capo“ (1988) ein wackliger Kompromiß an, der nun mit „X für'e U“ solide geworden ist. BAP gelingt es, über die Rolle des bloßen Sprachrohrs für gesellschaftliche Stimmungen hinauszuwachsen und innovativ zu sein. Musik und Arrangements sind längst über den Dauervorwurf erhaben, nichts weiter als den Krautrock der 80er Jahre zu bieten. Die Bereitschaft zur Differenzierung und zum Experiment ist gewachsen, und sie unterscheidet BAP wohlthuend etwa vom musikalischen Stillstand eines Herbert Grönemeyer. Die notwendige Widersprüchlichkeit von Musik und Text wird auf „X für'e U“ nicht nur akzeptiert, sondern produktiv eingesetzt: mal stützt die Musik den Text ohne Abstriche, mal kommentiert sie ihn, mal läuft sie ihm entgegen - und präzisiert dadurch die Aussage. Diese „Message“ der neuen Platte ist eine Art Quintessenz der bisherigen künstlerischen Arbeit von BAP: Bewußtwerdung über den eigenen Lebensentwurf durch den verfremdeten Blick und durch den Griff in den Fundus der persönlichen Geschichte. Niedecken präsentiert sich in seinen neuen Texten als jemand, der sich selbst gerade kein X für ein U vormachen will; der durch den Schein der öffentlichen Person hindurch erkennen will, was (er) wirklich ist. Die Déjà-vu-Bilder von „Griefbar noh“ transportieren diese Botschaft ebenso wie das Titelstück „Wat, usser Rock'n'Roll?":

„Eez wenn et Saalleech stirv, un  
du'm Verfolger stehs,  
un vun der Bühn uss die Jesechter  
siehs  
für die du noh Stääne griefts,  
Eez wenn du op die Reis durch ding  
Erinnerung jehs,  
bees du do, wo du Jeföhle ennje-  
stehs...“

Daß Erinnern und Beobachten erkennen läßt, was hinter der Unmittelbarkeit des Alltäglichen steckt, davon handeln auf unterschiedliche Weise die meisten Text-Bilder der Platte: Das verlorene Zelluloid-Paradies, der einzige Ort mit einem garantierten „Happy-End“; die gnadenlose Verwirrung eines „Vis-a-vis“, schließlich die universelle Metapher der Odyssee, bei der man sich nur noch danach sehnt, daß endlich „Land in Sicht“ kommt. „Land in Sicht“, der furiose Schlußpunkt, geschrieben als Metapher auf Niedeckens gescheiterte Ehe, lesbar auch als Geschichte der BAP-Krise, verwandelt sich schließlich in eine Schilderung des gründlichen Utopieverlusts der letzten Jahre. Dieses Private ist also sehr politisch - auf eine subtile Art, die keine Agitation nötig hat. Niedecken dazu in einem Interview: „Wir gehen nicht ins Studio und sagen, wir nehmen jetzt eine Platte auf, mit der wir was erreichen wollen. Stattdessen marschieren wir ins Studio und spielen eine Platte ein, die uns gefällt. ... Uns gegenüber besitzen wir eine gesunde Skepsis. Wir müssen ja nicht ständig die Welt verbessern.“ Auf diese Weise verkörpert BAP eine „Ästhetik des Widerstands“, die konsequent die eigene Subjektivität, Liebe und Haß, Freude und Ekel gegenüber Menschen und Verhältnissen zum Maßstab macht. BAP ist suggestiv - und läßt den HörerInnen doch die Wahl. In den Inhalten ist die Gruppe allerdings nie beliebig. Sie

wendet sich gegen die kulturellen Verheerungen in den Köpfen und Herzen hierzulande, und gegen den tatsächlichen Krieg, vor allem in der „Dritten Welt“. „Freio“ heißt ein Stück, daß erst in der Musik und dann im Text diese Auseinandersetzung beschreibt. Der Kinderruf beim Nachlaufen-Spielen wird unversehens zum philosophischen Topos, an dem Raum und Zeit keine Gültigkeit haben - doch nur für die Abendländer:

„Freio“ jilt nit em Puff en Bangkok  
„Freio“ jilt nit em Libanon...  
„Freio“ ess Luxus-Kinderkroom...“

„Fortsetzung folgt“ von der vorigen LP „Da capo“ arbeitete mit einem ähnlichen Motiv. Das Glücksversprechen für den jugendlichen Comic-Leser verwandelte sich da plötzlich in eine zynische Vertröstung auf dem Arbeitsamt. Der sympathische Kinderglaube an die Utopie und ein gutes Ende, das Erzählen von Geschichten (oder Malen von Bildern) statt der Aufführung von Lehrstücken, um diese Utopie aufscheinen zu lassen; schließlich die intellektuelle Vernunft, die sich der Tatsache wohl bewußt ist, damit auch den schönen Schein der populären Ideologie zu produzieren - diese BAP-Methode gefällt. Der Inhalt auch: Kölsche Weltmusik, die auch in China, in der Sowjetunion, in Mozambique oder Nicaragua zu hören und zu verstehen war; und die dort wieder neue Geschichten fand, die sich hier erzählen lassen. BAP verbindet Rock'n'Roll-Populismus mit unaufdringlicher Aufgeklärtheit. Auch im gesamtdeutschen Kulturbetrieb bleiben sie organische Intellektuelle der gerechten Sache: Massenkulturarbeiter, die aber erfreulicherweise nur sich selbst verpflichtet sind.

Oliver Brosch,  
Wuppertal, Redakteur der spw

WO MER OCH HINLUHRT:

NUR NOCH  
DEUTSCHLAND  
SU PENETRANT.  
WIE ICH ET  
NOCH NIT KANNT.

ALS JÖÖV  
ET SONS NIX MIEH...

JUSOS

## VEREINIGUNGS- KONGRESS

Bleiben wir sozialistisch? Diese Frage haben vor gut einem Jahr viele Jusos im Vorfeld des damaligen Bundeskongresses in München gestellt. Einschlägige Artikel eines montags erscheinenden Magazins verkündeten die bevorstehende Wende im Juso-Verband, die Verdrängung marxistischer Kräfte und das Ende der sozialistischen Richtungsorganisation. Doch es kam anders: die Bundesvorsitzende Susi Möbbeck wurde in ihrem Amt bestätigt, politisch gab es Anzeichen für ein Zusammenrücken sozialistischer Tendenzen und einen Ausgleich zwischen den Strömungen. Doch die Vereinigung mit den Jungen Sozialdemokraten der DDR führte zur Veränderung der innerverbandlichen Kräfteverhältnisse - im Bundesausschuß wie auch im Bundesvorstand stärkte dieser Vorgang vor allem die „undogmatische“ Strömung, die nun auf dem Bundeskongreß vom 8.-10. März auf dem Potsdamer Bundeskongreß Kurs auf Mehrheit und Vorsitz nimmt. Doch ist dies gar nicht so wichtig. Denn die entscheidende Frage lautet wieder: Bleiben die Jusos sozialistisch?

Mit dem Zerfall des „realen Sozialismus“ haben auch bei den Jusos die Stimmen zugenommen, die den Sozialismus aus dem Verband verbannen oder bestenfalls noch als Wertesammlung erhalten wollen. Dies gilt nicht nur für das kleine Häuflein der Juso-Rechten (Duisburger Kreis), sondern ist auch aus den Reihen der „Undogmatischen“ zu hören (so etwa im Landesverband Schleswig-Holstein). Zulange haben viele „undogmatische“ Sozialistinnen und Sozialisten geglaubt, der „real-sozialistische“ Zusammenbruch betreffe sie eigentlich gar nicht sondern nur die bösen „Stamokaps“. Nun besteht die große

Gefahr, daß es aus Gründen der „undogmatischen“ Mehrheitsbildung zu faulen Kompromissen auf Kosten unserer sozialistischen Identität kommt. Im Mittelpunkt des Kongresses wird eine durch Oskar Lafontaine eingeleitete Grundsatzdiskussion über den demokratischen Sozialismus stehen. Die Verabschiedung einer Grundsatzklärung der vereinigten Jusos soll sich anschließen. Gegenwärtig liegen dazu zwei Entwürfe vor. Die Vorlage der „undogmatischen“ Bundesvorstandsmitglieder stellt ein Sammelsurium dar, in dem eines allerdings fehlt: Kritik des Kapitalismus. Sozialismus wird nicht mehr als gesellschaftliche Alternative, sondern als Ausdruck schöner Werte verhandelt: verglichen mit früheren „undogmatischen“, eindeutig sozialistischen Papieren (etwa zur „Zukunft der Arbeit, Zukunft der Freizeit, Zukunft des Lebens“ von 1989) ein dramatischer Kurswechsel, der auch innerhalb der betreffenden Strömung für Konfliktstoff sorgen dürfte!

Der Bezirk Westliches Westfalen wird einen Entwurf vorlegen, der aus der Kritik des realen Kapitalismus wie auch des autoritären Staatssozialismus einen modernen demokratischen Sozialismus einfordert, der zwar auch als Wertekonzeption verstanden wird, vor allem aber als „die reale Utopie einer Gesellschaft, die auf hohem materiell-technischem Niveau die kapitalistischen, patriarchalen und bürokratischen Fesseln der Produktivkraftentwicklung abstreift und zum ersten Mal individuelle Freiheit, gesellschaftliche und internationale Solidarität umfassend verwirklichen kann. „Erforderlich sei auf dieser Grundlage ein neues Reformprojekt mit deutlichem Akzent auf eine umfassende Demokratisierung und starkem internationalen Bezug.“

Damit steht der Bezirk Westliches Westfalen auch für eine neue Juso-Linke, die jenseits bisheriger Denkschablonen (und vielleicht auch bisheriger „Fraktionsgrenzen“) dafür eintritt, daß sich die Jusos als sozialistische Jugend- und Richtungsorganisation

(und nicht als halb-linke Parteijugend) erneuern. Hierfür steht auch Claudia Walther (Mittelrhein), die für den Bundesvorsitz der Jusos kandidiert. Größere Chancen dürfte diesmal sicherlich der „undogmatische“ Kandidat Ralf Ludwig haben, der auf den größeren Teil der ostdeutschen Stimmen zählen kann.

Neben den Grundsatzdiskussionen wird übrigens eine weitere Entscheidung von prinzipieller Bedeutung anstehen: ein vom Landesverband NRW eingebrachter Richtlinienentwurf wird die Öffnung der Jusos für Nicht-SPD-Mitglieder fordern. Damit wird die (auch und gerade in dieser Zeitschrift geforderte) Organisationsreform und Öffnung der SPD erstmals auf ihre praktische Umsetzung eingefordert. In diesem Zusammenhang werden die Jusos sicherlich auch zum bevorstehenden Parteitag und zur anstehenden Debatte um eine grundlegende Parteireform Stellung zu nehmen haben.

Reinhold Rünker, Oelde, Juso-Bezirksvorstand WW

JOACHIM SCHUSTER

## STARTSCHUSS FÜR EINE NEUE QUALITÄT DER EG-INTEGRATION?

Bundeskanzler Helmut Kohl wertete den jüngsten EG-Gipfel Mitte Dezember 1990 als „phantastische Sache“, Kommissionspräsident Jaques Delors wählte sich gar bei einem „Rendezvous der Geschichte“. Die FR sieht die „EG auf neuen Wegen“. Nach dem Handelsblatt begibt sich die „EG auf den Weg zur Politischen Union“. Was war geschehen?

Zunächst zu den materiellen Ergebnissen des Gipfeltreffens. Die zwölf Regierungschefs beschlossen eine Soforthilfe für die Sowjetunion in Höhe von 2,3 Mrd. DM, davon 1,5 Mrd. als Nahrungsmittelhilfe und 800 Mio. als technische Hilfe. Die Kommission wurde beauftragt, 1991 ein breit angelegtes Abkommen mit der UdSSR vorzubereiten, welches die zukünftige politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit regeln soll. Ebenso will die Gemeinschaft für eine Aufnahme der Sowjetunion in internationale Gremien, insbesondere den IWF, eintreten. Damit hat die EG ein deutliches Zeichen für die Unterstützung der Reformpolitik Gorbatschows gesetzt. Es herrschte Übereinstimmung unter allen Teilnehmern, daß hierin eine vorrangige Aufgabe zu sehen sei, da ein Scheitern Gorbatschows gravierende Auswirkungen für den gesamten Kontinent haben würde.

Die EG hat mit dieser Hilfe die Vorreiterrolle bei der Unterstützung der Umbruchprozesse in Osteuropa vor den USA und Japan übernommen. Sie zeigt sich gewillt, ihre Rolle als Gravitationspunkt der zukünftigen Entwicklung in Europa anzunehmen, worauf schon ihre bisherige Unterstützung für die anderen osteuropäischen Reformstaaten hinweist. Machtpolitisch geht es dabei um die Gewinnung einer neuen Einflußsphäre, die zum einen perspektivisch

Joachim Schuster, Bremen, Politologe

von großen Nutzen für die westeuropäische Wirtschaft sein kann, zum anderen aber auch das weltpolitische Gewicht gegenüber den USA und Japan vergrößern wird. Allerdings birgt die bisherige Strategie erhebliche Konfliktpotentiale. Je eindeutiger die EG sich in Europa zum Gravitationspunkt der Entwicklung in Europa herausbildet, umso größer wird der Drang der anderen europäischen Länder, der EG beizutreten. Damit wird jedoch zugleich das bisherige Integrationsmodell der Gemeinschaft in Frage gestellt, das auf einem konfliktreichen Interessenausgleich der beteiligten Staaten bei einer gleichzeitigen Supranationalisierung beruht. Durch neue Mitgliedsstaaten wird dieser Prozeß sicherlich erheblich komplizierter, zumal gerade die ökonomischen Probleme in den osteuropäischen Staaten beträchtlich sind. Neben der Hilfe für die Sowjetunion beschloß der Gipfel zwei neue Regierungsgipfelkonferenzen. Eine dient zur Vorbereitung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), die andere befaßt sich mit dem Ausbau der EG zur Politischen Union. Beide Regierungskonferenzen haben die Zielstellung bis Ende 1991 Änderungen der EG-Verträge vorzubereiten, die zur Verwirklichung der angestrebten Ziele notwendig sind. Damit stellt die Gemeinschaft schon 5 Jahre nach der ersten Vertragsänderung seit Gründung der EG, der Einheitlichen Europäischen Akte mit dem gemeinsamen Binnenmarkt als Kernelement, die Weichen für eine weitere Vertiefung der Integration. Hiermit wird deutlich, daß die EG trotz der Umbruchprozesse in Osteuropa weiter ausgebaut werden soll. Möglichen Desintegrationstendenzen, die im Zusammenhang mit diesen Umbrüchen und insbesondere der neuen Stellung Deutschland auftreten könnten, wird dagegen eine klare Absage erteilt.

Ungewöhnlich ist zunächst, daß zwei Regierungskonferenzen einberufen wurden, die unabhängig voneinander Vertragsänderungen vorbereiten sollen. Die Erklärung dafür liegt in den unterschiedlichen Ursachen für das Anstreben einer EWWU bzw. einer Politischen Union sowie der unterschiedliche Stand der Vorbereitungen für diese Ziele.

So sind die Vorarbeiten für die Errichtung einer EWWU schon sehr weit gediehen. Die Regierungskonferenz kann auf den sogenannten Delors-Bericht zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion vom April 1989, auf verschiedene Positionspapiere der Kommission und des EG-Parlaments, auf einen von den Zentralbankpräsidenten ausgearbeiteten Entwurf für die Statuten eines Europäischen Zentralbanksystems sowie auf einen kurz vor dem Gipfel von der Kommission fertiggestellten, **kompletten** Vertragsentwurf für eine EWWU aufbauen. In vielen Sachfragen ist bisher schon im Vorfeld eine Einigung zwischen den Mitgliedsstaaten erzielt worden. Die erste Stufe zur Errichtung einer EWWU wird bereits umgesetzt. Zudem knüpfen die Bestrebungen für eine EWWU an die nun schon über 10-jährige währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) an. Verursacht wurde die neuerliche Diskussion um die EWWU einerseits durch die ökonomische Logik, die mit der Errichtung des gemeinsamen Binnenmarktes eingeschlagen wurde. Der gemeinsame Markt ist langfristig gesehen nur vollständig, wenn perspektivisch auch die Währungsschranken zwischen den Mitgliedsstaaten abgebaut werden. Andererseits sind die Diskussionen und Bestrebungen jedoch auch eine Reaktion auf die Asymmetrie im EWS. Durch die Dominanz der DM in diesem Wechselkurssystem ergibt



## Zivilisatorische Wirkung des Kapitalismus

Der Kapitalismus ist widersprüchlich, und es gibt eine zweite Entwicklung, die für das Verständnis der Auflösungsperspektive des Kapitalismus sehr viel wichtiger ist. Der Kapitalismus ist gezwungen - bei Strafe seines Untergangs -, zur Beherrschung der immer komplexeren und wissenschaftlicheren Produktionsprozesse diese immer weiter zu revolutionieren und zu wissenschaftlichen. Dazu braucht er ein entsprechend qualifiziertes Proletariat. Das, was wir in der BRD in den letzten 30 Jahren an unglaublichen Qualifikationsumstrukturierungen beobachten konnten, zeigt eben nicht die vom Leninismus vorausgesagte breite massenhafte Dequalifizierung und Verelendung, sondern nachgerade das Gegenteil. Das ist von Marx übrigens als eine Tendenz, die der Tendenz zur Dequalifizierung gegenübersteht, ganz präzise auch analysiert worden. Und es ist sehr deutlich gerade vom späten, ökonomischen, reifen Marx herausgearbeitet worden, daß nur diese qualifizierte Klasse in der Lage sein wird, die entfesselten gesellschaftlichen Kräfte in einer höheren Form des menschlichen Zusammenlebens auch zu beherrschen und in eine humane Richtung zu lenken.

Der Leninismus steht ja alleine dadurch in Gegensatz zur materialistischen Geschichtsauffassung, daß er glaubt, es wäre die verelendete Klasse, die aus Empörung in einem Akt der Revolution die Fesseln von sich wirft. Meine These dagegen ist: Die Arbeiterklasse wird dann in der Lage sein, den Kapitalismus in eine höhere Form menschlichen Zusammenlebens zu überführen, wenn sie sich alle Kompetenzen auf dem Gebiet der Kultur und der materiellen Produktivkräfte angeeignet hat, was heute auch heißt, mit der Natur in ein neues Verhältnis zu kommen. Dann streift die Arbeiterklasse eigentlich nur noch die Haut des alten Systems ab, sie verändert das System gar nicht mehr so grundlegend.

Sozialisten müssen deshalb zwei Strategien in ihrer Politik aufgreifen, die immer wieder in Spannung und Widerspruch zueinander treten, die jedoch

nur die Widersprüche, die in dieser Gesellschaft vorhanden sind, reflektieren. Wir müssen unsere gesamten Aktivitäten der Reintegration der an den Rand gedrückten Schichten verstärken, der Arbeitslosen, der dequalifizierten Schichten, derjenigen, die faktisch keine Zukunftschance in dieser Gesellschaft haben. Wir müssen dies alleine deshalb, weil diese Schichten entgegen allen Erwartungen der traditionellen Sozialisten sich eben nicht nach links orientieren, sondern diese Gesellschaftsschichten sich immer Leitbilder aus einer idyllisierten Vergangenheit suchen. Damit ist natürlich eine hohe Gefahr auch faschistoider Bewegungen in diesen Schichten vorhanden.

Dies wird immer eine Politik sein, die die demokratischen Seiten des Kapitalismus gegen faschistische und autoritätsfixierte Tendenzen verteidigt, um die bürgerliche Demokratie als Ausgangspunkt auch für sozialistische Politik aufrechtzuerhalten. Die systemüberwindende Perspektive sozialistischer Politik dagegen muß sich gerade auf den Teil stützen, den wir Yuppies oder moderne Arbeitnehmer genannt haben. Diese treiben die Produktivkräfte voran, erkennen nicht nur die Begrenztheiten und Irrationalitäten dieser Gesellschaft und prangern sie an, sondern haben auch die ökologische, kulturelle und politische Kompetenz, neue Alternativen zu entwickeln.

**spw: Dieses Bild von zwei auseinanderstrebenden Gruppen von Arbeitnehmern: Ist das nicht genau die Grundlage für den Spagat, in dem sich die SPD seit gut 10 Jahren befindet?**

**Fehrmann:** Die Probleme der SPD wie der Gewerkschaften zeigen exakt, daß es keiner dieser Bewegungen gelungen ist, diesen Widerspruch bewußt aufzulösen. Oskar Lafontaine ist ja vorgeworfen worden, vor lauter Ansprache der Jugend und der modernen Arbeitnehmer einen anderen Teil aus dem Blick verloren zu haben. Sie muß jedenfalls die Widersprüche erkennen, in denen sich diese beiden Klassenfraktionen befinden und sie muß versuchen, durch eine doppelte Strategie beide Teile zu integrieren und ein Stück zusammenzuführen. Das ist der SPD bis heute nicht gelungen.

## Organisieren wir jetzt die oberen Zehntausend?

Auch in den Gewerkschaften gibt es - unter dem Stichwort Angestelltenpolitik - exakt diese Diskussion, und dort ist es noch dramatischer. In der IG Metall haben wir eine breite Stimmung, die sagt, wenn wir von den modernen Arbeiterschichten reden und ihre Gewinnung zum Ziel machen: „Ja, organisieren wir jetzt die oberen Zehntausend?“

Also sehr eingängige, bei den unteren, „risikobelasteten“ Schichten sehr vorurteilsbestätigende Thesen, die aber auch vorhandene Angst ausdrücken. Einem Automobilarbeiter, der 3500,- im Monat verdient, dem fällt es schon schwer zu verstehen, warum z.B. der Betriebsrat bei Ford in Köln eine Betriebsvereinbarung abschließt, in der AT-Gehälter bis zu 18.000,- Mark im Monat abgesichert sind. Dafür arbeitet der ein halbes Jahr und da haben Vorurteile eben auch eine Basis.

**spw: Vielleicht nochmal etwas provozierender: Die Mitgliedsstruktur der Gewerkschaften heute ist auf dem Stand der Sozialstruktur der 50er Jahren stehengeblieben. Die Wertorientierungen sind unverändert die des männlichen Industrieproletariats. Muß man da nicht fragen, ob der Anschluß an die Zukunft schon verloren gegangen ist?**

**Fehrmann:** Was sich gegenwärtig an Diskussionen abzeichnet deutet eher daraufhin, daß sich die Gewerkschaften zurückziehen auf ihr klassisches Klientel. Am Beispiel der IG Metall will ich hier die These aufstellen: Der letzte Gewerkschaftstag im Oktober 1989 in Berlin war im Prinzip die Rücknahme ihres Zukunftskongresses und der Sieg der Gegenreformation in der IG Metall. Leute wie Franz Steinkühler oder Siegfried Bleicher im Vorstand der IG Metall sind sicherlich die Wortführer einer vorsichtigen Modernisierung und Öffnung der IG Metall, weil sie schlicht und einfach erkannt haben, daß die IG Metall in den Zukunftsbereichen der Metallwirtschaft schon heute keine Rolle mehr spielt.

Ich nenne als Beispiel das Siemens-Forschungszentrum in München-Perlach, wo bei 10.000 höchst qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die IG Metall zwar noch die Betriebsräte stellt, aber mit ihrer Politik faktisch keine Rolle spielt. Sie hat dort auch keine Mitglieder. Das ist ein versprengtes Häuflein, eine Sekte, die insofern bolschewistische Züge trägt, als sie gar nicht mehr repräsentiert, was in der Wirklichkeit an Klassen- und Sozialstrukturen und Arbeiterschaft vorhanden ist.

**spw: Mal andersherum gefragt: Wo siehst Du denn im Moment bei den Gewerkschaften positive Ansätze im Verhältnis zu den modernen Arbeitnehmern?**

**Fehrmann:** Die sehe ich in der Angestelltenpolitik der IG Metall, die mit viel Euphorie begonnen wurde, und jetzt sicherlich sehr viel pragmatischer fortgesetzt wird, weil sie auch - auf gut deutsch - zurückgepfiffen wurde von den Industriearbeitern. Ich halte z.B. das Angestelltenpolitische Programm der IG Metall für eines der fortschrittlichsten in der Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Hier sind Fragestellungen aufgegriffen, hier sind noch keine endgültigen Antworten, aber Suchbewegungen definiert worden, die Sinn machen und Perspektive bieten.

**spw: Gibt es denn da auch punktuelle Erfolge?**

**Fehrmann:** Das ist eine traditionelle linke Frage. Wenn wir die heutige historische Situation als fundamentale Umbruchsituation der Klassenzusammensetzung, der Werthaltungen - auch im Verhältnis zur Natur - begreifen, wenn wir begreifen, daß die alten Politikmodelle verbraucht sind und die alten Vorgehensmodelle keine Antworten mehr für diese Umbruchsituation geben, dann hielte ich es für ungeduldig - fast die Niederlage vorbereitend - wenn wir nun ein schönes neues widerspruchsfreies Schema an die Stelle des alten setzen würden und uns dann fragen lassen müssen nach zwei Jahren: Nun, habt ihr Erfolg gehabt oder nicht? Das wird ein Prozeß sein, der wird uns 10, 20 Jahre beschäftigen. Wir befinden uns in einer offenen Situation, in der die Menschen vielleicht auch gar nicht mehr fix und fertige Antworten wollen. Vielleicht soll-

ten wir dazu übergehen zu sagen, wir finden die perfekten Antworten auch gar nicht mehr, sondern wir organisieren nur den Suchprozeß der Menschen, geben ihnen, anstatt sie zu führen, einige Orientierungen, die ihnen helfen, versuchen sie zu beteiligen und hören ihnen eher zu, als daß wir ihnen „predigen“.

**spw: Wenn man das alles als Lernprozeß sieht, muß man doch auch experimentieren und für einzelne Experimente muß man sich dann doch auch die Erfolgsfrage stellen, um daraus lernen zu können.**

## Sozialistische Politik muß auch verliebt sein in den Erfolg

**Fehrmann:** Natürlich muß eine sozialistische Politik auch verliebt sein - wie Bloch das gesagt hat - in den Erfolg - was sie ja nie gewesen ist. Und es gibt eine Fülle von einzelnen Beispielen, die durchaus Erfolge zeigen.

Die IG Metall beispielsweise hat in ihrer Angestelltenpolitik den klassischen Ressortzuschnitt von Politik: Angestelltenabteilung, Wirtschaftsabteilung, Betriebsräteabteilung, Vertrauensleuteabteilung, Frauenabteilung usw. zu überwinden versucht durch eine der kapitalistischen Unternehmensentwicklung entlehnte Arbeitsorganisationsform, die Projektform. Gewerkschaftsarbeit als Projektarbeit, auch zeitlich befristet und mit definierten Zielen, gewinnt auch in örtlichen Bereichen an Gewicht.

Ein Beispiel aus meiner praktischen Arbeit: Ich berate immer noch auf Wunsch des Konzernbetriebsrates von Hoesch die Betriebsräte. Das sind ganz traditionelle Kolleginnen und Kollegen. Mit denen arbeiten wir zur Zeit daran, ein Konzept zur Betreuung von Führungskräften aus Betriebsratsicht zu erstellen. Ich vermisste natürlich, daß es sich als große, systematische und von allen erkannte Linie schon durchgesetzt hätte. Sozialistinnen und Sozialisten lösen die Widersprüche dieser Gesellschaft nicht auf, aber sie organisieren sie in Bewegungsformen, die nach vorne gehen, und nicht mehr nach hinten.

**spw: Nochmal zurück zur Betreuung der Führungskräfte, was macht ihr mit denen?**

**Fehrmann:** Ausgangspunkt war ein von der Unternehmensleitung vorgelegtes Führungskräfteentwicklungskonzept, in dem für die immer größer werdende Zahl von akademisch qualifizierten Angestellten hinsichtlich ihrer Berufsplanung und hinsichtlich der Auswahl von Führungskräften ein Rahmen abgesteckt wird. Das ist dem Betriebsrat vorgelegt worden in der Hoffnung, der werde dem so zustimmen, wie das in den letzten 40 oder 100 Jahren passiert ist, so nach dem Motto: Was haben wir mit Führungskräften zu tun. Aber nein! Diese Betriebsräte haben sehr wohl gemerkt, daß der Kampf um die Köpfe des qualifizierten Mittelbaus in den Unternehmen der Kampf um die zukünftige Gestaltungsfähigkeit der Gewerkschaften sein wird. Das hat mich so fasziniert, daß da Betriebsräte sozusagen geahnt haben: Das ist eine Frage, die dürfen wir denen nicht mehr allein überlassen. Und wir sind jetzt dabei, ein Konzept zu entwickeln, in dem wir aus Arbeitnehmersicht Führungskräfte eine Perspektive für den Aufstieg im Unternehmen bieten. Früher war ja jeder Aufstieg die Entfernung von der Arbeiterklasse. Nein, wir wollen, daß sie Aufstiegschancen haben, daß sie ihren Beruf planen können, daß sie in qualifizierte, verantwortliche Leitungs- und Stabsfunktionen der Unternehmen einrücken, aber in einem Verfahren, das es für sie planbar und kalkulierbar macht und das es ihnen möglich macht, sich auch ohne eine erbarmungslose Konkurrenz gegenüber den Mitbewerbern zu entwickeln. In einem Referat hatte Siegfried Bleicher sinngemäß gesagt: Eine zentrale Frage wird sein, ob wir die Führungskräfte als die Gestalter wesentlicher Entwicklungen für die Gewerkschaften gewinnen können. Der damalige Vorstandsvorsitzende von Hoesch, Rohwedder, bezeichnete dies als die radikalste, revolutionärste und gefährlichste Rede eines Gewerkschafters, die er in den letzten Jahren gehört hätte. Die Kapitalisten erschrecken nicht vor der großen linksradikalischen Phrasen von Vergesellschaftung. Aber beim Kampf um strategisch wichtige Arbeitnehmerfraktionen in den Betrieben, da spüren sie, daß sie selbst große Probleme haben. Denn sie werden von den heutigen Führungs-

schichten längst nicht mehr so unkritisch gesehen, wie das noch vor 30 Jahren der Fall gewesen ist. Warum entwickeln die denn soziale Beteiligungstechniken und räumen diesen Schichten große Freiheiten und Bewegungsspielräume ein? Doch deshalb, weil sie sonst befürchten, daß sie deren Unterstützung verlieren könnten. Und da wird einer der großen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital zukünftig ausgetragen werden. Nur hier hat sozialistische Politik Ausgangspunkte und realistische Anhaltspunkte, Gestaltungskraft wiederzugewinnen, und die Frage der Transformation der Gesellschaft in eine menschenwürdigere Form des Zusammenlebens lebendig zu halten.

**spw: Was haben denn die Gewerkschaften und die Linke allgemein diesen Schichten zu bieten?**

**Fehrmann:** Wir haben in den vielen bisherigen Diskussionen erkannt, daß wir ihnen bisher nur das Interessenvertretungsmodell der - männlichen - Produktionsarbeiter in modifizierter Form angeboten haben. Das ist übrigens auch der Grund, warum auch die DAG genauso erfolglos geblieben ist wie die Industriefacharbeitergewerkschaften oder auch die HBV als reine Angestelltengewerkschaft. DAG und HBV haben nichts anderes getan, als das Facharbeiterinteressenvertretungsmodell zu imitieren und zu übertragen auf diese Schichten. Wir haben die Aufstiegsfrage diskriminiert. Daß dies ein Weg ist zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation und zur Verwirklichung individueller Wünsche und Bedürfnisse, haben wir völlig übersehen und in Abrede gestellt. Wir haben immer aus dem Blick des „Wir hier unten - ihr da oben“ alle Anstrengungen dieser Arbeitnehmergruppen, in qualifiziertere, verantwortliche Positionen zu kommen, diskriminiert als Unterwerfung unter die Gesetze des Kapitals und seine Ethik. Vollkommener Unsinn! Das war ein natürliches und den Interessen dieser Arbeitnehmergruppen vollkommen angemessenes Verhalten. Unsere große Aufgabe in der Zukunft ist, diesen Gruppen Interessenvertretungsmodelle anzubieten, mit ihnen erstmal zu arbeiten, die möglicherweise mit den klassischen gewerkschaftlichen Interessenvertretungsmodellen so viel zu tun haben wie die moderne bürgerliche

Gesellschaft mit dem Feudalismus. Die materielle Frage spielt sicherlich auch in dieser Gruppe eine Rolle, aber längst nicht mehr die entscheidende Rolle, wie das beim Facharbeiter nach wie vor der Fall ist. Diese Gruppe legt z.B. großen Wert auf Transparenz der Unternehmensentwicklung. Sie fragt: wie kann ich meine Arbeitszeitbedürfnisse erfüllen, die mit diesem Schema des 7,5-Studentages nicht im Ansatz übereinstimmen? Ich bin bereit, 12 Stunden am Tag zu arbeiten in dem Projekt, das mich interessiert und das mir Spaß macht. Aber danach will ich auch mal drei Monate aussteigen. Ich plädiere für das Sabbatjahr für diese Schichten! Und sage gleichzeitig: Das muß nicht heißen, das dies auch für die unteren Schichten ein angemessenes Modell ist. Wir müssen in der gesamten Politik viel differenzierter und flexibler sein. Aber es gibt ja einen leninistischen Einheitsbegriff in der bundesrepublikanischen Arbeiterbewegung, der mich nachgerade erschreckt und der sich nur tendenziell von dem der bolschewistischen Kaderpartei unterscheidet. Doch die IG Metall etwa ist keine Kaderpartei. Das ist eine Organisation mit 3 Millionen Mitgliedern und ebensoviele unterschiedlichen Bedürfnissen. Und zumindest in den großen Strömungen dieser Bedürfnisse und Wünsche muß dem Rechnung getragen werden. Es ist das große Verdienst von Walter Rister in der Tarifbewegung 1990 für die 35-Stunden-Woche: 18% der Arbeitnehmer können wählen, welche Arbeitszeitformen sie haben wollen. In der Praxis funktioniert dies aufgrund der Machtverhältnisse nicht sehr gut. Aber dieses Nichtfunktionieren ändert nichts daran, daß die Grundidee, dem Einzelnen ein höheres Maß an Wahlfreiheit zu geben, höchstwahrscheinlich die Möglichkeit ist, wie wir diese modernen Arbeitnehmerschichten näher an uns heran führen können. Ob sie Mitglieder werden ist offen. Denn was noch fehlt, ist ein umfassendes Verständnis und ein Angebot. Und dies wird übrigens auch der SPD als eine große Zukunftsherausforderung zugemutet werden müssen: Ein politisches, gesellschaftlich attraktives Interessenvertretungsmodell darzustellen und anzubieten. Das ist allein mit den klassischen Schutz- und Fürsorgeansätzen nicht mehr zu leisten und aus meiner Sicht kann das auch mit dem

Modell der repräsentativen Demokratie nicht mehr erreicht werden.

**Die modernen Arbeitnehmerschichten drängen zu neuen Formen auch der politischen Demokratie**

Ich kritisiere die sozialistische Linke in dieser Frage auch deshalb, weil sie uns alle mit ihrer rigiden, undifferenzierten Oppositionshaltung zum Kapitalismus davon abgehalten hat, uns mit dem Kapitalismus und seinen politischen Bewegungsformen überhaupt auseinanderzusetzen. Wir haben mit dem Kapitalismus im Grunde die Demokratie und den Parlamentarismus immer sofort mitdenunziert. Ich sehe im parlamentarischen Repräsentativsystem nicht die Naturform der politischen Willensbildung. Ich kann mir in einem ersten Schritt Ergänzungen um partizipative und unmittelbare Teilnehmungsmodelle von Bürgerinnen und Bürgern vorstellen. Und wenn ein so fortschrittlich denkender Mensch wie Wassermann diese Demokratie „Zuschauerdemokratie“ nennt, müßte das doch von einer sozialdemokratischen Partei wie von einem trockenen Schwamm aufgesaugt werden. Ich bin der Auffassung, diese modernen Arbeitnehmerschichten drängen zu neuen Formen auch der politischen Demokratie. Dies sollten wir unterstützen und neue Modelle innerparteilicher und gesellschaftlicher Beteiligung diskutieren und anbieten.

**spw: Und was kommt danach? Das klassische Modell des Klassenkampfes ist doch: Es gibt zwei Lager, jedes hat eine Zentrale - den „geschäftsführenden Ausschuß“ - und die Zentralen verfügen über ihre Kräfte wie der Schachspieler über die Figuren auf dem Brett. Und dann gibt es noch die schwankenden Schichten dazwischen. Für die Rolle des Individuums bleibt da wenig Spielraum. Aber wenn dies nun nicht mehr das Konfliktmodell der Zukunft ist - was kommt danach?**

**Fehrmann:** Die große Theorie des bedingungslosen Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital muß weichen zugunsten einer differenzierten Theorie der Stärkung des Kulturmodells der Arbeitnehmer gegenüber dem Kulturmodell des Kapitals. Wir können nicht mehr aus einer Perspektive agieren: „Wir, die Hilflosen, die Ausgelieferten, unterdrückten Arbeitnehmer gegen die da oben, die alle Macht auf sich vereinigt haben, und uns fremdbestimmt steuern und manipulieren“. Das neue Interessensvertretungs- und Konfliktmodell wird das der Konkurrenz sein. Die Arbeitnehmerschaft hat soviel Kompetenz, hat soviel kulturelle Kreativität, hat soviel wirtschaftliche Fachkompetenz, hat soviel soziale Kraft und Energie, das ist im Grunde schon jetzt ein sich selbst noch nicht bewußter Konkurrenzfaktor zur bestimmenden Form des Kapitals. Und ich gewinne die qualifizierteren Teile der Arbeitnehmerschaft nicht dadurch, daß ich sie in einen Interessengegensatz zum Kapital jagen will, sondern in dem ich sie ermutige, ihre Vorstellungen über einen in der ersten Stufe zunächst besser funktionierenden Kapitalismus, einen ökologischen Kapitalismus, einen frauenfreundlichen Kapitalismus, einen weniger autoritären Kapitalismus zu verfolgen, und das durchaus auch in Kooperation mit dem Kapital. Eine solche erste Stufe ließe sich von neuen realen Bedingungen aus weiterentwickeln in eine - vielleicht - ganz andere Gesellschaft. Der Marxist ist kein Utopist. Er stellt sich nur die Aufgaben, die er auch lösen kann. Und was wir z.Zt. lösen können ist, diese Vielfalt an Anforderungen an einen in seiner prinzipiellen Daseinsweise noch nicht kritisierten Kapitalismus heranzutragen, der aber in seinen verschiedenen Erscheinungsformen durchaus unter Kritik steht. Wir würden die moderne Arbeiterklasse nur ablenken von ihren Interessen und Bedürfnissen, wenn wir sie mit dieser Phrase vom Interessengegensatz, von Kämpfen und Vergesellschaftung, mit diesen alten Folien, ihnen etwas aufpressen würden, was dem Stand der Bewegung gar nicht entspricht und auch in Zukunft nie mehr entsprechen wird. Es gibt heute fortschrittliche Kapitalfraktionen, die in der Bereitschaft, diesen Arbeitnehmergruppen entgegenzukommen, viel weiter sind als die Gewerkschaften. Die Mitbestimmungsmodelle, die die Unternehmensleitungen

ihren mittleren und oberen Führungsschichten geben, die würden die Gewerkschaften ihren eigenen Funktionären in den nächsten 100 Jahren noch nicht geben, so autoritär sind sie fixiert. Es geht nicht mehr über die alten Führungs- und Kadermodelle oder über Parteimodelle, die sich eine Führungsrolle anmaßen. Gewerkschaften und SPD waren im Prinzip ja vordenkende Bewegungen. Aber wir haben eine so kompetente und im Prinzip auch schon mündige Arbeiterklasse, daß wir diese Form überdenken müssen. Nicht mehr führen, sondern allenfalls Orientierungsrahmen setzen, die so breit sein müssen, daß sich viele unterschiedliche Bewegungen und Bedürfnisse darin finden und auch ihren eigenen Weg suchen können. Wir brauchen die Suchbewegung, die Plattform SPD und die Plattform Gewerkschaften, in denen sich dieses Unterschiedliche selbst seinen Weg sucht. Und die Menschen sind viel weiter, als die vordenkenden Organisationen in ihrer Suchbewegung sind, befürchte ich. Also: Keine großen Utopieentwürfe mehr. Der Marxismus war nie Utopismus. Er war immer eine Theorie, die gesagt hat, nur das, was wir vorfinden, können wir verändern.

**spw: Und was bedeutet dies für die Marxsche Theorie und ihre Interpretation? Die traditionelle Auffassung vom Klassenkampf ist doch damit wohl erledigt, vielleicht auch die Marxsche Geschichtsphilosophie. Die Marxsche Arbeiterklasse war ja das im Werden begriffene Industrieproletariat, das sicher für die politischen Theorien von Marx und Engels das Leitbild war. Vorhin hast Du Dich auf die modernen Arbeitnehmerschichten als moderne Arbeiterklasse bezogen. Sind in diesem Sinne die modernen Arbeitnehmerschichten wirklich immer nur Arbeiterklasse, also Träger von Lohnarbeit, oder verweisen nicht bestimmte Aspekte darauf, daß hier schon Wirklichkeiten im Werden sind, die über die ökonomischen Kategorien des Kapitals hinausweisen und die man nicht mehr nur in den**

**Marxschen Kategorien der Kapitalismusanalyse fassen kann?**

**Fehrmann:** Bezüglich der neuen Wirklichkeiten teile ich das, aber nicht die Skepsis gegenüber Marx. Der Reichtum der marxistischen Diskussion um die Jahrhundertwende macht auch eines deutlich: daß nämlich Marx gerade nicht jene endgültigen, geschlossenen Antworten auf die Entwicklung des Kapitalismus gegeben hat, wie es der Leninismus, indem er den Marxismus heilig gesprochen hat, behauptet. Der Marxismus - das ist meine Interpretation, und ich akzeptiere jede andere - sieht im Kapitalismus eine notwendige Entwicklungsstufe der Menschwerdung. Und zwar nicht nach dem Motto: Durchs Elend zum endgültigen Glück, sondern diese Gesellschaftsformation hat zwei Funktionen: Sie zerschlägt die alten, bornierten, lokalen Formen des Menschlichen, die personifizierten Abhängigkeiten und bornierten Lebensformen der vorkapitalistischen, feudalen Gesellschaftsformation und sie entwickelt gleichermaßen im Grunde menschliche Verkehrsformen, die über die Nation hinaus weltweit kommunikativ, materiell den Menschen eine ganz neue Welt zur Verfügung stellen, eine Welt, die ihnen erst ermöglicht, eine menschenwürdige Lebensordnung zu schaffen. Auch Marx hat sich entwickelt, vom Linkshegelianer über den utopischen Marx zum reifen Marx des „Kapitals“. Der späte Marx hat durchaus die Strategie des demokratisch-parlamentarischen Weges gesehen. Engels hat das in seinem „Testament“ geradezu in den Vordergrund gestellt. Die russische Revolution dagegen war ein Putsch, die Revolte einer Gruppe von 24.000 Menschen (der bolschewistischen Partei), die sich auf eine Arbeiterklasse von 800.000 Menschen stützen konnte, der jedoch 200 Millionen Bauern gegenüberstanden. Auch der revolutionäre Marx, der die Arbeiterklasse als Träger einer gewaltsamen Revolution sah, spricht immer von der Arbeiterklasse als Mehrheit der Gesellschaft. Das hat der Leninismus nicht im Ansatz beachtet. Durch die russische Revolution und die leninistische Marxinterpretation wurde eine an die Traditionen der Aufklärung, des Parlamentarismus und der entwickelten Demokratie Westeuropas an-

knüpfende marxistische Diskussion vernichtet. Nun zur Frage des „historischen Subjektes“. Marx und Engels haben in dieser Frage eine Entwicklung durchlaufen. Der „ökonomische“ Marx ist schließlich zu dem Ergebnis gekommen, daß das handwerkliche Proletariat ersetzt werden wird durch ein industrielles, an Maschinen arbeitendes Proletariat, schließlich durch ein Proletariat, das in einer Produktionsweise arbeitet, in der die Wissenschaft selbst zur Produktivkraft geworden ist, wo das Proletariat neben den Produktionsprozeß tritt, Aufsichts- und Kontrollfunktionen wahrnimmt. Er hat geschrieben: Ist das Proletariat erst der Meister der Produktionsprozesse, so hat es alle Voraussetzungen, zum Meister der Gesellschaft und der politischen Prozesse insgesamt zu werden. Was wir heute erleben ist die Entwicklung zu einem Proletariats, das mit dem Proletariat des 19. Jahrhunderts herzlich wenig zu tun hat, das aber überhaupt erst in der Lage ist, in dieser Gesellschaft als bestimmender, gestaltender, demokratisch gebildeter Faktor tätig zu werden.

**spw: Das neue Proletariat, von dem Du sprichst, wodurch entsteht das eigentlich? Nach Marx erschafft sich die Bourgeoisie selbst das Proletariat als historischen Gegenspieler, indem sie die moderne Produktionsweise schafft und durchsetzt. Die andere Seite ist immer auch, daß sich das Proletariat als Klasse selbst formiert. Das ist meist die schwächere Seite des Prozesses. Nun gibt es den Interpretationsstreit, ob Marx Perspektive der Befreiung von Befreiung in der Arbeit oder von der Arbeit handelt. Gorz hat die Widersprüchlichkeit bei Marx auseinandergespürt: Einerseits die Utopie einer verallgemeinerten menschlichen Arbeit, die umschlägt in eine allseitige Entwicklung des Menschen in der Arbeit, andererseits die Utopie vom Reich der Freiheit, in dem die Arbeit nur noch ein untergeordnetes Moment des gesellschaftlichen Lebens ist. Fehrmann:** Nochmal zur Flexibilität und Überlebensfähigkeit des Kapitals,

dem wir ja schon lange den Zusammenbruch prophezeit hatten: Das Kapital produziert einerseits die Arbeiterklasse als Träger von Mehrarbeit, um einen hohen Anteil an Mehrwert zu erzeugen, andererseits reduziert es beständig diesen Teil seiner Quelle des Mehrwerts gegen Null dadurch, daß es ihm immer größere Teile von vergegenständlichter Wissenschaft, wie Maschinen und automatisierte Verfahren, entgegenstellt. Es ist faszinierend, wie Marx diesen Teil der Entwicklung analysiert hat. Daraus hat er ja auch das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate abgeleitet. Ich halte diese Analyse für unvollständig insofern, als er erstens die Fähigkeit des Kapitals unterschätzt hat, seine Märkte beständig in räumlicher Hinsicht auszuweiten, und zweitens, wie es in der Lage ist, ständig neue Bedürfnisse zu erzeugen und auch zu befriedigen.

Wir befinden uns ökonomisch in einer solchen Phase, in der sich das Kapital aus alten Anlagensphären verabschiedet und in einer faszinierenden Art und Weise ganz neue Anlagefelder, Produkte und Bereiche der Bedürfnisbefriedigung schafft. Stichwort Elektronik: Der Weltelektronikmarkt beträgt 126 Mrd. DM in 1991. Es ist faszinierend, wie das Kapital durchaus noch sinnvolle Felder der Bedürfnisbefriedigung erschließt. In der Elektronik stecken Möglichkeiten eines Sprungs menschlicher Zivilisation, die unter dieser trüben Orwell-1984-Diskussion überhaupt nicht mehr aufgeschienen sind. Elektronik macht Sinn, trotz wahnsinniger Gefahren: Für ein neues Verhältnis zur Natur, hinsichtlich der Steuerung von Planungs- und Informationsprozessen, die uns nicht als entfremdete Prozesse gegenüberstehen müssen, sondern die auch eine Strukturierung des Wissens der Menschheit ermöglichen, die wahrscheinlich unabdingbar ist für die Aufrechterhaltung der natürlichen und sozialen Bedingungen unserer Welt.

Mit dieser Entwicklung erschafft der Kapitalismus zwangsläufig immer aufs neue auch das Proletariat als bedeutendste Produktivkraft. Aber der Kapitalismus ist keine Person. Das Kapital mit seinen Verwertungsbedürfnissen setzt den Rahmen, alles weitere findet sich. Z.B. sind die modernen Arbeiterschichten das Produkt einer Bildungspolitik, in der Emanzipation im Arbeitneh-



Bild: Freie Saft

**"DIE MITBESTIMMUNGSMODELLE, DIE DIE UNTERNEHMENSLEITUNGEN HEUTE IHREN FÜHRUNGSSCHICHTEN GEBEN, DIE WÜRDEN DIE GEWERKSCHAFTEN IHREN EIGENEN FUNKTIONÄREN IN 100 JAHREN NOCH NICHT GEBEN."**

merinteresse und Modernisierung im Kapitalinteresse ein ungleiches Bündnis eingegangen sind. Außerdem spielt auch der eigene Entschluß zu studieren und die Unterstützung der nichtakademischen Familien dabei - gerade aus der Sicht des Einzelnen - eine ganz entscheidende Rolle. Entscheidend ist: Weil das Kapital streben muß, die lebendige Arbeit so weit als möglich durch Maschinen und automatisierte Verfahren zu verdrängen, ist es gezwungen, wissenschaftlich qualifizierte Arbeitnehmer einzusetzen und auszubilden. So macht der Umbruch der Produktivkräfte eine höhere Entwicklung von Teilen der Arbeiterklasse möglich und notwendig. Nun zu Deiner Frage: Reich der Freiheit, Reich der Notwendigkeit. In den „Grundrissen“ war Marx der „ökonomische Anarchist“, weil er in der Tat nur das Reich der Freiheit gesehen hat. Eine Welt, in der der Mensch eine Form der Aneignung der Natur ins Werk gesetzt hat, die es ihm ermöglicht, sich dem

Reich der Freiheit hinzugeben, dem Studium der Künste, der Naturwissenschaften, der Vervielfältigung und Verfeinerung seiner Bedürfnisse und ähnliche Dinge. In der „Kritik der politischen Ökonomie“ nannte Marx den Sozialismus schon nur noch die Gesellschaftsformation, in der die Surplusarbeit reduziert wird auf den zur Reproduktion der Gesellschaft notwendigen Teil. Die Arbeit sieht er hier eher als Reich der Notwendigkeit, dessen Entwicklung eine sehr lange Zeit brauchen werde, bis es nicht mehr zum Reich der Freiheit in Gegensatz stehen werde und die Arbeit zu einem menschlichen Bedürfnis werde.

### Was ist an der sozialistischen Gesellschaft noch sozialistisch?

Auch in einer sozialistischen Gesellschaft - vielleicht müssen wir der auch einen neuen Namen geben - wird es sehr diszipliniert und arbeitsmäßig zugehen und wir werden viele Relikte der alten Gesellschaft im Zuge einer langen Entwicklung beseitigen müssen.

### spw: Was ist denn an der sozialistischen Gesellschaft noch das spezifisch sozialistische?

**Fehrmann:** Nichts mehr. Sie ist kaum zu unterscheiden von einer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft. Ich bin überzeugt davon, viele Momente des privatwirtschaftlichen Handelns werden in dieser Gesellschaft aufrechterhalten werden. Dieses Plattmachen, dieses Vergesellschaften, dieses Überführen in Gemeineigentum ist ja vom Leninismus in diese göttliche Hülle gehoben worden. Die sozialistische Gesellschaft der Zukunft wird sich vom Kapitalismus dadurch unterscheiden, daß der Grad der Kommunikation und Selbstverständigung ein bewußterer und höherer sein wird. Viele private Initiativen werden überhaupt nicht zurückgenommen werden gegenüber dem Kapitalismus, aber ihre Einbettung in Selbstverständigungs- und Kommunikationsprozesse wird ein höheres Niveau haben. Gesellschaft besteht nicht darin, daß alle gleich sind, sondern darin, daß sie sich in ihrer Verschiedenheit ergänzen und auch anerkennen. Meine Vorstellung von Sozialismus ist so wenig entfernt von der Gesellschaft in der wir jetzt leben; Sie hat den Verselbständigungsprozeß in einen Selbstverständigungsprozeß umgewandelt. Die sozia-

listische Gesellschaft wächst nicht nur aus Kritik am Kapitalismus, sondern auch aus Kritik am Sozialstaatsmodell der Sozialisten und Sozialdemokraten.

### spw: Wie siehst Du Dich im Verhältnis zur Gewerkschaft, zur Partei, zur Arbeiterbewegung?

**Fehrmann:** Ich habe Mitte der 80er Jahre, als ich zum zweitenmal in den Bereich Angestelltenarbeit gekommen bin, aufgehört, mich als Gewerkschaftsfunktionär im klassischen Sinne zu verstehen. Ich habe mich nicht mehr verstanden als der Vertreter der Gewerkschaften oder auch der sozialdemokratischen Partei im Angestelltenbereich, sondern ich habe mich verstanden als Vertreter der Angestellten in den Gewerkschaften. Es ist nicht wichtig, den Angestellten mitzuteilen, was die Gewerkschaften an schönen Dingen denken. Es ist nicht wichtig, den Menschen draußen zu sagen, was die sozialdemokratische Partei an wunderbaren Dingen sich in irgendwelchen Programmkommissionen ausgedacht hat und dieses diszipliniert nach außen zu vertreten. Deshalb bin ich für die Zerschlagung der Funktionsarmeen und den Ersatz durch Moderatoren, die offen mit den Arbeitnehmern diskutieren können und die dafür da sind, zuzuhören und das Gehörte weiterzugeben an die Gremien, die das zu politischen Programmen und realer Politik verdichten. Am Ende eines solchen Prozesses stehen Bewegungen, die mit der heutigen SPD und dem heutigen DGB nichts mehr zu tun haben.

### spw: Vielen Dank für das Gespräch.

# Zivilgesellschaft und demokratische

**Für das Projekt eines „modernen Sozialismus“ ist das Verhältnis von politischer und ziviler Gesellschaft ein Schlüsselproblem. Die Ursachen ergeben sich sowohl aus dem Niedergang des „Staatssozialismus“ (Habermas) wie aus der inneren Entwicklung des westlichen Metropolenkapitalismus selbst.**

1. Wohl in keinem Punkt hat der realsozialistische Sozialismus so gründlich versagt wie beim selbstgesetzten Anspruch, den „neuen Menschen zu schaffen“. Zwar brachte das sowjetische Modell für gering entwickelte Wirtschaftsräume über längere Zeiträume rasche Modernisierungserfolge. Dies aber um den Preis einer verkrusteten Überbaustuktur sowie der Ausschaltung demokratischer Öffentlichkeit und Opposition.<sup>1</sup> Die Systemerhalt begründete Beschneidung von Freiheits- und Bürgerrechten erwies sich als kontraproduktiv. Sie erzeugte massenhaft Untertanengeist und Opportunismus, konservierte nationale, rassistische Ressentiments. Vieles, was als Merkmal alternativer Systemqualität ausgegeben wurde, blieb den Menschen äußerlich, führte nicht zu einer wirklichen Umwälzung der Verkehrs- und Lebensformen. Dieses Dilemma, die Herausbildung einer riesigen „Apathiemaschine“ (W. F. Haug), wurde zum entscheidenden Modernisierungshemmnis beim Übergang zu einem flexibleren, mikroelektronisch gestützten Akkumulationsregime. Gorbatschows Reform von oben brachte die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen, aber sie kam zu spät, um die Niederlage im Systemwettbewerb noch abzuwenden.

Klaus Dörre, Marburg, Soziologe

2. Lange vor dem Umbruch in Osteuropa hatte sich bei relevanten Teilen der West-Linken eine Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft angebahnt. Die Krisenphänomene des fordistischen Metropolenkapitalismus<sup>2</sup> - soziale Ausgrenzung, Naturzerstörung, Abkoppelung und Verelendung der „dritten Welt“ - machten deutlich, daß auch die bloße Fortschreibung des „sozialdemokratischen Klassenkompromisses“ keine zukunftsträchtige Strategie sein konnte.<sup>3</sup> Nicht der Sozialstaat, sondern „die Erwartung, mit administrativen Mitteln emanzipierte Lebensformen zuwege zu bringen“, hatte sich „als Illusion erwiesen“.<sup>4</sup> Neue kollektive Akteure wie die Ökologie- und die Frauenbewegung wendeten sich mit ihrer „Politik in der ersten Person“ auch gegen die Staats- und Machtfixierung der sozialdemokratischen oder (euro)kommunistischen Linken. Die von ihnen besetzten Konfliktlinien lagen „quer“ zu den Klassengrenzen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften. In der Thematisierung von nicht auf den Klassenantagonismus zwischen Kapital und Lohnarbeit reduzierbaren Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen artikulierte sich zudem eine Interessenpluralität, die in gängigen Vorstellungen von Klasseneinheit nicht aufzuheben ist. Unter dem Druck neokonservativer Entstaatlichungspropaganda und aufgrund der praktischen Kritik neuer sozialer Bewegungen hat sich seither in vielen linken Sektoren so etwas wie eine „anti-etatistische Wende“ vollzogen. Die damit zwingend gestellte Frage nach Lebens- und Vergesellschaftungsformen, welche ein Maximum an Demokratie, Selbstbestimmung und Individualität entfaltung jenseits bürokratischer Bevormundung ermöglichen, ist allerdings bislang weitgehend unbeantwortet geblieben.

3. Beide Prozesse, der Niedergang des poststalinistischen Herrschaftssystems wie auch die - gegenwärtig nur verdeckte - Krise des fordistischen Kapitalismus, haben traditionellen Sozialismusvorstellungen den Boden entzogen. Offenkundig ist, daß die bloße Aufhebung des Privateigentums und seine Verwandlung in Staatseigentum nicht der „archimedische Punkt“ sein kann, von dem aus sich sämtliche Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse aus den Angeln heben lassen. Nicht zu

bestreiten ist ferner das Scheitern aller Versuche, eine komplexe Industriegesellschaft von einem Zentrum aus steuern zu wollen. Unübersehbar hat sich die parlamentarische Demokratie - trotz aller immanenten Tendenzen zum Demokratieverfall - gegenüber all jenen Staatsformen als humanere Ordnung erwiesen, die zur Monopolisierung politischer Macht und zur Verstaatlichung der Zivilgesellschaft neigen. Was aber folgt aus diesen negativen Gewißheiten für eine sozialistische Konzeption? Hat die Stunde aller Sozialismen geschlagen, den demokratischen und sämtliche dritten Wege eingeschlossen, wie Dahrendorf meint?<sup>5</sup> Muß sich Sozialismus auf den Status einer „regulativen Idee“ (Nolte) beschränken, die jedoch mit jedem Versuch einer Verwirklichung die Gefahr eines neuen Totalitarismus heraufbeschwören würde?<sup>6</sup> Oder ergeben sich nicht gerade aus dem Scheitern des realen Sozialismus neue Anknüpfungspunkte für eine „moderne“ sozialistische Konzeption?

## Demokratie als Leitidee?

Wichtige Strömungen der westlichen Linken sehen eine Antwort im Verweis auf das uneingelöste Projekt einer radikalen Demokratie. Angesichts der sozialstaatlich regulierten Vergesellschaftungsprozesse in den westlichen Metropolen und der Ineffektivität von Staatsplanung und -eigentum im Osten hat für sie der „Streit um Eigentumsformen“ seine dogmatische Bedeutung verloren.<sup>7</sup> Als Kernproblem gilt nunmehr die Frage, wie in Gesellschaften, deren verselbständigte Teilsysteme immer komplexere Handlungsketten verknüpfen, überhaupt noch solidarisches Zusammenleben ermöglicht werden kann. Demokratie ist in diesem Kontext der umfassende Leitbegriff, welcher das Erbe der sozialistischen Bewegung ebenso integrieren soll wie die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen und der Volksbewegungen im Osten.<sup>8</sup>

Nun ist die „demokratische Frage“ an sich nichts Neues; entscheidend ist, wie und in welchem Kontext sie gestellt wird. Nimmt man den aktuellen Diskurs um das Demokratieproblem als Maßstab, so hat es den Anschein, als sei die Debatte - freilich unter völlig anderen historischen Vorzeichen - an einen Punkt

zurückgekehrt, an dem der junge Marx einst das Selbstverständnis eines radikalen Demokraten überschritt. Die Auseinandersetzung mit dem „Modell des gespaltenen Bürgers“, der Trennung von Citoyen und Bourgeois, bedeutete für Marx eine theoretische und politische Weichenstellung. Marx kritisierte die in der demokratischen Verfassung enthaltene Spaltung in politische und zivile Gesellschaft als doppelte Abstraktion: Die „Konstitution des politischen Staats und die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft in die unabhängigen Individuen - deren Verhältnis das Recht ist“, vollziehe sich in einem und demselben Akte. Als Staatsbürger seien die Einzelwesen formal gleich; doch außerhalb der politischen Gesellschaft würden sie als egoistische Privat- und Wirtschaftssubjekte gesetzt. Die Trennung von Citoyen und Bourgeois abstrahiere vom wirklichen Lebensprozeß der Individuen und der gesellschaftlich erzeugten Ungleichheit. Daher sei die reale Emanzipation erst vollbracht, wenn der „wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich“ zurücknehme, wenn er „in seinem empirischen Leben... Gattungswesen geworden“ sei.<sup>10</sup> Diese Problematik war für Marx innerhalb der demokratischen Frage nicht mehr zu lösen; die Suche nach den gesellschaftlichen Ursachen für Ungleichheit und Klassenspaltung führte ihn zur Zentralität der Eigentumsfrage und schließlich zur Formulierung seiner Kritik der politischen Ökonomie.<sup>11</sup> Jene zeitgenössischen Konzeptionen, die die demokratische Frage mit Bezug auf eine soziologische Theorie der Moderne formulieren, kehren die Marxschen Überlegungen in gewisser Weise um. Die Rücknahme des Staats und seiner Herrschaftsfunktionen in die Gesellschaft gelten ihnen als romantische Utopie eines Sozialismus, welcher der Fiktion einer identitären Gesellschaft noch nicht entsagt hat. Der unterlegte Moderne-Begriff unterstellt den irreversiblen Zerfall der Gesellschaft in funktional ausdifferenzierte Wertsphären und selbstbezüglich agierende Handlungssysteme. In diesem gesellschaftstheoretischen Kontext wird die demokratische Frage neu gestellt. Für eine exemplarische Auseinandersetzung sollen im folgenden die miteinander verwandten, aber doch nicht deckungsgleichen Konzeptionen von Habermas sowie Rödel u. a. herausgegriffen werden.

### „Kolonisierung der Lebenswelt“ und demokratische Frage

Für Habermas ist ein Sozialismus, der in der Aufhebung des Privateigentums das „aufgelöste Rätsel der Geschichte“ sieht, antiquiert. Habermas' eigene Überlegungen kreisen um „die materialistische Grundfrage“, wie sich „eine Gesellschaft ohne Spitze und Zentrum überhaupt noch selbst organisieren kann“. Hintergrund dieser Überlegungen ist ein zweistufiges Gesellschaftskonzept und eine darauf gegründete Krisendiagnose. Habermas unterscheidet prinzipiell zwischen „System“ und „Lebenswelt“ als gesellschaftlichen Bereichen, denen unterschiedliche Handlungsformen und Integrationsprinzipien entsprechen. Kommunikatives Handeln korrespondiert mit Sozial-, zweckrationales Handeln mit Systemintegration. Die auf kommunikativem Handeln basierende Lebenswelt ist im Habermasschen Gesellschaftsverständnis allen Systembildungen vorausgesetzt. Die Notwendigkeit koordinierten Handelns erzeuge in der Gesellschaft einen bestimmten Kommunikationsbedarf. Im Prozeß gesellschaftlicher Rationalisierung von Lebenswelten werde dieser Verständigungsbedarf aber immer weniger durch einen Bestand an traditionell beglaubigten Interpretationen gedeckt. Daher müsse er immer häufiger durch „riskantes, weil rational motiviertes Einverständnis befriedigt werden“. Nach Habermas mündet dieser Rationalisierungsprozeß in die Ausdifferenzierung und Verselbständigung von gesellschaftlichen Subsystemen (Wirtschaft, staatliche Bürokratie): Ursache für die Verselbständigung sei die Entlastung der Lebenswelten von Konsenszwängen und Dissensrisiken. Die Steuerungsmedien Geld und Macht ersetzen dabei die kommunikative Verständigung. Auf diese Weise werde das soziale Handeln nicht mehr von einem konsensualen, wertgebundenen Integrations- und Koordinationsmodus bestimmt, sondern auf mediengestützte Zweckrationalität umgestellt. Im Verlauf der sozialen Evolution differenzierten sich „System“ und „Lebenswelt“, indem die Komplexität des einen und die Rationalität des anderen wachse; zugleich entkoppelten sich beide Sphären auch voneinander. Indem die Verselbständigung des zweckrationalen Wirtschafts- und

Verwaltungshandelns gegenüber seinen moralisch-praktischen Grundlagen ständig weiter voranschreite, werde die Lebenswelt „in der Tendenz zu einem Subsystem neben anderen herabgesetzt“. Geld und Macht verknüpfen nun die Beziehungen in Raum und Zeit zu immer komplexeren Netzen, ohne daß selbige überschaut und verantwortet werden müßten. Die Entkoppelung von System und Lebenswelt werde schließlich bis zu einem Punkt vorangetrieben, an dem die systemischen Mechanismen die eigenständige soziale Koordination und Konsensbildung verdrängen. In diesem Fall nehme die „Mediatisierung der Lebenswelt die Gestalt der Kolonisierung an“. Diesen Umschlagpunkt sieht Habermas in spätkapitalistischen Gesellschaften erreicht. Im sozialstaatlich transformierten Kapitalismus sei die ökonomisch-staatliche Regulierungskapazität auf die Stilllegung des industriellen Klassenkonflikts konzentriert worden. Der entsprechende Einsatz von Geld und Macht wirke zunehmend destruktiv auf die lebensweltlichen Grundlagen menschlicher Gesellschaft zurück. Eine Art „Imperialismus“ der Systeme verursache die typischen Pathologien der Moderne (Sinn-, Gemeinschafts-, Identitätsverlust); der Modernisierungsprozeß zehre an seinen eigenen Grundlagen.<sup>12</sup> Für Habermas verläuft die Hauptkonfliktlinie moderner (spätkapitalistischer) Gesellschaften folglich zwischen „System“ und „Lebenswelt“. In diesem Kontext siedelt er auch die demokratische Frage an. Er bezieht sie auf das politisch zu klärende Problem, ob und wie den systemischen Kolonisierungstendenzen Einhalt geboten werden kann. Habermas' These lautet nun, daß „ein radikaler Reformismus nicht mehr an den Schlüsselforderungen zu erkennen“ sei, sondern „an der auf Verfahren gerichteten Intention, eine neue Gewaltenteilung zu fördern“; die sozialintegrative Gewalt der Solidarität solle „sich über weit aufgefächerte demokratische Öffentlichkeiten und Institutionen gegen die beiden anderen Gewalten, Geld und administrative Macht behaupten können“. „Sozialistisch“ daran sei die Erwartung, daß sich die „anspruchsvollen Strukturen gegenseitiger Anerkennung“ über die „Kommunikationsvoraussetzungen inklusive Meinungs- und demokratischer Willensbildungs-

prozesse auf die rechtlich und administrativ vermittelten sozialen Beziehungen übertragen“.<sup>13</sup> An Habermas' Argumentation besticht die Klärung des „Eigenwerts“ kommunikativer Verständigung und demokratischer Verfahren (dies nicht zuletzt mit Blick auf den osteuropäischen „Staatssozialismus“). Problematisch an dem kommunikationstheoretischen Ansatz bleibt freilich die Trennung des kommunikativen Handelns von gesellschaftlich-kooperativer Arbeit, denn letztere wird von Habermas im Grunde als nichtkommunikative Tätigkeit behandelt; umgekehrt erscheint Gesellschaftlichkeit als Kommunikationszusammenhang autonomer Privatleute. Dieser in den gesellschaftstheoretischen Prämissen angelegte Dualismus wird auf allen Ebenen des vielschichtigen Theoriegebäudes bis hin zur Frontstellung von System und Lebenswelt reproduziert. Die Ersetzung konsensualer Verständigung durch Geld und Macht wird von ihm im übrigen nicht per se attackiert. Habermas moniert die Substitution nur dort, wo auf Sprache nicht verzichtet werden kann, im Bereich der Gemeinschaftsbildung, der kulturellen Reproduktion und Sozialisation.<sup>14</sup> Krisenhafte Störungen etwa der ökonomische Reproduktion werden nicht analysiert; umgekehrt führt dies zu einer Überhöhung des konsensualen, kommunikativen Handelns. Habermas billigt verständigungsorientierten und demokratischen Verfahren ein Vernunftpotential „an sich“ zu. Zugleich formuliert er die Möglichkeiten demokratischer Intervention ausgesprochen defensiv. Aufgabe der zwischen System und Lebenswelt vermittelnden Öffentlichkeit (der Sphäre der Moral) kann es nach seiner Auffassung nur sein, die Anliegen ausgegrenzter bzw. unterdrückter Gruppen zu thematisieren. Ziel ist die Moralisierung öffentlicher Konflikte als Voraussetzung rationaler Problemlösungen. Es geht um das argumentative „Aufstören“, nicht um direkte Intervention.

### Das „symbolische Dispositiv“ der Demokratie

An diesem Punkt gehen Rödel/Frankenbergs/Dubiel mit ihren demokratietheoretischen Überlegungen über Habermas hinaus. An letzterem

kritisieren die Autoren, daß er die Öffentlichkeit vom politisch-administrativen System abkoppelte und so Demokratie nur als eine Art „Sicherheitszaun zwischen System und Lebenswelt“ fassen könne. Gesellschaftliche Modernisierung bedeutet für sie, daß die symbolische Einheit von Volk und Macht unwiderrufflich aufbricht, es also zu einer Spaltung von ziviler und politischer Gesellschaft kommt. Von dieser Prämisse ausgehend bestimmen Rödel u. a. Republik und Demokratie als zeitlich offenes, ungerichtetes und damit notwendig riskantes Projekt. Den Akzent setzen sie nicht bei den demokratischen Institutionen, die sie als prinzipiell veränderbar betrachten, sondern beim zivilen, alle demokratischen Rechte wahrnehmenden Aktivbürger. Dementsprechend halten die Autoren „die Konstitution der Republik“, die „durch die republikanische Verfassungsgebung symbolisierte Selbstbindung und Selbstverpflichtung aller Bürger zur Schaffung eines öffentlichen Raums der Meinungs- und Willensbildung gegenüber dem Prozeß der demokratischen Selbstgesetzgebung für vorgängig“.<sup>15</sup> Die zentralen Prämissen ihres Projekts einer offenen, libertären Demokratie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Unter den Bedingungen einer radikalen Säkularisierung der Legitimitätsgrundlagen politischer Herrschaft gebe es keine Gewißheiten mehr: Nichts, weder „Nation“ noch „Klasse“ noch etwas anderes könne die Pluralität der Zivilgesellschaft in sich aufheben und die Einheit von Volk und Macht wiederherstellen. Die Stelle der Macht bleibe „symbolisch leer“. Wie sie jeweils ausgefüllt werde, sei folglich „in der demokratischen Republik eine öffentliche Angelegenheit, über die das 'real existierende Volk' immer wieder auf's neue debattieren und entscheiden“ müsse.<sup>16</sup>
2. Das liberale Spezifikum der parlamentarischen Demokratie bestehe darin, daß der Präsenz des Anderen im Innenraum der Verfassung Rechnung getragen werde. Feindschaft lasse sich so in Gegnerschaft transformieren; Widersprüche und Antagonismen würden zum „Kampf um die Macht“ verschoben, der in zeitweilige Lösungen und institutionalisierte Kompromisse münde. Der Konflikt sei Dreh- und Angelpunkt

der Gesellschaft; seine zivilisatorische Wirkung bestehe darin, daß die Konfliktgegner einander nicht gleichgültig seien, daß sie einander als mögliche Alternativen akzeptierten. Der sozialstaatliche Kompromiß etwa sei aus dieser Perspektive die zeitweilige Lösung des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital.

3. Macht entstehe durch das Zusammenhandeln der Aktivbürger in der Zivilgesellschaft. Am konsequentesten sei dieser Gedanke in den Prinzipien der amerikanischen Verfassung realisiert. Letztere konstituierten die Vorstellung eines autonomen, souveränen (plural symbolisierten) Volkswillens, der geschichtsmächtig werde, indem die Zivilgesellschaft den republikanischen Gründungsakt ständig erneuere.<sup>17</sup>

4. In der Bundesrepublik habe sich - getragen von den Zyklen außerparlamentarischer Bewegungen - eine „nachholende Gründung“ der demokratischen Republik vollzogen. Indizien für einen tiefgreifenden Wandel der politischen Kultur seien u. a. das Aufbrechen traditioneller politischer Lagermentalitäten, die Herausbildung lagerübergreifender Interessenskoalitionen und die Beteiligung beträchtlicher aktiver Minderheiten. Dieser Wandel der politischen Kultur ermögliche die zeitliche Verstetigung des (nachgeholt) Konstitutionsakts. Den Aktivbürgern und ihren Assoziationen sei es prinzipiell möglich, Minderheitenthemen in den öffentlichen Raum zu bringen und zu Mehrheitsanliegen zu machen. Der zivile Ungehorsam als symbolische Regelverletzung verleihe der Zivilgesellschaft jene Macht, die die Offenheit der Demokratie garantiere. Demokratie ist für die Autoren ein „symbolisches Dispositiv“, mit der es möglich sei, „die öffentliche Sphäre gegenüber der Macht zu behaupten und mit dem Widerstreit der Meinungen, immer neuen Themen und Rechtsansprüchen sowie den vielfältigen Formen symbolischer Praxis auszufüllen“.<sup>18</sup>

### Demokratie als Phrase?

Unausgesprochen beschäftigt sich der demokratietheoretische Ansatz von Rödel u. a. mit einem Zentralproblem der sozialistischen Linken: Während der

zurückliegenden Jahrzehnte haben die verschiedensten Versuche sozialer Befreiung und nichtkapitalistischer Entwicklung immer wieder zu Formen totaler Herrschaft und zur Usurpation von Macht geführt. Eine wichtige Ursache ist für die Autoren das instrumentelle Verhältnis zur Demokratie, wie sie es in der ein oder anderen Variation bei allen Strömungen der Linken ausmachen.<sup>19</sup> Die (Teil-) Antwort ist ein normatives Demokratiekonzept, das a) die Institutionen der repräsentativen Demokratie und damit die Spaltung von politischer und ziviler Gesellschaft als Rahmen progressiver Politik akzeptiert; das b) Demokratie „von unten“ - also das Engagement der Aktivbürger und ihrer Assoziationen stark gewichtet und das c) im Unterschied zu Habermas auf alle gesellschaftlichen Sektoren bezogen wird. Innovativ an dieser Argumentation ist, daß sie demokratische Standards benennt, die die Linke - auch innerhalb ihrer eigenen Organisationen - nicht mehr unterbieten darf, will sie moralisch und politisch glaubwürdig sein. Selbiges vorausgesetzt, treten jedoch die unübersehbaren Schwächen des Ansatzes hervor:

1. Ideengeschichtlich argumentierend suchen Rödel u. a. einen positiven Begriff der Institutionalisierung von demokratischen Minimalstandards, Freiheits- und Bürgerrechten zu gewinnen. Dies geschieht jedoch unter weitgehender Ausblendung der realen Gesellschaft. Der von H. Arendt entlehnte Begriff der Zivilgesellschaft unterstellt Machtbildung durch das Zusammenwirken autonomer Aktivbürger mit prinzipiell gleichem Zugang zur öffentlichen Sphäre. Schon kategorial wird damit von strukturellen, gesellschaftlich produzierten Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnissen abstrahiert. Nicht-legitime Herrschaft läßt sich so nur noch als subtile institutionelle und kulturelle Blockierung öffentlicher Reflexionsprozesse fassen.<sup>20</sup> Aber selbst dieser verengte Herrschaftsbegriff wird nicht konsequent umgesetzt. Bourdieus Arbeiten bleiben ebenso unbeachtet wie die anglo-marxistische Kulturdiskussion. Gerade von Bourdieu wäre aber zu lernen, daß die kulturelle (zivilgesellschaftliche) Sphäre keineswegs nur der Ort kommunikativer Verständigung zwischen autonomen Aktivbürgern ist. Bourdieu zeigt eindrucksvoll, daß der

Raum der Lebensstile sein Fundament in den Klassenstrukturen hat. Modernisierungs- und Individualisierungsschübe haben keineswegs eine hierarchiefreie Pluralität von Lebensstilen erzeugt. Für Bourdieu sind Lebensstile Instrumente eines „symbolischen Klassenkampfes“, der einer eigenen Logik, nämlich der (meist unbewußten) Abgrenzung nach unten folgt. In dieser Logik liegt, daß die größten Spannungen im sozialen Nahbereich auftreten. Durch ungleichen Besitz an ökonomischem, sozialem und kulturellem „Kapital“ strukturiert, sorgt dieser Symbolismus für die Maskierung der Klassenlinien, indem er sog. feine in absolute Unterschiede verwandelt und symbolische Konkurrenz zu Kämpfen um „alles oder nichts aufbauscht“.<sup>21</sup> Solange diese Logik nicht in der eigensinnigen kulturellen Praxis sozialer Akteure durchbrochen wird<sup>22</sup>, bleibt die Zivilgesellschaft in ihrer kulturellen Dimension Sphäre der Konkurrenz und der Selbstunterwerfung unter die symbolisch-kulturelle Definitionsmacht der herrschenden Klassenfraktionen. Von gleichen Zugangschancen zur Öffentlichkeit kann vor diesem Hintergrund keine Rede sein. Zwar konstatieren auch Rödel u. a. das Fortbestehen von Ungerechtigkeit und Ausgrenzung in der Zivilgesellschaft<sup>23</sup>, aber sie blenden deren strukturelle Ursachen aus und reduzieren die Problematik auf angemessenen Zugang zur Öffentlichkeit. Die in sozioökonomischen Verhältnissen wurzelnde - ungleiche Verteilung von Wissen und Definitionsmacht kann so keine angemessene Beachtung finden.

2. Die Abkoppelung der demokratietheoretischen Argumentation von der Gesellschaftsanalyse führt dazu, daß die Frage nach immanenten, demokratiegefährdenden Folgen gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse gar nicht erst gestellt wird. Ulrich Beck hat solche Tendenzen am Beispiel ökologischer Großrisiken eindrucksvoll gezeigt. Bedrohungen grenz- und systemüberschreitender Dimension wie etwa die Gefährdung durch freigesetzte Radioaktivität schlagen bis auf die unmittelbare Privatsphäre durch. Sie bewirken eine Zwangspolitisation des Alltags, verschieben unter der Hand die Grenzen zwischen Privatem und Politischem. Die Produktion solcher Gefährdungen ist in der Regel an Investitionsentscheidungen gebunden,

die sich dem Zugriff der Politik weitgehend entziehen. Wissenschaftlich-technische Entwicklung und Rationalisierung wirken über die ungesehenen und nicht verantworteten Nebenfolgen als „undemokratische Gesellschaftsveränderung“.<sup>24</sup> In dieser „Entmachtung von Politik“ sieht Beck eine strukturelle Gefährdung der Demokratie. Die „Niemandsherrschaft der ungesehenen Nebenfolgen“ drohe in den westlichen Demokratien das Regime zu übernehmen<sup>25</sup>, diese Tendenz münde unweigerlich in eine autoritäre Technokratie. Tatsächlich legen Entscheidungen über den Bau von AKWs, über nukleare Wiederaufarbeitung, gentechnische Produktion oder auch über den Einsatz militärischer Mittel am Golf aufgrund ihrer Folgen Generationen von Menschen in bestimmter Weise fest. Sie determinieren gesellschaftliche Entwicklung weit über den Horizont der Gegenwart hinaus, begrenzen Demokratie und bewegen sich daher konträr zum Projekt einer nach der Zukunft hin offenen, lernfähigen demokratischen Verfassung. Trifft das aber zu, so muß sich der normative Demokratiebegriff gegen gesellschaftliche Interessen und deren soziale Träger wenden, die derartige Entscheidungen bzw. deren „ungesehene Nebenfolgen“ bewirken und verantworten. Das ist aber nur möglich, wenn Interessen nach bestimmten Kriterien bewertet werden. Eben dies leisten Rödel u. a. nicht; sie belassen es beim Konstatieren der allgemeinen Feststellung, daß die Zivilgesellschaft aufgrund der Interessenpluralität immer Ort des Kampfes, des Konflikts sei.

3. Damit ist ein weiteres Problem berührt. Sicher sind die Demokratien des Westens durch Gewährung eines Minimums an Öffentlichkeit in der Lage, adäquater und flexibler auf ökologische Gefahren zu reagieren als die realsozialistischen Herrschaftssysteme im Osten es vermochten. Dort hat das Fehlen einer kritischen Öffentlichkeit die ökologische Krise mit Sicherheit verschärft. Unübersichtbar haben aber auch parlamentarische Demokratien ihre Mechanismen zur „symbolischen Entsorgung“ ausgebildet. Perrows Schema über den Umgang mit (Beinahe-) Katastrophen (Vertuschen, nach Aufdeckung verharmlosen, Bildung einer Kommission unter Beteiligung der

Opposition, symbolische Entsorgung des Problems, Befriedung der Öffentlichkeit und Weiterbetrieb der Anlage) ließe sich unschwer auf zahlreiche bundesdeutsche Ereignisse (Biblis, Alkem/Nukem etc.) übertragen.<sup>26</sup> Die Spannung, die z.T. zwischen einer mehrheitlich atomkraftkritischen Öffentlichkeit und dem atomindustriellen Komplex bzw. dem „Block an der Macht“ (Poulantzas) existiert, bleibt unthematisiert. Dies auch deshalb, weil die zeitweilige, ständig umkämpfte Besetzung der „Leerstelle der Macht“ durch einen „historischen Block“ führender und ihnen angeschlossener Klassenfraktionen in den Überlegungen von Rödel u. a. stillschweigend vorausgesetzt, aber nicht zum Analysegegenstand gemacht wird. Ähnliches gilt für die vielfach belegten Negativtendenzen im politischen System selbst - etwa Verselbständigung der Exekutive und Funktionsverlust der Parlamente, „Verstaatlichung“ der Parteien, korporatistische Interessenbündelung etc.<sup>27</sup>

4. Das gesamte Konzept steht und fällt mit der Annahme eines tiefgreifenden demokratischen Wandels der politischen Kultur in der Bundesrepublik. Ein solcher Wandel ist empirisch nicht zu bestreiten; aber er ist keineswegs unumkehrbar, wie es bei den Autoren anklingt. Schon die Vereinigung mit der Ex-DDR hat wohl zu einer partiellen Revision geführt. Aber auch in der Bevölkerung der Ex-BRD waren und sind autoritäre, antidemokratische Einstellungen nach wie vor verbreitet; unter den Jugendlichen der „Vereinigungsgeneration“ dürften sie wieder zunehmen.<sup>28</sup> Der Demokratisierungsprozeß war in der Regel an das Wirken kollektiver Akteure gebunden, die auf mindestens punktueller Interessensvereinheitlichung basierten und sich nur schwerlich als libertäre Demokratiebewegungen fassen lassen.<sup>29</sup> Die Liste der kritischen Einwände ließe sich verlängern<sup>30</sup>; unterm Strich bleibt: Die normative Idee einer libertären Demokratie hat ihrem Wert dort, wo sie die zivile Inanspruchnahme und institutionelle Sicherung von Freiheits- und Bürgerrechten einklagt. Sie droht jedoch zur „demokratischen Phrase“<sup>31</sup> zu erstarrten, wenn sie von realen gesellschaftlichen Machtzusammenballungen und Krisenphänomenen abstrahiert.

### „Andere Moderne“ und demokratische Frage

Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich, daß Antworten auf die demokratische Frage dann zu kurz greifen, wenn sie ausschließlich im politischen System verbleiben.<sup>32</sup> Abschließend soll daher zumindest angedeutet werden, in welche Richtung weitergedacht werden muß:

1. Programmatische Formeln wie „ökologischer und sozialer Umbau der Industriegesellschaft“ artikulieren das Zentralproblem kapitalistischer Metropolen. Der ökonomisch-technische Modernisierungsprozeß zehrt an den natürlichen und sozialen Grundlagen menschlicher Vergesellschaftung. Er erzeugt Bedrohungen globaler Dimension, die den Zivilisationsprozeß insgesamt gefährden. In diesem Kontext stellt sich heute das Demokratieproblem. Modernisierung muß „selbstreflexiv“ werden, d. h. öffentlicher Kontrolle zugänglich und durch Gegenmachtbildung beeinflussbar sein. Eine adäquate gesellschaftstheoretische Bearbeitung dieser Problematik verlangt einen Bruch mit allen Ansätzen, die soziale Evolution als eindimensionalen, einlinigen Prozeß betrachten. Der Übergang von fordistischen zum nachfordistischen Kapitalismus schließt eine Fülle möglicher Optionen und alternativer Entwicklungspfade ein. Im Sichtbarmachen dieser Alternativen liegt die Gestaltungschance von Politik; von hier aus sind die Möglichkeiten einer Demokratisierung der Gesellschaft auszuleuchten.

2. Metropolen wie die Bundesrepublik stehen vor der Aufgabe einer umfassenden Ökologisierung von industrieller Produktion und daran gebundener Lebens- und Konsumformen. Ziel muß es sein, den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß bei einem möglichst sparsamen Einsatz natürlicher Ressourcen an nahezu geschlossene natürliche Kreisläufe anzupassen. Zur Bewältigung dieser Aufgabe reicht das Vertrauen in die Selbstregulierungsmechanismen des Marktes nicht aus. Vielmehr bedarf es eines Steuerungssystems, das die gesellschaftliche Irrationalität einzelwirtschaftlich durchaus effektiver unternehmerischer Entscheidungen durchbricht, das kurzfristi-

ge Gewinninteressen zugunsten längerfristig sinnvoller Maßnahmen zurückdrängt. Es geht um die Installation eines Regelsystems, eines „Bremsmechanismus“ (Beck), welcher der fortschreitenden Abkoppelung technischer Produktivkraftentwicklung von artikulierten sozialen Bedürfnissen entgegenzuwirken vermag. Weder die schematische Staatsplanung im Realsozialismus noch der „industriell-bürokratische Entsorgungskomplex“ (Jänicke) westlicher Gesellschaften, der selbst die Folgen ökologischer Zerstörung noch zur profitablen Anlagensphäre macht, sind zur Bewältigung dieser Aufgabe geeignet. Eben dies verweist auf ein auch in parlamentarisch-demokratischen Gesellschaften bestehendes Demokratiedefizit.

3. Die Behebung dieses Demokratiedefizits umfaßt verschiedene Aspekte: (a) Zunächst muß es darum gehen, die „schleichende Gesellschaftsveränderung“ durch demokratisch nicht verantwortete Entscheidungen in der Wirtschaft, dem Wissenschaftssystem oder den administrativen Bürokratien öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen. Die Tragweite zahlreicher Entscheidungen verlangt, das Entscheidungsmonopol von Eliten und Expertokratien an vielen Punkten aufzuheben. Es geht also um die Ausweitung von Demokratie auf Bereiche, in denen sie bislang nicht stattfindet. Angelpunkt sind dabei nicht so sehr die Eigentums- und Besitzverhältnisse, sondern Transparenz und öffentlicher Zugang zu gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. (b) Die verfassungsmäßige Absicherung von plebiszitären Elementen und basisdemokratischen Ansätzen kann hierzu ein Mittel sein. Wichtiger ist aber eine neue Verknüpfung von Expertenwissen und demokratischer Öffentlichkeit - z. B. durch die Institutionalisierung von Selbstreflexion, Gegenwissen und Gegenexpertisen in den gesellschaftlichen Teilsystemen. (c) Demokratische Verfahren und Mitbestimmungsmöglichkeiten versagen häufig dort, wo sie allein auf Repräsentation basieren und über die Köpfe der einzelnen hinweg entscheiden. Dies spricht für eine stärkere Koppelung von Partizipationsmöglichkeiten an individuelle Entscheidungsoptionen und vom einzelnen einklagbare Rechtspositionen. Denkbar sind z. B. ein individuelles

Vetorecht am Arbeitsplatz bei gesundheitsgefährdenden Produktionen/Stoffen, ein individuelles Recht auf Umweltschutz etc..

4. Was dies für progressive Politik heißen könnte, sei am Beispiel der betrieblichen Handlungssphäre verdeutlicht: Faktum ist, daß mikroelektronisch gestützte technische Innovationen unterschiedliche Rationalisierungsvarianten und betriebliche Entwicklungspfade ermöglichen. Die Variationsbreite liegt hier zwischen japanischem „Betriebsclan“, einer unternehmenszentrierten Vergemeinschaftung, die zu einer indirekten, aber nahezu totalen Kontrolle über den Arbeitskörper tendiert, und neuen Produktionskonzepten, die zumindest Ansätze von Produzentendemokratie zulassen. Was sich durchsetzt ist, angesichts der Differenzen im unternehmerischen Management, Gegenstand betrieblicher/gesellschaftlicher „Subpolitik“. Elemente einer auf Produzentendemokratie orientierenden progressiven Arbeits- und Betriebspolitik könnten sein:

- Aktives Durchsetzen „neuer Produktionskonzepte“, die auf Requalifizierung von Industriearbeit

- Ausweitung von Mitbestimmung auf die stoffliche Seite, das was, wie und wozu der Produktion, Einbeziehung von Kommunen, Umweltverbänden, BIs usw. in die öffentliche Kontrolle von Unternehmensentscheidungen (etwa über regionale Strukturräte);
- Kampf gegen die fortschreitende Aushöhlung tarifvertraglich geschützter Normalarbeitsverhältnisse, zugleich Umdefinition von „Normalarbeitsverhältnissen“ und stärkere Ausrichtung auf den weiblichen Lebensentwurf;
- Kollektive Absicherung individueller Freiheiten und Entfaltungsspielräume im Produktionsprozeß, Bedürfnissen nach Zeitsouveränität, selbstbestimmter Gestaltung des Arbeitsprozesses, nach Sinnhaftigkeit/Kreativität der Arbeitsprozesse muß stärker Rechnung getragen werden.
- Solidarität mit den von Marginalisierung bedrohten und entsprechende Umverteilung von Arbeit und Einkommen.

5. Das Demokratieproblem besitzt eine internationale Dimension. Der Nord-Süd

Konflikt und die damit verklammerten ökonomischen, sozial-kulturellen und ökologischen Krisenherde markieren wohl die entscheidende Problemzone der nächsten Jahrzehnte. Daher bedarf es in den Metropolen eines neuen Internationalismus<sup>33</sup>, der den Kampf um eine ökologisch und sozial ausgerichtete Weltwirtschaftsordnung ins Zentrum politischen Handelns rückt. Dabei geht es nicht nur um die Aufhebung von Entwicklungsblockaden, sondern auch um eine progressive Überwindung nationalstaatlicher Regulierung in zwei Richtungen: durch Übertragung von Entscheidungskompetenzen an supranationale, dann aber demokratisch zu legitimierende Strukturen einerseits und durch Stärkung regionaler/kommunaler Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten andererseits.

6. Ein solcher Politiktyp, ein an der Demokratisierung der Gesellschaft orientierter „starker Reformismus“, zielt für die überschaubare Zukunft auf einen „politisch und sozial besser regulierten Kapitalismus“<sup>34</sup>. Sozialistische Politik kann daher nicht von einem Fluchtpunkt außerhalb „des Systems“ gedacht werden. Sie muß sich zudem in eine Vielzahl von Bereichspolitiken aufgliedern, die nicht mehr auf schlichte Formeln von

kulturellen Produktion auch kritisch gegen Bourdieus zirkuläres Habitus-Konzept.  
 23 Rödel u. a., a.o.O., S. 112  
 24 Beck, Risikogesellschaft, a.o.O., S. 302  
 25 ebd., S. 305f.  
 26 Parrow, Ch.: Normale Katastrophen. Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik, Frankfurt 1987  
 27 Rödel u. a. bestreiten diese Tendenzen nicht, aber sie unterlassen es, Konsequenzen für ihre eigene demokratietheoretische Argumentation zu diskutieren.  
 28 Der demokratische Wertewandel, aber auch die Gegen Tendenzen sind von zahlreichen Jugend- und Generationen-Studien belegt worden. Vgl. Z. B. Zinnecker, J.: Jugendkultur 1940-1985, Opladen 1987; Heilmeyer, W.: Rechtstextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim 1988  
 29 Darauf weist, freilich in einem anderen inhaltlichen Zusammenhang, Otto Kallscheuer hin. Ders.: Schwierigkeiten beim Aneignen von Demokratie, in: Blätter für dt. u. int. Politik 11/89, S. 1360 ff.  
 30 So bleibt die Operationalisierung des „symbolischen Dispositivs der Demokratie“ eher farblos. Über ein Konzept der „militanten Toleranz“ gegenüber extremen politischen Positionen und eine Integration der auf Sozialpolitik reduzierten sozialen in die demokratische Frage gelangt sie nicht hinaus.  
 31 vgl. auch die Kritik von B. Ulrich, Die demokratische Phrase, in: Kommune 2/1990, S. 42-44  
 32 Beck, U.: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt 1988, S. 290  
 33 Deppe, F.: Alter und neuer Internationalismus, in: F. Deppe, J. Hufschmidt, K. P. Weiner, 1992 - Projekt Europa, Köln 1989  
 34 Hirsch, J.: Kapitalismus ohne Alternative, a.o.O., S. 181  
 35 Eine kritische Diskussion dieses Ansatzes findet sich bei Demirovic, A.: Nicos Poulantzas, Berlin 1982

Antikapitalismus und gewerkschaftlichem Widerstand reduzierbar sind. Einer adäquaten Fassung des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft kommt dabei entscheidende Bedeutung zu. Drei Aspekte seien hervorgehoben:

- (a) Progressive Politik hat in der Zivilgesellschaft anzusetzen; sie muß auf Gewinnung gesellschaftlicher Mehrheiten und auf Veränderungen unterhalb der Schwelle politischer Macht zielen. Umfassende ökologische Reformen oder solidarisches Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft lassen sich z. B. nur realisieren, wenn sie bei den Individuen selbst vorbereitet sind, wenn sie schon im Alltagsleben vorweggenommen werden. Selbstveränderung - etwa das Akzeptieren der Differenz, des Anderen, Fremden, oder auch die Aneignung eines umweltverträglichen Lebensstils müssen der Gesellschaftsveränderung zumindest partiell, also bei relevanten Minderheiten, vorausgehen. Die Zivilgesellschaft ist in diesem Sinne Sphäre des Kampfs. In ihr finden permanent spontane, z. T. unbewusste Auseinandersetzungen um das „richtige“, sinnerfüllte Leben statt. Die sozialistische Linke schwankt in ihrer Haltung zu diesen Kämpfen ethisch-moralischer Natur häufig zwischen der Kritik einer vermeintlich affirmativen Massenkultur und dem bloßen Nachvollzug avantgardistischer Trends. Ein aktives Einschalten in diese Konflikte verlangt keineswegs nach einem kohärenten Lebenskonzept, das dann der Gesellschaft nur noch übergestülpt werden müsse. Vielmehr muß es um die Artikulation von Elementen einer neuen Moral gehen, die in den spontanen Definitionskämpfen bereits angelegt sind. Ein zentrales Anliegen kann dabei sein, der Tendenz zur Entkoppelung von Selbsthaltungswerten einerseits und ökologisch-sozialer Verantwortung andererseits zu begegnen. Dies erfordert eine Fülle von eigenständigen Kämpfen in den gesellschaftlichen Überbauten, den Schulen, Medien, Gewerkschaften, Parteien; Kämpfe um Lerninhalte, Erziehungsziele, Herstellung von Öffentlichkeit, programmatische Ausrichtungen usw.

(b) Dieser Kampf ist selbst schon Element eines in der Gesellschaft beginnenden Umsterns. Als solcher darf er

freilich nicht von der Sphäre politischer Macht absehen. Er muß sie zum Terrain der Auseinandersetzungen machen. Der Staat ist nicht einfach Herrschaftsmaschine, er ist selbst ein soziales Verhältnis, Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Auch der Block an der Macht ist nicht homogen; er setzt sich aus unterschiedlichen, ständig im Kampf befindlichen Klassenfraktionen zusammen (Poulantzas)<sup>35</sup>. Progressive Politik ist dementsprechend Kampf in Permanenz, stetige Bewegung, die in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären auf die Verschiebung von Kompromissen und Definitionsverhältnissen zu ihren Gunsten drängt. Dabei darf sie das Ziel einer politisch-rechtlichen Fixierung erreichter gesellschaftlicher Mehrheiten nicht aufgeben.

(c) Letzteres verlangt nach Gegenmachtbildung, nach neuen Formen von Interessensvereinheitlichung und alternativer „Block-“ (nicht Lager-)bildung. In sozial fragmentierten und kulturell differenzierten Gesellschaften ist auszuschließen, daß ein solcher alternativer Block durch eine Klassen- oder Volkspartei o. ä. repräsentiert und zusammengehalten wird. Eher geht es um die vorerst punktuelle, oftmals lagerübergreifende Verknüpfung unterschiedlicher Strömungen, um ein Zusammenspiel von sozialen Bewegungen, Öffentlichkeit und progressiven politischen/gewerkschaftlichen Organisationen. Zielvorstellung ist ein „Block ohne Hegemon“. Voraussetzung einer solchen Blockbildung ist, daß die Linke demokratische Minimalstandards auf sich selbst anwendet, unterschiedliche Positionen toleriert, sie diskursiv bearbeitet. Das schließt Avantgarde- und Alleinvertretungsansprüche aus. Freilich bedarf eine solche Blockbildung auch in Zukunft des „Geistes der Spaltung“ (Gramsci), also der exemplarischen Auseinandersetzung mit dem „Machtblock“ an jenen Punkten, wo eine Veränderung von Kräfteverhältnissen nötig und möglich erscheint.

**So wäre die demokratische Frage - unter anderen historischen Bedingungen, aber ansonsten durchaus im Sinne des jungen Marx - umfassend zu stellen als eine Herausforderung nicht nur für die politische Linke.**

Verlag Westfälisches Dampfboot

**Elmar Altvater  
Die Zukunft  
des Marktes**

Ein Essay über die politische Ökonomie der Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus  
 ca. 300 S. ca. DM 34,80 ISBN 3-924550-49-4

**Geoff Eley  
Wilhelminismus  
Nationalismus,  
Faschismus**

Zur historischen Kontinuität in Deutschland  
 320 S. DM 62,00 ISBN 3-924550-47-6

**Hermann Kuhn  
Bruch mit dem  
Kommunismus**

Über autobiographische Schriften von Ex-Kommunisten im geteilten Deutschland  
 325 S. DM 39,80 ISBN 3-924550-45-X

**Logie Barrow,  
Dorothea Schmidt,  
Jutta Schwarzkopf  
(Hg.)  
Nichts als  
Unterdrückung**

Geschlecht und Klasse in der englischen Sozialgeschichte  
 ca. 250 S. ca. DM 45,00 ISBN 3-924550-51-4

Gesamtverzeichnisse beim Verlag: 4400 Münster - Achtermannstr. 10 - 0251/56268

Sabine Kebir

## Die Internationalisierung der „Zivilgesellschaft“

**Das von Antonio Gramsci in den zwanziger und dreißiger Jahren entwickelte Konzept der „Zivilgesellschaft“ ermöglicht eine Analyse der Herrschaftsverhältnisse in modernen bürgerlich-parlamentarischen Systemen. Es liefert darüber hinaus aber auch strategische Orientierungen für den Kampf der Linken, die - zunächst ausgehend von diesem System - umfassendere Vergesellschaftungen anstreben.**

**Gramscis Vorstellungen waren dem stalinistischen Revolutionsmodell insofern entgegengesetzt, weil er die „bürgerlichen Freiheiten“ nicht mißachtete und abschaffen, sondern verteidigen und ausbauen wollte. Ohne die zu seiner Zeit erreichten - und angesichts des Faschismus sich als äußerst fragil erweisenden - Formen ziviler Freiheiten zu überschätzen oder gar zu glorifizieren, sah er sie doch als wesentliche historische Errungenschaften an. Die zukünftigen Vergesellschaftungen sollten nicht staatlich verordnet, sondern über die demokratische Dynamik der Zivilgesellschaft erreicht werden - der Gesamtheit der „privaten“ Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Räte, Clubs, Vereine, Bildungseinrichtungen usw.).**

**Gegenwärtig erleben wir einen weltweiten Kampf der Völker um die Errichtung von „Zivilgesellschaften“ bürgerlichen**

**Typs. Nicht nur in den Ostblockstaaten, die sich vom wirtschaftlichen und ideologischen Totalitarismus befreit haben, installieren sich Mehrparteiensysteme mit periodisch abzuhaltenden freien Wahlen. Auch in vielen Ländern der sogenannten Dritten Welt findet ein Kampf dafür statt. Diesem Kampf gingen weltweite Auseinandersetzungen zwischen den kulturellen Elementen bürgerlicher Zivilgesellschaften und den vorindustriellen oder autoritär verwalteten Kulturen voraus.**

Daß uns die griechischen Kunstwerke noch immer berühren, war schon für Marx eine erstaunliche und wichtige Tatsache gewesen - ein Zeichen für die erhebliche Flexibilität gewisser Überbauten. Auch Gramsci ging von der Fähigkeit der kulturellen Überbauten aus, sich auch in Gesellschaften zu entfalten, in denen ihre sozioökonomischen Grundlagen kaum vorhanden oder erst in Ausbildung begriffen sind. Seine auf dieser Basis entstandenen Theorien zur Massenkultur ermöglichen das Verständnis eines Teils der heutigen weltweiten Kulturkämpfe.

### Industrialisierung der Kulturproduktion

Von Marx über Mehring, Luxemburg, Lenin bis Lukacs ist die Auffassung zu beobachten, daß nach der noch relativ rasch erwarteten Revolution die Massenkultur aus einer Kombination des fortschrittlichen Menschheitserbes in Kunst und Literatur mit sozialistischer

Weltanschauung entwickelt werden könnte. Am qualitativ höchsten, was die Menschheit je hervorgebracht hatte, sollte sie sich abstoßen und möglichst gradlinig zu neuen Ufern hinübergleiten. Theoretisch war zu Marxens Zeiten und in Lenins unterentwickeltem Rußland - das noch keine Ansätze zur industriellen Massenkultur hatte - auch kaum eine andere Extrapolierung möglich.

Wenn Gramsci das Verdienst zukommt, die Bedeutung der modernen Massenkultur als Ausgangspunkt auch einer neuen fortschrittlichen Kulturentwicklung erkannt zu haben, so hielt er doch auch die kritische Aneignung des hochkulturellen Erbes für unverzichtbar:

„Das Volk will „Literatur mit Inhalt“, aber wenn der volkstümliche Inhalt von großen Künstlern ausgedrückt ist, werden diese vorgezogen. Erinnerung sei hier daran, was (ich) über die Liebe des Volkes zu Shakespeare, für die griechischen Klassiker und in neuester Zeit für die großen russischen Romanautoren (Tolstoj, Dostojewski) geschrieben (habe). Das gilt in der Musik für Verdi“ (Gramsci 1983, 220).

Schon während des ersten Weltkriegs erlebte Gramsci mit großer Intensität das Kino und verstand sofort seine zukunftsreiche Bedeutung (vgl. Gramsci 1983, 120). Zu dieser Zeit stach ihm auch bereits der - aus der Welt der Industrie entlehnte - serienmäßige Charakter der Kunstprodukte für die Volksmassen ins Auge.

„Die Mehrheit der Lieferanten schreibt ihre Werke nicht einmal mehr selbst. Sie verteilen „Fabeln“ an arme Teufel, die daraus eine unzählige Anzahl von Kapiteln entwickeln müssen: Sie zahlen zwei, drei, vier Soldi für die Zeile, wofür die Zeitschriften dann eine Lira und

zuweilen mehr zahlen werden. Oft geschieht es auch, daß die Autoren die Romane, die ihnen arme, ausgehungerte Teufel zutragen, in einen besseren Zustand bringen. Mancher hat geradezu ein Büro mit Personal eingerichtet, das konfektionierte Romane herstellt“ (Gramsci 1983, 34).

Gramscis Überlegungen, daß die Massenkultur in einer neuen Kulturkonzeption nicht übergangen, sondern in Betracht gezogen werden muß, impliziert natürlich auch ihre Kritik. Er selbst untersuchte die verschiedenen Genres der Volkskultur: die Folklore, das mündlich überlieferte Epos, die Musik, die katholische Literatur, die Fortsetzungsliteratur und die Krimis.

Diese Art von Literatur „ersetzt (und begünstigt gleichzeitig) das Phantasieren des Menschen aus dem Volke, sie ist ein richtiggehendes Träumen mit offenen Augen (Tagträumen?). Hier ist zu überprüfen, was Freud und die Psychoanalytiker über das Träumen mit offenen Augen (Tagträumen?) meinen. In diesem Falle kann man sagen, daß das Phantasieren des Volkes von einem (sozialen) „Inferioritätskomplex“ abhängt, der ausgedehnte Phantasien über Rachegeleüste und die Bestrafung derjenigen hervorbringt, die an dem erlittenen Unglück schuld sind. Im „Grafen von Monte Christo“ sind alle Elemente enthalten, um den Leser in Phantasien einzuwiegen und ihm ein Narkotikum zu geben, daß das Gefühl des Elends vermindert“ (Gramsci 1968, 108).

Die wachsende Verbreitung des Kriminalromans sah Gramsci nicht ausreichend durch die Tatsache erklärt, daß viele Menschen „taylorisiert“, d. h. einem monotonen Arbeits- und Lebensrhythmus ausgesetzt sind und diesem wenigstens beim Lesen entfliehen wollen. Es sei schon immer ein großer Teil der Menschen „taylorisiert und eisern diszipliniert“ gewesen und habe versucht, der Enge der bestehenden Gesellschaftsorganisation, die sie versklavte, durch Phantasie und Traum zu entkommen. Aber:

„In der modernen Welt ist die Frage anders als in der Vergangenheit akzentuiert, weil die erzwungene Rationalisierung der Existenz immer mehr die Mittelklassen und die Intellektuellen in unerhörtem Ausmaß erreicht; aber auch für sie handelt es sich nicht um einen Niedergang des Abenteuers, sondern um die zu große Abenteuerlich-

keit des täglichen Lebens (Hervorh. S.K.), d. h. um zu große Ungewißheit in der Existenz, was mit der Überzeugung einhergeht, daß es gegen solche Ungewißheit kein individuelles Mittel der Eindämmung gibt: Daher lechzt man nach dem „schönen“ und interessanten Abenteuer“ (Gramsci 1983, 215).

### Die Arbeitskultur des Industrialismus

Trotz seiner Kritik an den verschiedenen Genres der Massenkultur, war sich Gramsci darüber im klaren, daß eine fortschrittliche Kulturentwicklung an sie anknüpfen müsse, weil „man nur aus dem Leserkreis der Fortsetzungsliteratur das Publikum gewinnen kann, das groß genug und notwendig ist, um die kulturelle Basis der neuen Literatur zu schaffen ... Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, viele Vorurteile aufzugeben, und besonders ist daran zu denken, daß man nicht allein über das Monopol verfügt, sondern gegen sich eine beträchtliche Organisation von Verlegerinteressen hat. Das geläufigste Vorurteil besteht darin, daß die neue Literatur sich mit einer künstlerischen Schule intellektuellen Ursprungs identifizieren müsse, wie es beim Futurismus der Fall war. Die Voraussetzung der neuen Literatur kann aber nur historisch, politisch, volkstümlich sein: sie muß versuchen, das weiterzuentwickeln, was schon existiert, polemisch oder in irgendeiner anderen Weise; es ist wichtig, daß sie ihre Wurzeln im Humus der Volkskultur schlägt, so, wie sie ist, mit ihren Geschmacksformen, ihren Tendenzen usw., mit ihrer moralischen und intellektuellen Welt, sei sie auch noch so zurückgeblieben und konventionell“ (Gramsci 1983, 114-115).

Wesentlicher Bezugspunkt aller Phänomene der Volkskultur ist die Kultur der Arbeit, die Gramsci für seine Zeit in den Erscheinungsformen des Fordismus und Taylorismus untersucht hat. Die spezifische Beziehung zwischen Arbeitswelt und Massenkultur ist durch die industrielle Standardisierung beider geprägt (nur durch die Vielfalt ihrer Produkte wird letztlich Individualität möglich). Die Massenkultur leistet reproduktive Funktionen hinsichtlich der Arbeitskraft, erfüllt aber auch affirmative Funktionen sowohl bei den Arbeitenden als auch bei den Nichtarbeitenden (Gramsci konstatierte

bereits die modernen „Kulturformen“ nichtarbeitender Frauen: Schönheitswettbewerbe, Film, Theater, Reisen, die Ehe wird zu einer Form der Prostitution; 1975, 491). Indem sich die moderne Kultur demonstrativ als Nichtarbeit darstellt, verlängert sie den alten Gegensatz zwischen Arbeit und Kultur in unserer Epoche bis in die Welt der Arbeitenden hinein. Sie erscheint als einzig erreichbare Sphäre der Freiheit, weil sie mit der niederen Welt der Pflichten und Sorgen nichts zu tun zu haben vorgibt.

Die „Arbeitskultur“ des Fordismus/Taylorismus ist nicht grundsätzlich neu, sie hat ihre historischen Wurzeln bereits in den Anfängen des Industrialismus. Max Webers Werk über die „protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus“, hat Gramsci gekannt (Gramsci 1975, 1389 und 1086). Weber hatte die Wechselbeziehung zwischen frühkapitalistischer Produktionsweise und den sich im Hinblick auf die Kapitalakkumulation herausbildenden asketischen und rationalen Lebensformen im Protestantismus nachgewiesen, die zunächst das Manufakturbürgertum, dann auch die Arbeiterklasse erfaßten.

Das protestantische Arbeitsethos hat sich - ohne noch immer religiös motiviert zu sein - bis heute in der weltweiten ökonomischen Überlegenheit der protestantisch geprägten Gesellschaften als wichtig erwiesen. Der moderne Produzent ist in den nichtprotestantischen Ländern - soweit überhaupt - eher gegen die Religion hervorgebracht worden, indem die notwendigen kulturellen und ideologischen Elemente mühsam auf laizistischem Weg in die „Zivilgesellschaft“ getragen wurden. Gramsci: „Die Geschichte des Industrialismus ist immer (und wird es heute in noch akzentuierterer und rigoroserer Form) ein fortgesetzter Kampf gegen das Element des „Tierhaften“ im Menschen, ein kontinuierlicher Prozeß, der oft schmerzhaft und blutig verläuft, die Unterjochung der Instinkte (die natürlich d. h. fiersch und primitiv sind) unter immer neue, komplexere und strengere Normen und Gewohnheiten hinsichtlich der Ordnung, der Genauigkeit, der Präzision, welche immer komplexere Formen des kollektiven Lebens möglich machen, die die notwendige Folge der Entwicklung des Industrialismus sind“ (Gramsci 1975, 2160).

Weil er den Entfremdungscharakter der industriellen Mentalität erkannte, sah Gramsci, daß sie nicht spontan entstehen könne. Sie erfordere vielmehr „eine allgemeine Lehrzeit, einen Prozeß der psychischen und physischen Anpassung an bestimmte Arbeitsbedingungen, Ernährungsweisen, die Art sich zu kleiden, der Sitten usw, ... was nicht angeboren oder „natürlich“ ist, sondern vielmehr angeeignet werden will“ (ebd. 2149).

Die heute in den Zugzwang der Industrialisierung gebrachten Gesellschaften verfügen nicht über Religionen und Kulturen, die bereits an die Moderne angepaßt wären. Mittels Medientechnik dehnt sich die im Kapitalismus erzeugte „Massenkultur“ aber weltweit aus. Als „Importprodukt“ hat sie hier noch weniger mit den konkreten Strukturen zu tun, als dort, wo sie erzeugt worden ist. Wenn die Internationalisierung der ökonomischen Strukturen und der Überbaustrukturen auch nicht simultan verläuft, so lassen sich doch einige „Wechselwirkungen“ erkennen.

### Massenkultur als Importprodukt

„Jedes Volk hat seine Literatur, aber sie kann ihm aus einem anderen Volk gekommen sein, d. h. das in Frage stehende Volk kann der intellektuellen Hegemonie anderer Völker untergeordnet sein. Und das ist häufig das schreiendste Paradox für viele monopolistische Tendenzen nationalisierten und repressiven Charakters: während man grandiose Pläne schmiedet, wird man nicht gewahr, daß man Objekt ausländischer Hegemonie ist ...“ (Gramsci 1975, 2253).

Radio und Fernsehen dringen bis in die letzten Winkel der Welt vor und hinterlassen überall ihre Spuren, sogar dort, wo noch Analphabetismus und religiöses Mittelalter herrschen. Kino und Fernsehfilm fesseln bei weitem nicht immer mit der dargestellten Intrige (sie wird nicht immer verstanden), sondern vor allem, weil eine faszinierende Zivilisation vorgestellt wird: die glitzernde westliche Konsum- und Freizeitwelt. Das - auch mit einer Batterie nutzbare - Fernsehen hat es zuwege gebracht, daß in Nomadenzelten heutzutage das Bedürfnis nach einem Staubsauger oder

einem elektrischen Küchenmixer entstehen kann, oder daß man künstliche Kleinkindernahrung gegenüber dem Stillen für einen echten Fortschritt hält. Können diese Produkte gegen natürliche Reichtümer wie z. B. Erdöl eingetauscht werden, wird ein weltweiter „Regelkreis“ zwischen Kultur und Ökonomie geschlossen.

Wie schwer es für die Dritte Welt ist, sich dem Einfluß der billigen Fernsehserien zu entziehen, zeigt ein Blick auf die Preispolitik. In den achtziger Jahren verlangten die englischen Fernsehgesellschaften für Senderechte zwischen 3.000 und 25 Pfund Sterling, je nachdem, ob die Sendung nach Europa oder Afrika verkauft wurde. Die USA produzierten jährlich etwa 150.000 Programmstunden für den Export (vgl. Ralaindimby 1982, 32). Unter Umständen kann eine Sendung oder Sendereihe auch einmal kostenlos vergeben werden. So soll Algerien als Anerkennung für seine diplomatische Unterstützung im iranisch-amerikanischen Geiseldrama von Präsident Carter auch die Fernsehserie „Dallas“ erhalten haben. Ihre Ausstrahlung wurde jedoch bald von fundamentalistisch-islamischen Gruppen gestoppt.

Das z. B. in den (vor allem aus Ägypten stammenden) arabischen Feuilletonproduktionen immer wiederkehrende Grundmuster ist ein traditionelles Familiendrama, das sich jedoch in einer amerikanisch ausgestatteten Villa abspielt - und das nicht nur, weil Außen- und Innenaufnahmen teuer sind. Für das Publikum ist dieses Dekor, zumal es auch in Importen wie „Dallas“ oder „Flamingo Road“ immer wieder auftaucht auf die Dauer eindringlicher als die banalen Geschichten selbst. Bestimmte Träume und Konsumtendenzen werden stimuliert, die man im Hinblick auf die realen Möglichkeiten der betreffenden Länder nur als Konsumtorheiten bezeichnen kann.

Im Bewußtsein der Fernsehzuschauer der Dritten Welt erscheint die westliche Zivilisation noch mehr als im Westen selbst als reine Freizeitkultur. Gearbeitet wird in diesen Filmen wenig oder höchstens in Berufen wie Arzt, Anwalt, Detektiv, Journalist, Forscher. Nietauchen jene industriellen Aktivitäten auf, mit denen dieses so sehr bewunderte Dekor hervorgebracht worden ist und deren Entwicklung die Dritte Welt selbst so

nötig hätte. Eine Fernsehserie wie „Dallas“ kann in der Dritten Welt sowohl hinsichtlich der materiellen Seite des dargestellten „Way of life“ als auch hinsichtlich der gezeigten menschlichen Beziehungen durchaus für bare Münze gelten. Die sozioökonomischen Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft treten niemals in Erscheinung und sollen wohl auch gar nicht ins Bewußtsein gelangen. Es genügt, wenn sich die Bedürfnisstruktur entwickelt, die nach Importen verlangt, eine Bedürfnisstruktur, die sich nicht am westlichen Arbeiterhaushalt, sondern - entsprechend dem, was der Fernseher vorgaukelt - oft am Lebensstil von Millionären orientiert. Hier will sich immer aufs neue jener Regelkreis zwischen Überbauten und Basis schließen, der die Dritte Welt dazu bestimmt, weiterhin Markt für alle möglichen westlichen Industrieprodukte und gelegentlich auch Arbeitskräfte zu bleiben.

Allerdings handelt es sich beim Einfluß von Importfilmen auf die Drittweltler nicht allein um eine gigantische Form von „Schleichwerbung“, sondern häufig kommen auch bizarre - internationale - Bündnisbeziehungen in kultureller oder gleich politischer Form zum Wirken. So ist es sicherlich kein Zufall gewesen, daß genau zum Zeitpunkt der Einführung der „kostenlosen Medizin“ in Algerien ein Fernsehfeuilleton über einen amerikanischen Privatarzt gezeigt wurde, der seine Patienten notfalls auch per Hubschrauber versorgt. Der politische Mobilisierungseffekt in den zahlungskraftigen Ober- und Mittelschichten, die sich mit einem allgemeinen staatlichen Gesundheitswesen nicht zufriedengeben wollten, war enorm.

### Kulturkampf in der Dritten Welt

Es ist also notwendig, auf die schwerwiegenden Konsequenzen des weitgehend vom Westen dominierten Flusses von Informationen und Kultur insbesondere für die Dritte Welt hinzuweisen. Jedoch wird sich das Problem nicht auf administrative Weise, d. h. durch internationale rechtliche Einschränkungen lösen lassen. Die Abschirmungsstrategien haben sich als unfruchtbar erwiesen und sind zudem „technisch“ schon überholt. Man könnte einen ganzen Band Kulturgeschichte über die vielfältigen Versuche der ehemals „sozialisti-



Bild: RS

Internationalisierung unseres Konsummodells?

sch“ Länder schreiben, sich von solchen Einflüssen der westlichen „Zivilgesellschaften“ abzuschirmen, sie wenigstens zu kanalisieren oder schließlich in filtrierter Form doch zu assimilieren. Das „Abschirmen“ erwies sich nicht nur deshalb als schwer, weil die westlichen Mediensysteme immer einflußreicher wurden. Mindestens ebenso bedeutsam für die Niederlage war die autoritäre Gängelung der eigenen Kultur, deren Produktion eben nicht zivilgesellschaftlich organisiert, d. h. von freien Kulturassoziationen geschaffen war.

Hier ist auf Gramscis methodischen Ansatz hinsichtlich der Volkskulturen zurückzukommen. Neue Überbauten

müssen sich, auch wenn sie noch so schwach sind, dem offenen Kampf stellen, d. h. die einzige Antwort und der einzige Selbstschutz für die betreffenden Länder besteht im politischen Mut zu einer eigenen, offensiven Nachrichten- und Kulturpolitik. Diese besitzt durchaus bereits ihr intellektuelles Potential, es muß nur politisch freigesetzt werden. So ist sich ein bedeutender Teil der Intelligenz der Dritten Welt bewußt, daß der Verlust des „Fernsehmonopols“ bevorsteht, daß es undenkbar ist, die Herausforderung der Satelliten zu „umgehen“ und daß die einzige Lösung in einer „Modernisierung“ und Verbesserung des nationalen Programms sowie

seiner Methoden besteht (vgl. Lofti 1984, 36f). Zudem hat sich immer gezeigt, daß realistische und selbstkritische Kulturprodukte aus sozialistischen Ländern oder auch aus der Dritten Welt nicht nur im eigenen Land, sondern auch im Westen Erfolg haben und sogar eine offensive ideologische Rolle spielen konnten.

Ogleich die bürokratische Aufteilung der Welt in Einflußbereiche bestimmter Nachrichtenagenturen und Mediensysteme von der Technik bereits überholt ist, wird sie z. B. von fundamentalistischen islamischen Gruppen im Namen des „Antiimperialismus“ noch immer gefordert. Eine solche totale Abkapselung wäre jedoch auch deshalb fatal, weil ja weitaus nicht alle Elemente der heute im Kapitalismus produzierten und exportierten Elemente der „Zivilgesellschaft“ kapitalkonform sind. Viele Kulturprodukte haben einen ambivalenten Charakter: ursprünglich nonkonformistisch, werden sie kommerziell aufgesaugt und verwandeln sich leicht wieder in „Festungsmauern“ der alten Gesellschaft. Die Kultur der USA ist schon seit der Jahrhundertwende von diesem Phänomen gekennzeichnet, denken wir nur einmal an die „schwarze Musik“. Der weltweite Einfluß des Amerikanismus wird bezeichnenderweise oft von solchen Kulturprodukten erzeugt, bei denen Nonkonformismus hindurchschimmert.

### Druck des „Amerikanismus“ auf traditionelle Überbauten

Allen romantischen Vorstellungen zum Trotz sind die Länder der Dritten Welt dazu verdammt, die Herausforderung der Industrialisierung anzunehmen, wodurch sie auf Dauer nicht umhinkommen, auch gewisse neue, für die Industrialisierung notwendige Überbauten zu entwickeln, wie zum Beispiel einen mit dem Arbeitsrhythmus einhergehenden Lebensrhythmus. Die vorkolonialen ökonomischen Strukturen sind für immer zerstört - auf Grund ihrer Flexibilität jedoch nicht alle traditionellen Überbauten. Diese hatten in der Periode der antikolonialen Kämpfe noch einmal eine positive Rolle gespielt. Sie stellten die geistige Kohäsion der erniedrigten Menschen her, die einzige Identität, die sie einfordern konnten. Bei

der Entwicklung von modern funktionierenden Industrienationen verwandeln sie sich jedoch größtenteils in Hindernisse. Meist sind sie an Religionen gebunden, deren spirituelle Seite heutzutage weitaus geringer ist als man in Europa annimmt. Ihr Wesen besteht vielmehr in bestimmten archaischen kollektiven Verhaltenskodexen. Und diese enthalten zumeist nicht die kleinste Spur von „protestantischer Ethik“, d. h. die Kategorie „Arbeit“ spielt in ihrem Wertesystem keine oder kaum eine Rolle. Die Riten können sogar in direktem Gegensatz zum industriellen Arbeitsrhythmus stehen wie z. B. der Rhamadan, der muslimische Fastenmonat, der in einigen Nationalökonomien als zweiter Urlaubsmonat zu Buche schlägt. Auch eine neue Rolle der Frau - nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Sexualität - wird oft vom Traditionalismus blockiert. Wird diese neue Rolle nicht entwickelt, sehen sich die Frauen in eine gesellschaftliche Rolle gedrängt, welche hinter die zurückfällt, die sie vor dem Kolonialismus eingenommen hatten: wichtige, ihnen traditionell zugeordnete ökonomische Funktionen entfallen mehr und mehr, wie der Hausbau, Landwirtschaft, Webarbeiten usw. Auch kann nicht mehr so früh geheiratet werden, wie es einst üblich war, weil sich zumindest die Männer erst einmal eine ökonomische Funktion erobern müssen. Allein durch die Verschiebung des Heiratsalters und die gleichzeitige Aufrechterhaltung des alten Sittenkodex ist es in den islamischen Ländern zu einer sexuellen Krise gekommen, die diese Gesellschaften früher nicht gekannt hatten. Überbaureformen hinsichtlich der Rolle der Frau sind unabdingbar. Wenn die Mehrzahl der importierten Kulturprodukte die historische Aufgabe der Entwicklung eines modernen Produzenten nicht fördern, so kann der Einfluß, der über Film und Fernsehen auf die Entwicklung eines neuen Bildes der Frau transportiert wird, nicht nur negativ gesehen werden. Er fördert das anzustrebende Resultat zwar nicht auf direktem Wege, sondern eher über den Umweg von Konsumwünschen, in Bezug auf das Freizeitverhalten, Mode, Reisen usw.. Diese Wünsche können jedoch viele junge Mädchen in die Welt der Arbeit führen.

An diesem Punkt will ich nicht vergessen, auf den rationalistischen Charakter

dieser Ausführungen und Forderungen innerhalb des „Überbaus“ hinzuweisen, und betonen, daß die angeschnittenen Probleme nicht durch Reformen im Überbaubereich allein gelöst werden können. Wenig Hoffnung besteht aber, daß in der Dritten Welt gegenwärtig die politische Einsicht und Kraft zunimmt, auf ein gesellschaftliches System zu orientieren, das die gesamte Bevölkerung einschließlich der Frauen ökonomisch und kulturell integriert. Vielmehr ist eine klare Tendenz auszumachen, daß durch die zunehmende Anwendung von technikintensiven Produktionsformen nur ein relativ kleiner Teil der Menschen in den ökonomischen Reproduktionsprozeß eingebunden wird. Die politischen und ökologischen Folgen werden hier freilich schneller durchschlagen, als in den von demselben Phänomen ergriffenen westlichen Metropolen. Politische Strategien, die auf eine „Rettung“ des Planeten und seine zunehmende Bewohnbarkeit durch alle Menschen zielen, sollten sich jedoch der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Kultur auf der Weltenebene bewußt werden.

Die prinzipielle Frage, ob der Industrialismus für die ganze Welt überhaupt notwendig ist und in welchem Rhythmus er sich entfalten soll, muß als romantisch-eurozentristisch abgetan werden. Weiterhin nur Rohstofflieferanten oder Absatzmärkte - mehr und mehr sogar für die Landwirtschaftsprodukte - der alten Industrienationen zu sein, stellt keine wirkliche Perspektive für die Entwicklungsländer dar. Auch die sozialen Probleme der Dritten Welt können - wenn überhaupt - nur noch mit kultureller Aufgeschlossenheit und mit den Mitteln der modernen Wissenschaft und Technik gelöst werden: Hier sind vor allem das Ernährungsproblem und die galoppierende Bevölkerungsexplosion zu nennen.

Trotz dieser wichtigen Argumente kann auf eine umfassende Kritik am Industrialismus nicht verzichtet werden - die wir allerdings bei Gramsci noch nicht finden. In diesem Punkt folgte er ganz den älteren Klassikern des Marxismus, die überzeugt waren, daß eine sozialistische Verwaltung die gravierenden Folgen des Industriesystems ausschalten könne. Unser heutiger Erfahrungshorizont über die Umweltzerstörung in allen drei Welten stimmt

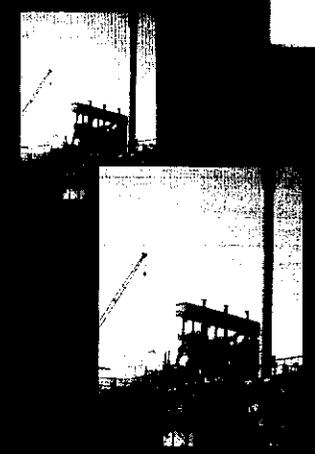
da eher pessimistisch. Rational ist es derzeit nicht mehr vertretbar, daß die unterentwickelten Länder die Bedürfnisstruktur der alten Industrienationen einfach kopieren. Als glatter Wahnsinn offenbart sich das bedenkenlose Kopieren des individuellen Autoverkehrs und die Vernachlässigung des öffentlichen Verkehrsnetzes. Die rationale Selektion dessen, was vom Industrialismus brauchbar oder sogar notwendig ist, stellt für jede Gesellschaft ein delikates, wenn auch nicht unlösbares Problem dar. Die ideologische Rolle, die die „Zivilgesellschaft“ dabei zu spielen hat, kann nicht unterschätzt werden. Da der Wunsch nach dem Staubsauger bereits in die Nomadenzelle gedrungen ist, scheint es kaum denkbar, daß der Industrialisierungsprozeß der Dritten Welt ohne bürokratische Bevormundung (z. B. Importschranken) hinsichtlich der Konsummöglichkeiten vonstatten gehen kann. Die politische Kunst würde darin bestehen, diesen schmerzvollen Prozeß so bewußt und konfliktdämmend wie möglich durchzustehen.

Eine hermetische Abkapselung der Nationen ist weder in ökonomischer noch in kultureller Hinsicht möglich und wünschenswert. Die Reproduktion von neokolonialen Abhängigkeiten wird jedoch auch mehr und mehr für den Westen zur Gefahr. Ökonomische und ökologische Katastrophen, Massenelend und lokale Kriege in den unterentwickelten Ländern drohen immer deutlicher auf die alten Metropolen zurückzuschlagen. Die ökonomischen und kulturellen Strategien neu zu durchdenken ist notwendig, um die Lebensfähigkeit unseres Planeten zu erhalten.

spw

Gramsci, Antonio, 1968: Letteratura e vita nazionale. Turin  
 Gramsci, Antonio, 1975: Quaderni del carcere. Turin  
 Gramsci, Antonio, 1983: Marxismus und Kultur. Hamburg  
 LGW = Lenin: Gesammelte Werke. Berlin 1959-1968  
 Lofii, Maherzi, 1983: Le nouvel ordre international de la communication contesté. In: Algérie Actualité No 946 [Algerien]  
 Lofii, Maherzi, 1984: Les chaînes du ciel sont arrivées. In: Algérie Actualité No 971. [Algerien]  
 MEW = Marx/Engels: Werke. Berlin/DDR 1960-1968  
 Ralaindimby, Tsilavina, 1982: Fernsehen in

Retreten der Lücke  
 außerhalb befestigter  
 Wege verboten



Karl Hermann Tjaden

# Wir brauchen eine Politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme

Ich will im folgenden die Auffassung vertreten und begründen, daß wir eine Politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme der gesellschaftlichen Gesamtarbeit benötigen,

- um die Aufgaben einer vernunftgemäßen Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftspolitik genauer zu begreifen;
- um die Geschichte der gewalttätigen Wirtschaftsweisen und Gesellschafts-

- ordnungen besser zu verstehen und
- um die Erfordernisse einer fortschrittlichen Wirtschaftssteuerung und Gesellschaftsverfassung angemessener zu bestimmen.

Prof. Dr. Karl H. Tjaden, Kassel

Dabei meint „Politische Ökonomie“ sowohl eine politische Wirtschaftslehre, die sich auf die arbeitsmäßigen Stoff- und Energieumsätze der Menschen mit der Natur richtet, als auch eine politische Wirtschaftsweise, die diese Stoff- und Energieflüsse vernünftig steuert.

#### „... um die Aufgaben einer vernunftgemäßen Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftspolitik genauer zu begreifen“

Das Nachdenken über die richtige Wirtschaftsverfassung der Gesellschaft pflegt sich heute, soweit es dieses Nachdenken überhaupt noch gibt, meist in der Entgegensetzung von „Marktwirtschaft“ und „Planwirtschaft“ zu verheddern, also in der Alternative der Ordnungstypen „Verkehrswirtschaft“ und „Zentralgeleiteter Wirtschaft“, von der schon Klassiker dieser Ideologie wußten, daß es sie so in der Realität gar nicht gibt (Eucken). Auf diese Entgegensetzung hereinzufallen, gehört zu den blamabelsten Phänomenen aktueller Diskurse über die Frage, was mit dem „Sozialismus“ war und wie es weitergeht. Was mit dieser Alternative gemeint, aber nicht begriffen ist, ist einerseits die Produktionsweise, die sich durch Konkurrenz privater Kapitale auszeichnet, andererseits die Produktionsweise, die durch Koordinierung gesellschaftlicher Vermögensfonds gekennzeichnet ist. Dabei handelt es sich im ersten Fall um den Wettbewerb einzelwirtschaftlicher Unternehmungen zur Erzielung privaten Gewinns, während es sich im zweiten Fall um den Gebrauch gesamtwirtschaftlicher Vermögen zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse handeln soll. Was das bedeutet, bedarf weiterer Überlegungen. Zunächst ist klar, daß sich diese beiden Wirtschaftsformen wesentlich durch den jeweils vorherrschenden Erfolgsmaßstab unterscheiden: einmal die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag eines Unternehmens, die man auf verschiedene Weise erfassen und verschleiern kann, zum anderen die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag der Volkswirtschaft, die zu fassen ein theoretisches und praktisches Problem darstellt. Der mir bekannte fortgeschrittenste Versuch einer Begriffsbestimmung des volkswirtschaftlichen Erfolgs ist die Konzeption der

Effektivität, in der der langfristig und flächendeckend anfallende Arbeitsaufwand der Volkswirtschaft mit den an sich nützlichen Gebrauchswerten ihrer Enderzeugnisse (Güter und Leistungen) eines Zeitraums verglichen werden. Die ideale Formel zeichnet sich dadurch aus, daß auch alle außerhalb der Wirtschaftseinheiten anfallenden, bereits entstandenen bzw. voraussehbaren Produktionsvoraussetzungs- und -folgekosten als Arbeitsaufwand berücksichtigt werden und daß die Gebrauchswerte der Enderzeugnisse an sich für ihre vorgesehenen Verwendungen nützlich sein sollen.

Nun haben die Erfinder dieser Formel, die zweifellos ihren guten Sinn haben kann, freilich oft übersehen, daß es sich bei der Gesamtarbeit einer Gesellschaft wesentlich um eine Veranstaltung handelt, die einen erheblichen Teil der Stoff- und Energieflüsse zwischen der Bevölkerung und dem Naturhaushalt des betreffenden Gebiets vermittelt, regelt und steuert (Marx). Ein und derselbe Gesamtarbeitsaufwand kann, beispielsweise schon wegen unterschiedlicher Anteile von „lebendiger Arbeit“ (aktueller Arbeitsaktivität) und „vergegenständlichter Arbeit“ (produzierter Produktionsmittel), sehr verschiedene Stoff- und Energiemengen transferieren, und ein und dieselbe Palette nützlicher Endprodukte kann, beispielsweise schon wegen verschiedener Entwicklungsstände der Material- und Energieproduktivitäten (spezifische Material- und Energieverbräuche), sehr verschiedene Stoff- und Energiemengen transportieren. Ein durch die Effektivitätsformel beschriebener gegebener Wirkungsgrad einer Volkswirtschaft kann daher mit sehr verschiedenen Stoff- und Energieumsätzen verbunden sein. Auch im (abstrakten) Idealfall einer Internalisierung aller sozialen Kosten und Nützlichkeit aller Gebrauchswerte ist er daher unter Umständen mit einer starken Auspressung und Belastung von Mensch und Natur verbunden (real wäre es sowieso doppelt absurd, Reparaturen des Ozonlochs vornehmen bzw. verbuchen zu wollen).

Zu dieser Blindheit gegenüber der technischen Struktur tritt die Blindheit der Effektivitätsformel gegenüber dem menschlichen, natürlichen und sächlichen Kontext des volkswirt-

schaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses. Unmittelbar sagt sie nichts aus über den Gebrauch produktiver Vermögen der Volkswirtschaft und ebenso nichts über die Befriedigung reproduktiver Bedürfnisse der Gesellschaft. Obwohl das Streben nach makroökonomischer Effektivität bei Betrachtung der Aufwandseite gewiß zu einem möglichst sparsamen Einsatz der Arbeitskräfte, Sachanlagen und Naturressourcen der Volkswirtschaft und damit auch von Energie und Stoffen führen müßte, sagt der Aufwandsbegriff „Arbeitsmenge“ nichts über die Effizienz der Gestaltung dieser Inputs aus. Obwohl dasselbe Streben bei Betrachtung der Ertragsseite sicherlich eine möglichst sachgerechte Gestaltung der (insbesondere: stofflichen und energetischen) Gebrauchswertdienste für die Bevölkerung, den Naturhaushalt und den Sachreichtum der Gesellschaft anmahnen müßte, sagt der Ertragsbegriff „nützliches Endprodukt“ nichts über die Effizienz des Umgangs mit diesen Outputs aus. Eine Steigerung der Effektivität durch Aufwandsverringerungen bei gegebener Produktpalette und -menge könnte auf die Dauer durchaus zu ihrem Sinken führen (nämlich dann, wenn eine kostengünstigere Kombination von Arbeitskräften, Arbeitsmitteln und Naturressourcen zu nichterkannten und daher nicht beachteten negativen Folgewirkungen oder Rückwirkungen mit der Folge künftiger Aufwandssteigerung führt). Ein Beispiel sind Erosionsschäden durch Überweidung bei Weidewirtschaft anstelle von Futtermittelanbau. Das Gleiche gilt für eine Steigerung der Effektivität durch Vermehrung nützlicher Enderzeugnisse gleicher Produktpalette bei gegebenem (spezifischem) Arbeitsaufwand (nämlich dann, wenn die Verwendung dieser Erzeugnisse und die Entsorgung der Reststoffe zu nicht erkannten und daher nicht beachteten schädlichen Fern- oder Rückwirkungen in der Bevölkerung, im Naturhaushalt oder bei Sachgütern führen, die eine zukünftige Produktionsverringerung bewirken). Beispiel: Fälle der Überernährung oder Überdüngung sowie der Schadstoffzerzeugung und -verbreitung aus der Abfallbehandlung und Abfallablagerung.

Mit anderen Worten: eine Konzeption makroökonomischer Effektivität, die ausdrücken soll, was in einer vernunftgemäßen Wirtschaftsverfassung und

darauf gerichteten Gesellschaftspolitik als Erfolg gelten soll, muß sich auf den Gebrauch gesamtwirtschaftlicher Vermögen und die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse selber beziehen. D. h.: sie muß vernünftige Bestimmungen des Vermögensgebrauchs und der Bedürfnisbefriedigung enthalten. Das erfordert die Beachtung der Nutzungs- und Belastungsformen im Gebrauch dieser Vermögen - letztlich des Arbeitsvermögens, des Naturpotentials und des Sachvermögens der Volkswirtschaft - sowie der Nutz- und Lasteffekte in der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, des Naturhaushalts und des Sachreichtums der Gesellschaft. Dann kann (1) die makroökonomische Effektivität bei einem gegebenen an sich nützlichen Endprodukt um so größer sein, je geringer die Beanspruchung der Gesamtheit der Arbeitskräfte, Naturressourcen und Sachanlagen und je maßvoller die Formen der Nutzung und Belastung der entsprechenden Vermögen der Volkswirtschaft sind, deren Bestandteil diese bilden. Nach diesem Kriterium wird man für die Bereitstellung einer bestimmten Menge Nutzenergie aus Elektrizität nicht Kernkraftwerke, sondern eine Kombination von kleineren Wärme- und Heizkraftwerken und von regenerativen Energiequellen einsetzen. Zudem kann (2) die makroökonomische Effektivität bei einem gegebenen langfristigen und flächendeckenden Gesamtarbeitsaufwand um so größer sein, je größer und vielfältiger die Dienste (oder „Dienstleistungen“) aus den an sich nützlichen Gebrauchswerten von Gütern und Leistungen des Endprodukts sind und je mehr die mit diesem bewirkten Nutzeffekte (unter Beachtung der Lasteffekte) den Bedürfnissen angemessen sind, die befriedigt werden sollen. Nach diesem Kriterium wird man die Umwandlung einer bestimmten Menge Primärenergie nicht allein zum Zweck der Versorgung mit Elektrizität, sondern auch zur Bereitstellung von Raumwärme betreiben, u. a. in Form von Blockheizkraftwerken möglichst nahe bei den Abnehmern, und man wird deren Nutzenergiebedarfe unter Beachtung der diesbezüglichen Eigenleistungen der Natur den erforderlichen Energiedienstleistungen (Krause/Bossel) anpassen.<sup>1</sup> Entsprechend wird man bei der Gestaltung der Stoffumsätze verfahren.

Wenn man also über den Erfolgsmaßstab des Profits, der in der Konkurrenz privater Kapitale erlangt wird, hinausgelangen will, wenn man die mit ihm gegebene Auspressung von Arbeitsvermögen, Ausplünderung von Naturpotentialen, Verarmung von Bevölkerungsgruppen und Zerstörung von Naturbestandteilen vermeiden will, dann muß man den Wirkungsgrad der Gesamtarbeit der Gesellschaft vernünftiger fassen. Dazu ist sicherlich zunächst der volkswirtschaftliche Aufwand als umfassender, flächendeckender und langfristiger Arbeitsaufwand zu bestimmen und der volkswirtschaftliche Ertrag als an sich nützlich Endergebnis an gebrauchswerttragenden Gütern und Leistungen. Dabei sind insbesondere Volumen und Struktur dieser beiden Größen richtig zu bestimmen: durch Einrechnung aller vorgetanen Arbeit und aller einrechenbaren sozialen Kosten (Kapp) in den Arbeitsaufwand sowie durch Abzug aller intermediären Gebrauchswerte sowie aller Güter und Leistungen für defensive (Leipert) und destruktive Zwecke vom gebrauchswerttragenden Ertrag. Der so zu gewinnende Erfolgsmaßstab makroökonomische Effektivität führt jedoch leicht in die Irre: Einerseits unterschätzt er i. d. R. den erforderlichen Arbeitsaufwand, insbesondere wegen des Ausschlusses von meist vergessenen Arbeitsaufwendungen (z. B. Familienarbeit, Erkenntnisarbeit) und von oft zu gering angesetzten Folge- und Rückwirkungskosten (z. B. Abfallbehandlung, Ressourcenzerstörung) in der gesamtgesellschaftlichen Produktion. Andererseits überschätzt er i. d. R. das anzustrebende Endprodukt, insbesondere wegen der Vernachlässigung von menschlichen und natürlichen Eigenbeiträgen zu den Nutzeffekten von hergestellten Gebrauchswerten (z. B. Gesundheitsvorsorge, Umgebungs- und von verwertbaren Stoff- und Energieerzeugnissen (Kuppelprodukte, Abwärmennutzung) in der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion. Um die formale Effektivität als materiale begreifen, wird man sie an verschiedene Bedingungen knüpfen müssen: Zum einen an die Bedingungen einer schonenden Beanspruchung der Produktionsfaktoren und eines (mit Rücksicht auf deren Ergiebigkeit und Erneuerungsfähigkeit) maßvollen Gebrauchs der menschlichen, natürlichen und sächlichen

chen Vermögen überhaupt, welche insgesamt den Vermögensbestand der Volkswirtschaft ausmachen. Zum anderen an die Bedingungen günstiger Gebrauchswertdienste der Endprodukte und einer (mit Rücksicht auf deren Eigentum und Dringlichkeit) angemessenen Befriedigung von Unterhaltsbedürfnissen der Bevölkerung, des Naturhaushalts und des Sachreichtums. Die unter diese Bedingungen gestellte makroökonomische Effektivität kann wegen des Abstellens auf maßvollen Gebrauch des Vermögensbestandes und angemessene Befriedigung der Unterhaltsbedürfnisse auch subsistenzeffizienz genannt werden. Sie entspräche einer vernunftgemäßen Wirtschaftsverfassung und erforderte eine eben hierauf gerichtete Gesellschaftspolitik.

#### „... um die Geschichte der gewalttätigen Wirtschaftsweisen und Gesellschaftsordnungen besser zu verstehen“

In aktuellen Diskussionen über die Zukunft gegenwärtiger Gesellschaft wird vielfach auf Notwendigkeiten ihrer weiteren Modernisierung und vor allem Zivilisierung verwiesen. Diese werden auf zu überwindende Primitivitäten sehr verschiedener Art - gesprochen wird sogar von rohem Kommunismus - bezogen. Meines Erachtens haben diese Begriffe dann einen Sinn, wenn die angemahnten Fortschritte nicht oder jedenfalls nicht nur als politische und kulturelle Reformen oder gar nur als technische Innovationen gefaßt, sondern auf die Form des Stoff- und Energieaustauschs der Menschen mit der Natur bezogen werden; insbesondere dann, wenn damit nicht lediglich neuzzeitliche, sondern solche Rückständigkeit gemeint sind, die bis in die Vor- und Entstehungsgeschichte der Klassengesellschaften zurückreichen. Mit anderen Worten: was des Fortschritts bedarf, ist vor allem das System materieller Transaktionen der „modernen“ Gesellschaften, das im wesentlichen neolithischen Charakter trägt. Die Auffassung von Lewis H. Morgan und vor allem von Friedrich Engels, daß die auf die Wildheit folgende Barbarei der ackerbaureibenden vorhochkulturellen Gesellschaften durch die „Zivilisation“, nämlich den Gebrauch der Schrift und

(Engels) die Entfaltung der Warenproduktion in den Klassengesellschaften überwunden worden sei, ist falsch. Dies deshalb, weil die antagonistische Weise der Produktion um eines Mehrprodukts willen auf dem Grundsatz der mengenmäßigen Steigerung des Stoff- und Energieumsatzes durch gesellschaftliche Arbeit basiert, den sie schrittweise perfektioniert und in die untergegangene Version sozialistischer Produktionsweise tradiert hat.

Die wesentlichen Veränderungen des gesellschaftlichen Stoff- und Energieaustauschs zwischen menschlichen Lebewesen und außermenschlicher Natur in der neueren Geschichte des Systems Mensch-Biosphäre sind bekanntlich der Übergang zur agrarischen Produktion naturwüchsiger Produkte, das heißt biotischer Stoff- und Energiekonzentrate, und zur industriellen Produktion künstlicher Produkte, die im wesentlichen auf der Basis fossiler Energieträger und mineralischer Rohstoffe erfolgt. Die Einführung der jeweils neuen Energieträger und Rohstoffe ist beidemal wesentlich durch das Zusammenspiel demographischer und klimatischer Faktoren, also exogen, veranlasst worden. Ermöglicht bzw. weitergeführt wurden diese Nutzungen freilich endogen, durch den jeweiligen Entwicklungsstand bzw. Fortgang der gesellschaftlichen Arbeit. Schon dieses Wechselspiel von „Außen“ und „Innen“ sollte vor einer bloß immanenten Betrachtung des historischen Prozesses der Produktion bewahren. Dies gilt um so mehr, als es seit dem Wechsel von der Okkupations- zur Produktionsökonomie in der neolithischen Revolution nicht nur darum ging, den Arbeitsaufwand und den Gebrauchswerttrag gesellschaftlicher Arbeit in ein günstigeres Verhältnis zu bringen: sondern zugleich auch um die Ausnutzung und Nutznießung naturwüchsiger-geschichtsgeprägter Fähigkeiten und Leistungen der Menschen und der Natur. Es ging seit der agrarischen Revolution nicht nur darum, den Wirkungsgrad gesellschaftlicher Arbeit durch mehr Fleiß und Geschick der Arbeitenden zu steigern, sondern zugleich und darüberhinaus auch um die Ausnutzung der spezifizierten biotischen Energiequellen, des kontrollierten generativen Vermögens der Frauen, um die Nutznießung der Gebrauchseigenschaften der domestizierten Pflan-

zen und Tiere sowie der Dienstleistungen unterprivilegierter Gruppen. Dieser Gebrauch naturwüchsiger-geschichtsgeprägter Fähigkeiten und Leistungen aus der Bevölkerung und aus dem Naturhaushalt in der und für die Erzeugung und Verwendung des gesellschaftlichen Produkts ist durch die industrielle Produktivkraftrevolution weiter vorangetrieben worden: hinzugekommen sind etwa die Ausnutzung der Energie aus dem „unterirdischen Wald“ (Sieferle) und der Lebenskräfte aus den „offenen Adern“ der Kolonien und Exkolonien (Galeano) sowie die Nutznießung der Gebrauchswerte aus der „imperialistische Ressourcenzentrale“ (Czeskleba-Dupont) und der „hausfrausierten“ (v. Werlhof u. a.) Tätigkeiten für den Fortgang der industriellen Warenproduktion. Während die Sachverhalte als solche bekannt sind, gilt es, den Kern der Sache zu begreifen. Es handelt sich in diesem gesamten Prozeß um die Sicherung des Fortgangs und der Ausweitung der Produktion durch zwei Momente: Erstens durch Nichtersatz eines Teils der Arbeitsaufwendungen, also Verfügbarmachung von Mehrarbeit über den Ersatzkonsum und die Ersatzinvestitionen hinaus. Zweitens durch Nichterneuerung eines Teils der verbrauchten und gebrauchten naturwüchsiger-geschichtsgeprägten Fähigkeiten und Leistungen natürlichen wie menschlichen Ursprungs, also Erschöpfung dieser Fähigkeiten und Verbrauch dieser Leistungen. Ersteres fängt mit dem Abzweigen von Arbeit für spezialisierte nichtagrarische Produktionen an und hört nach der Einführung und Entwicklung ökonomisch-sozialer Ausbeutungsverhältnisse mit deren Abschaffung noch lange nicht auf. Letzteres beginnt mit der Bewirkung von Bodenschöpfung und Kindbettsterblichkeit, von Artenverdrängung und Randgruppenarmut; es wird in modernen Zeiten fortgesetzt mit der Bewirkung des Verschleisses fossiler Energievorräte und der Auspressung kolonialisierter Arbeitskräfte im Bereich der Produktion sowie der Überlastung lebenswichtiger Umweltmedien und der Doppelbelastung weiblicher Haushaltsmitglieder im Bereich der Konsumtion, solange es diesen Typ gesellschaftlicher Produktion geben wird.

Es handelt sich um eine systematische und, seit den Anfängen der großen Industrie, zugleich massive Produktion

von Gütern und Leistungen mittels eines schrittweise gesteigerten Stoff- und Energieumsatzes. Daß es sich um eine gewalttätige Form des gesellschaftlichen Stoff- und Energieaustauschs zwischen Mensch und Natur handelt, sieht man spätestens heute an den handgreiflichen Folgen: an der massenhaften Zerstörung von Bodenflächen und von Arten der Mittelebene, an der massenhaften Erzeugung von Arbeitslosigkeit und von Verarmung. Aber diese viel zitierten Probleme der Reproduktion des Systems Mensch-Biosphäre sind letztlich angehäuft, zusammengefaßt und freilich neuerdings enorm gesteigerte Auswirkungen einer bis in den Ausgang der Urgeschichte zurückreichenden Gewalttätigkeit. Um sie geschichtlich durchsetzen und immer wieder fortsetzen zu können, wurden die Klassengesellschaften erfunden. Der antagonistische Typ gesellschaftlicher Produktion entsteht und entfaltet sich historisch durch den Zwang, die durchaus raubbauhafte Agrarproduktion altorientalischen, antiken und feudalistischen Zuschnitts auf dem Entwicklungsweg gesellschaftlicher Arbeit vom Vorderen Orient über den Mittelmeerraum bis nach Westeuropa und Nordamerika voranzutreiben, durch alle demografisch-ökosystemaren Reproduktionskrisen hindurch. Das war ohne die Herrschaft von Menschen über Menschen nicht möglich. Allerdings hat die kapitalistische Form der Klassenherrschaft, in welcher (um der Mehrwertproduktion und Kapitalakkumulation willen) die Produktion von Produktionsmitteln die Produktion von Konsumtionsmitteln übersteigt, auch die Erzeugung jener Wirkungen des teilweisen Nichtersatzes von aufgewandter Arbeit und der teilweisen Nichterneuerung naturwüchsiger-geschichtsgeprägter Fähigkeiten und Leistungen systematisiert. Die technisch-naturale Substanz der modernen großen Industrie, die massenhafte Verfeuerung fossiler Energieträger und Verschleuderung von Reststoffen mit der Zuspitzung der energetisch-chemischen Synthetisierung toxischer Substanzen (Commoner), ist jedoch nicht unvermittelte Folge dieser Herrschaftsform, sondern vorab Steigerung des Wesens eines Produktionstyps, der diese ökonomisch-soziale Form brauchte, um sich weiter entwickeln zu können, was schließlich diese Substanz hervorbringen sollte. Wir haben seit der agrarischen

und verstärkt seit der industriellen Revolution in Europa (und seinen modernen Erweiterungen) einen Typ gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion, für den zweierlei charakteristisch ist: erstens immer wieder Ausweitungen der Produktionskapazität mittels schrittweiser Steigerung der Produktivkraft der Arbeit; zweitens regelmäßige Beschränkungen der (auf das jeweils sozioökonomisch Wichtige konzentrierten) Reproduktionskapazität, was die Erneuerung der Fähigkeiten und Leistungen der Menschen und der Natur betrifft. Wie und in welchem Maße das volkswirtschaftliche Arbeitsvermögen, Naturpotential und Sachvermögen bzw. die Bevölkerung, der Naturhaushalt und der sächliche Reichtum der Gesellschaft darunter leiden, ist von Produktionsweise zu Produktionsweise verschieden. Die Abwälzung bestimmter Erneuerungskosten auf sowie der Ausgleich ausgewählter Folgeschäden durch Einrichtungen der Gesellschaftsordnung, zumal durch den Staat, hat es seither immer gegeben. Dieser hat freilich heutzutage seine Mühe, mit den Konsequenzen, zu denen heute nicht zuletzt die Folgen der Verfeuerung von fossilen Energieträgern und der Zerstreuung von toxischen Abfallstoffen gehören, fertig zu werden. Daß die sozialistischen Volkswirtschaften diese Konsequenzen nicht ernst genommen hatten, hat wesentlich zu ihrem Untergang beigetragen. Eine wirkliche Modernisierung und Zivilisierung der modernen Gesellschaften muß am Problem der Entstehung solcher Aufwendungen für die Voraussetzungen und Folgen gesamtgesellschaftlicher Arbeit ansetzen.

**„... um die Erfordernisse einer fortschrittlichen Wirtschaftssteuerung und Gesellschaftsverfassung angemessener zu bestimmen“**

Da die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion um der Produktion von Produkten, insbesondere der Produktion eines Mehrprodukts willen, unsere Geschichte seit vielen tausend Jahren bestimmt, können sich unsere Ökonomen meist auch nur Probleme vorstellen, die mit der Erzeugung und Verwendung des Produkts, mit der Beschaffung und dem Absatz von Waren und mit Angebot

und Nachfrage auf Märkten zu tun haben. Wenn sie fortschrittlich sind, bedenken sie zudem noch die menschlichen Bedingungen dieser Produktion, und wenn sie besonders fortschrittlich sein möchten, begeben sie sich auf die Suche nach natürlichen Quellen des Wertprodukts. Abgesehen von zeitgeschichtlichen Anlässen hängt es wohl auch mit dieser Bewußtseinslage zusammen, daß aktuelle Diskussionen über sozioökonomischen Fortschritt sich oft in abstrakter Weise auf die Frage von „Plan“ oder „Markt“ als möglichen Mitteln der Regulierung der Produktion konzentrieren. Dabei wird oft übersehen, daß es sich hierbei schließlich nur um Steuerungsmittel handelt, die man so oder so verwenden und miteinander verbinden kann. Und besonders gerne wird vergessen, daß das wichtigste Problem hierzulande gar nicht die Produktion zum Zwecke der Versorgung mit Gütern und Leistungen ist. Worauf es meines Erachtens ankommt, ist nicht diese Produktion, sondern der innere Zusammenhang der ökonomischen Produktion und Reproduktion und ihr Zusammenhang als Ganzes mit der naturwüchsigen Regeneration der Bevölkerung, der Arbeitsvermögen, des Naturhaushalts und der Naturpotentiale der Gesellschaft. Auf den stofflich-energetischen Kern gebracht heißt das heute: Es geht einerseits um die Versorgung des Mensch-Biosphäre-Systems mit überlebensnotwendigen Gebrauchswertdiensten, also von Beiträgen der Gebrauchswerte von Tätigkeiten und von Verkörperungen geeigneter Stoffe und Energien zu erforderlichen Nutzeffekten. Andererseits geht es um die Entsorgung der Stoffreste und der (noch verwertbaren) Restwärme, soweit diese hierbei unvermeidlich anfallen. Dabei handelt es sich um Verwertung des Brauchbaren und die möglichst schadensmindernde Behandlung der unbrauchbaren Stoffreste. Alles dieses erfordert gesellschaftliche Arbeit.

Das ist nun zweifellos ein weites Feld, zu dem sogar noch gehört, wie wir mit den Kindern umgehen oder was wir in den Ferien tun, also Bereiche, in denen weder Plan noch Markt etwas zu suchen haben sollten. Um im Überschaubaren zu bleiben, ist im folgenden lediglich vom bislang zentralen Prozeß der Gesellschaft die Rede, nämlich von der Versorgung mit den Stoffen und mit der

Energie, die in der Erzeugung und Verwendung von Waren umgesetzt werden, sowie von der Entsorgung der hiervon übrigbleibenden Reste. Die zwecks Herstellung eines vernünftigeren Verhältnisses der Menschen zueinander und zur Natur, also für ein Vorantreiben gesellschaftlichen Fortschritts erforderliche Politik ist nicht nur, aber zu einem wesentlichen Teil Stoff- und Energiepolitik. Es handelt sich um die Steuerung von Stoff- und Energieumsätzen der gesellschaftlichen Arbeit und damit dieser Arbeit selber. Damit haben wir es mit einem Kernbereich der Wirklichkeit zu tun, von dem man cum grano salis sagen kann, daß in ihm das Sichtbare vergänglich, das Unsichtbare aber ewig ist (2 Kor. 4, 18): ersteres gilt zumindest von der Kohle und dem Erdöl und von den fertigen Erzeugnissen, die man mit ihnen macht; letzteres aber von der aktuellen Solarenergie und von manchen synthetischen Substanzen und radioaktiven Zerfallsprodukten, die dissipativ durch die Gegend streuen.

Die energiepolitische Situation ist ziemlich gut bekannt: wegen der Begrenzung der Energieträgervorräte, wegen der bedrohlichen Schadwirkungen von stofflichen und energetischen Emissionen aus den Prozessen der Verbrennung bzw. Spaltung der Brennstoffe und aus anfallenden Rückständen sowie wegen des enormen Kapitalaufwands des etablierten Systems sind rigoroses Energiesparen und Abwärmenutzung sowie eine Umstellung der Energiebasis auf dezentrale regenerierbare Ressourcen angesagt, die weit in abhängige Branchen und Aktivitäten, insbesondere Chemisches Gewerbe, Kunststoffverarbeitung und Verkehrswesen, hineinragt. Noch nicht ganz so gut bekannt ist die stoffpolitische Situation. Zu ihren Merkmalen gehören die Begrenzung von Rohstoffvorräten, die Giftigkeit vieler künstlich hergestellter Ersatzstoffe und einer unübersehbaren Vielfalt damit verbundener Neben- und Reststoffe, weiter die mangelhafte Entsorgung sämtlicher fester, flüssiger und gasförmiger Abfall- und Schadstoffe (zwei kaum voneinander unterscheidbare Stoffarten) und schließlich wieder die enormen Kosten dieses Systems. Hier sind rigoroses Stoffsparen, die Entwicklung aufeinander abgestimmter Erzeugungs-, Verarbeitungs-, Behandlungs- und Endlagerungstechniken

sowie der Aufbau eines ökonomisch-technischen Stoffversorgungs- und -entsorgungssystems geboten, das die Vermeidung, die Verminderung, die Verwertung und, wenn es nicht anders geht, die möglichst schadwirkungsarme Endbehandlung in den Mittelpunkt stellt. Auch hier sind eine Vielzahl von Branchen und Aktivitäten, von den Chemischen Gewerben bis zur Agrikultur, unmittelbar oder mittelbar betroffen. Das bestehende Stoff- und Energiesystem wird weitgehend durch private Unternehmen und Unternehmensverbindungen getragen, wobei nicht zuletzt bei der Energieversorgung und neuerdings auch bei der Abfallentsorgung kapitalstarke Wirtschaftseinheiten tätig sind. Diese werden durch staatliche Aktivitäten eher gefördert als gehemmt und durch kommunale Aktivitäten in dieser oder jener Weise ergänzt.

Es handelt sich um ein äußerst aufwendiges System, denn seinen Kern bildet die massenhafte Umformung von oft unersetzlichen Stoffen und Energieträgern in vielfach schädliche Stoffreste und Reststrahlungen unter extremen Bedingungen (z. B. hohe Temperaturen und Drücke), weshalb die Anlagen an sich teuer sind und zudem immer wieder Aufwand für mehr oder minder provisorische Substitutionen von Ressourcen und defensive Kontrollen der Relikte erforderlich ist. Das ist einer der Gründe für die massenhafte Fixierung von Kapital und mangelhafte makroökonomische Effektivität des gesamten Produktions- und Reproduktionssystems (Commoner). Das ist aber nicht der Hauptgrund für den Veränderungsbedarf. Die ange-deuteten erforderlichen Umstellungen sind vielmehr aus human- und ökotoxikologischen, sozialen sowie klimatologischen Gründen eine Überlebensfrage für die Menschen und für große Teile ihrer Mittelewelt insgesamt. Wesentliche stoff- und energiepolitische Ansatzpunkte dürften die Versorgung mit Energie und die Entsorgung von Stoffresten - auf deren Betrachtung ich mich hier beschränke - sowie das Verkehrswesen sein (Düe/Tjaden), also Bereiche möglicher umgestaltender kommunaler Aktivitäten.

Die gängige Energieversorgung (die ein bißchen mehr umfaßt als „Strom und Gas“) und die gängige Stoffreste-entsorgung (auch hier geht es um wesent-

lich mehr als um den „Hausmüll“) verursachen außer den jeweils berechneten auch jede Menge „soziale Kosten“, und zwar sowohl auf der Seite der Voraussetzungen als auch auf der Seite der Auswirkungen der Systeme. Das kann heute jeder wissen, zumal es für Teilbereiche der Energie gut nachgewiesen ist (Hohmeyer). Bei diesen „Kosten“ handelt es sich insbesondere um reale Schäden und Wertverluste (Kapp), die teilweise auch bezahlt werden (müssen) und im Sozialprodukt erscheinen (Leipert). Teilweise stellen sie aber auch nicht reparierte Realschäden dar, deren Rechnung noch offen ist. Daß man auch von externen Nutzen des gegebenen Stoff- und Energiesystems sprechen kann, sollte nicht hindern, die Kosten real und monetär voll zur Kenntnis zu nehmen, die realen Schäden und Verluste so weit wie möglich zu verhindern und im übrigen so gut wie möglich auszugleichen. Dazu sind alle hierfür erforderlichen Aufwendungen (durch die gesamte Kette der Versorgung-Entsorgung hindurch: Streibel; Roos/Streibel) dem internen Aufwand zuzurechnen, also in den Preis des Gutes einzurechnen. Insoweit dann die Güter, Leistungen und Anlagen des

## ...in Kohlonia

Arthur Heinrich/Klaus Naumann (Hg.)  
**Ailes Banane - Ausblicke auf das  
 endgültige Deutschland**  
 200 S., DM 20,- ISBN 3-89438-007

Arno Klönne  
**Rechts-Nachfolge**  
 Risiken des deutschen Wesens nach 1945  
 186 S., DM 20,- ISBN 3-89438-001-2

Otto Köhler  
**... und heute die ganze Welt**  
 Die Geschichte der IG Farben  
 354 S., DM 28,- ISBN 3-89438-010-1

Gero Gemballa  
**Geheimgefährlich**  
 Dienste in Deutschland  
 200 S., DM 18,- ISBN 3-89438-008-X

Lutz Hoffmann  
**Die unvollendete Republik**  
 Zwischen Einwanderungsland  
 und deutschem Nationalstaat  
 208 S., DM 20,- ISBN 3-89438-002-0

**PapyRossa Verlag**  
 Gottesweg 52, 5000 Köln 51

# Sozialist

- Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/innen
- erscheint 6 mal jährlich
- für Jusos, Partei und Gewerkschaften
- mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- Einzelheft 3,50 DM,
- Jahresabo 21,00 DM

## Thema DDR

### Angebot zum Kennenlernen

**Berichte, Meinungen und Hintergrundinformationen zur Situation in der DDR und zu den Problemen der Wirtschafts- und Währungsunion im Viererpack: Die ersten vier Hefte des Jahrgangs '90 mit dem Themenschwerpunkt DDR bieten wir Interessierten zum Sonderpreis von DM 10,00 (Incl. Porto) an. Bestellzettel ausfüllen, 10-Mark-Scheine (oder Briefmarken) beilegen und ab die Post an**

**SOVEC**  
**Im Körbchen 10**  
**3400 Göttingen**

Schickt mir die 4 Hefte für 10,- DM.

Name
Straße
Ort

Geld / Briefmarken beiliegend.

# Sozialist

anzustrebenden neuen Systems bereits technisch vorhanden, aber noch teuer sind, bedürfen sie der Subvention. Die Konversion des Systems - beispielsweise die Durchsetzung einer schadwirkungsarmen Abfallverwertung und -behandlung, die weiter geht als die jetzt vorliegende Technische Anleitung für besonders überwachungsbedürftige Abfälle, und um die man auch bei einer rigorosen Verringerungspolitik nicht herum kommt - ist selber sehr teuer, aber aus außerökonomischen Gründen geboten (Schenkel). Zu deren Finanzierung ist daher eine Fondsbildung geboten, die über den Preis der Inputs und Outputs des aktuellen Systems erfolgen kann (Hohmeyer).

Abgesehen von einer solchen Umgestaltung des Systems der preislichen Steuerung in der Energie- und Stoffpolitik bedarf es sicherlich einer entschiedenen Weiterentwicklung des vorhandenen Systems der sachlichen Steuerung, also der Limitierung und Kontrolle energetischer (z. B. kommunale Bauleitplanung) und stofflicher (z. B. Immissionsschutzrecht) Inputs und Outputs der Approprianten bzw. Emittenten von Stoffen und von Energie. Da es sich bei den aktuellen Problemen des Stoff- und Energieumsatzes wesentlich um quantitative und zugleich qualitative, oft durch die Mengensteigerung hervorgerufene oder veranlaßte Toxizitäts-Probleme handelt, ist hier das Postulat einer dynamischen Minimierung stofflicher und energetischer Inputs und Outputs wichtig. Ordnungsrechtliche Mittel, die sich vielfach als wenig wirksam und als aufwendig erweisen und zudem häufig

nur nachsorgend eingesetzt werden, bilden nur eines der möglichen Instrumente eines solchen Realsteuerungssystems. Dessen Instrumentierung muß vor allem auf eine vorausschauende, umfassende und vorsorgende Steuerung energetischer und stofflicher Umsätze setzen, insbesondere durch Prüfungen der Umwelt- und Ressourcenverträglichkeit nicht nur großer Projekte, sondern auch der Planungen und schließlich auch der Gegebenheiten von Nutzungen und Belastungen von Mensch und Natur in der Fläche.

Daran wird schon deutlich, daß die Konversion des aktuellen Systems der Stoff- und Energieumsätze selbstverständlich der Planung auf allen Ebenen der Volkswirtschaft bedarf. Ohne eine umfassende Konzeption der künftigen Energieversorgung und Stoffreste-entsorgung sind weder eine Internalisierung externalisierter Kosten und präventive Fondsbildung noch eine präventive Kontrolle des Input von Ressourcen und des Output von Relikten der Volkswirtschaft sachgerecht und wirksam zu verwirklichen. Selbstverständlich sind hierbei auch, wie bislang schon, Staats-eingriffe geboten, aber eben zur Realisierung einer (erst noch zu entwickelnden) konzeptionellen Strategie: mit ökonomisch wirkenden, wirtschafts- und finanzpolitischen Mitteln, mit öffentlich rechtlichen, privatrechtlichen und strafrechtlichen Mitteln sowie mit infrastrukturpolitischen Mitteln. Wie sich etwa allein mittels Angebot und Nachfrage das Individualverkehrssystem in ein Kollektivverkehrssystem umgestalten könnte, ist nicht ersichtlich (Dolata). Daß

hierbei dezentrale, insbesondere kommunalpolitische Ansätze und Trägerschaften sehr wesentlich sind, ergibt sich schon aus der Sache selbst: eine Anpassung der Stoff- und Energieumsätze an die Begabungen und Bedürfnisse von Mensch und Natur ist zwar eine allgemeine, die gesamte Gesellschaft durchgängig betreffende Aufgabe, aber zugleich eine Sache, deren Bewältigung teil-, ja kleinräumlich unter Umständen außerordentlich verschieden ausfallen muß. Wenn daher der Staat generell dafür Sorge tragen muß, daß der gesamtwirtschaftliche Arbeitsaufwand umfassend in Rechnung gestellt und der gesamtwirtschaftliche Gebrauchswert keine unsinnigen, schädlichen und überflüssigen Bestandteile enthält, so wird er darüber hinaus doch vor allem die Rahmenbedingungen dafür schaffen dürfen, daß die Menschen ihren Energie- und Stoffaustausch mit der Natur auf intelligente, humane und rationale Weise gestalten. Die Durchsetzung einer subsistenz-effizienten Wirtschaftssteuerung und einer ihr dienlichen demokratischen Gesellschaftsverfassung würde ermöglichen, die Ökonomie der Stoff- und Energieflüsse als politische Ökonomie zu gestalten.

1 Begriffserläuterung am Beispiel der Energieverwendung: Hausbrandkohle = Endprodukt mit Gebrauchswert; Wärme aus dieser Kohle = an sich nützlicher verwendungsbezogener Gebrauchswert; Gebrauchswertdienst oder -nutzen = Beitrag zur Erzeugung einer bestimmten Raumtemperatur bei gegebener Umgebungswärme; Nutzeffekt (energiepolitisch auch: Energiedienstleistung): diese bestimmte Raumtemperatur.

#### Literatur:

- Commoner, Barry, Energieeinsatz und Wirtschaftskrise, Reinbek 1977  
 Commoner, Barry, Making Peace with the Planet, New York 1990  
 Czesleba-Dupont, Rolf, Stoff-, Energie- und Ressourcenwirtschaft, in: Alternative Umweltpolitik, Argument-Sonderband 56, Berlin 1981  
 Dolata, Ulrich, Ökologischer Umbau über funktionsfähige Märkte und flankierende Staatsintervention?, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 1, 1990, Nr. 3  
 Düe, Dietmar, u. Karl Hermann Tjaden, Kapitalismus o. k. - Sozialismus passé?, in: Z., Zeitschrift Marxistische Erneuerung 1, 1990, Nr. 1  
 Engels, Friedrich, Das Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx-Engels-Werke Bd. 21, Berlin 1962  
 Eucken, Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin etc. 1965

- Galeano, Eduardo, Die offenen Adern Lateinamerikas, Wuppertal 1973  
 Hohmeyer, Olav, Soziale Kosten des Energieverbrauchs, Zweite, rev. u. erw. Aufl., Berlin etc. 1989  
 Kapp, K. William, Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Frankfurt/M. 1988  
 Krause, Florentin, Hartmut Bossel (u. a.), Energie-wende, Frankfurt/M. 1980  
 Leipert, Christian, Die heimlichen Kosten des Fortschritts, Frankfurt/M. 1989  
 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1 - 3, Marx-Engels-Werke Bd. 23 - 25, Berlin 1968 ff  
 Morgan, Lewis H., Die Urgesellschaft, Stuttgart 1908  
 Roos, Hans, u. Günter Streibel (u. a.), Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen, Berlin 1979  
 Schenkel, Werner, Stand und Perspektiven der Abfallwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus Wriemer, Abfallwirtschaft und

- Deponietechnik, Kassel, Witzhausen 1990  
 Siefeler, Rolf Peter, Der unterirdische Wald, München 1982  
 Streibel, Günter, Zur ökonomischen Bewertung von Naturressourcen, Abfällen und Sekundärrohstoffen, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Reihe Gesellschaftswissenschaften, 37, 1988, Heft 7  
 Tjaden, Karl Hermann, Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre, Marburg 1990  
 Tjaden, Karl Hermann, Politische Ökonomie des Sozialismus: Außer Spesen nichts gewesen?, in: Das Argument 32, 1990, Heft 2 (Nr. 180)  
 Tjaden, Karl Hermann, Ein paar Überlegungen angesichts des Zustands des Mensch-Biosphäre-Systems, Vortrag Berlin, Rosa Luxemburg-Zentrum, 7.12.1990  
 Werlhof, Claudia v., Mario Mies und Veronika Bennhold-Thomsen, Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983

Detlev Albers

# 1989-1917: DIESSEITS DES SOZIALISMUS

## Zeit - Aufnahmen

Vielen Zeitgenossen hatte sich das Jahr 1989 als eines der Jubiläen und Retrospektiven angekündigt. 200 Jahre Französische Revolution, 70 Jahre nach Versailles, 50 Jahre nach Hitlers Überfall auf Polen - kaum ein Winkel des alten Kontinents war auszumachen, der nicht mühelos weitere Gedenktage hinzugefügt hätte. Allerdings, so ließe sich skeptisch einwenden, was wäre weiter entfernt von wirklicher Geschichte als ein gut inszenierter Gedenktag? Entsprechend groß war die Überraschung, als sich in den letzten hektischen Wochen des Jahres überall die Einsicht herumsprach, daß man gerade eben ein neues „Schicksalsjahr“ verließ.

Zählt 1989 also in diesem Sinne zu den „unvergeßlichen“? Nein, könnte die Antwort lauten, denn alles, was das Jahr an Neuem brachte, hätte doch ohne Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion, ohne die „revolutionären Reformen“ Gorbatschows seit 1985 nicht den Hauch einer Chance gehabt. Doch warum sollten wir das eine gegen das andere ausspielen oder uns gar mit der Krämerweisheit zufrieden geben, daß letztlich eben doch nur die „großen Männer“ Geschichte machen, ihr An- oder Abtritt den Lauf der Dinge bestimmt? So wenig der Umbau in der Sowjetunion allein Gorbatschow zuzurechnen ist, so wenig lohnt es, die Zäsur des Jahres 1985 für die Sowjetunion gegen jene des Jahres 1989 für Europa, ja, der Weltinnenpolitik insgesamt auszuspielen. Im Knäuel der geschichtlichen Pro-

Prof. Detlev Albers, Bremen, Mitherausgeber der spw

zesse, ihrer Abhängigkeiten und Bedingungen, ihrer unverhofften Knoten, Risse, bisweilen auch Entwirrungen, wird niemand leugnen, wie eng beide zusammenhängen, sich gegenseitig vorwie rückwärts festschreiben. Erst die Ereignisse von 1989 haben die Perestroika unwiderruflich zu einem Vorgang des Weltgeschehens gemacht. Stehen diese auf den Schultern des innersowjetischen Anstosses seit 1985, erfährt jener erst von ihnen die Bekräftigung, die selbst ein Scheitern im Ausgangspunkt überdauern würde. Ein Jahr, selbst ein „Schicksalsjahr“, markiert im Strom des Jahrhunderts nur einen Punkt, jenen der Wende äußerstenfalls. Was ihn qualifiziert, hält die Redensart fest, daß „danach nichts mehr so wie vorher ist“. Der Spruch führt tiefer, indem er zu Vergleichen des Vor- und Nachher drängt, Abstände zu vermessen nötigt. Beides erschließt sich dem fernsehgewohnten Auge des Lesers von heute am schnellsten, wenn wir ein Stück Nah- oder Fernaufnahme einblenden und mit solcher Distanzveränderung unser zeithistorisches Urteil anreichern. Bequem, suggestiv, effizient-verhüllend, wenn dabei die Tätigkeit dessen, der die Kamera einstellt, aus dem Blickfeld gerät.

Die Nahaufnahme entzerzt das punktförmige Bild des Jahres 1989, zerlegt es in einen schier endlosen Prozeß von Einzelereignissen, geschehen in allen Teilen der Welt. Sich dieser Unübersichtlichkeit, ihrem Lärm und Getöse erinnernd auszusetzen, öffnet die Chance, darin umso bewußter die Ereignisse der größten Tragweite, gewissermaßen die Wendepunkte im Wendejahr herauszufinden. Ich sehe auf dem Feld der Politik zwei Daten alle anderen an Bedeutung überragen und zugleich die Pole jener Wandlungsprozesse symbolisieren, die das zurückliegende Jahr beherrschen: der 3. Juni, als die blutige Unterdrückung auf dem Tiananmen-Platz in Peking be-

gann, und, natürlich, der 9. November, als die Mauer in Berlin von Osten her eingerissen wurde.

Aus größerer Entfernung mag einmal das Gemeinsame beider Ereignisse, die doch so extrem entgegengesetzt verliefen, deutlicher hervortreten und dazu einmal mehr beweisen, wie kraft die Geschichte die Intentionen ihrer angemaßten Akteure zu kompromittieren versteht. Es könnte sich nämlich herausstellen, daß beide nur auf ihre Art belegen, wie aussichtslos verspätet jene Strategien daherkommen, die sich nur eine gradualistische, man könnte auch sagen: reformistische Veränderung der Gesellschaften in der sogenannten Zweiten Welt zum Ziel setzen. Sämt jener tiefen Schatten, die sie dann von Ost und West auf die Chancen jenes Veränderers würfen, der beide Städte jeweils nur Tage zuvor in offizieller Mission bereist hatte.

Doch scheint es, als hätten wir damit die Bedeutung des Jahres 1989, mitsamt seines inneren Scheitelpunkts, noch nicht wirklich erfaßt. Wenn jetzt nichts mehr so wie vorher ist, kann Übersicht nur aus größerer Distanz entstehen.

## 1968 - eine vertane Chance

Zuerst wird unsere imaginäre Photo-Reise, zu erforschen, was 1989 verändert hat, den Blick auf seine unmittelbare Vorgeschichte freigeben. Begann sie an dem Tag, als Gorbatschow den unbe-

dingten Wahrheitsanspruch des Marxismus-Leninismus fallen ließ? Wer überschritt den Rubikon früher, die Reformkräfte in Ungarn oder der polnische „Runde Tisch“? Sind es die Erneuerer, die von innen her kommen, von Gorbatschow bis Dubcek, oder sind es die Dissidenten, von Sacharow bis Soltschenizyn und Havel, die größeren Anteil daran haben? Waren es mehr der wachsende Vorsprung der kapitalistischen Führungsländer oder eher die unhaltbaren Defizite der inneren Versorgung, an Gütern wie an politischer Freiheit, die schließlich zur Wende zwangen? Wie immer die Antwort ausfällt, sie wird nur einmal mehr belegen, wie eng die Ereignisse im Jahrfünft 1985-1989 von Moskau bis Ostberlin miteinander verschweißt sind, wie eines das andere hervorzuheben scheint, und wie die Systemwende von innen heraus, die wir zweifelsfrei für seinen Abschluß datieren, gar nicht anders kann, als nun wiederum eine Fülle neuer Fragen an die künftige Zuordnung dieser Länder aufzuwerfen.

Auf dem Weg rückwärts, um zu verstehen, was 1989 ausmacht, begegnet uns als ein erster Haltepunkt, der zum Vergleichen nötigt, das Jahr 1968. Sein Zentrum liegt freilich „im Westen“; und auch dort sind es, mit der Ausnahme weniger Tage des „Pariser Mai“, nicht die wirklichen Kernbereiche der gesellschaftlichen Macht, die erschüttert werden. Dennoch: Mögen seine wichtigsten Schauplätze auch nur Universitäten gewesen sein, von Berkeley über Nanterre bis nach Berlin und Frankfurt, das hier entfachte Weiterleuchten hat für die innere Entwicklung der betroffenen Länder einen jahrzehntlang registrierten Einschnitt hinterlassen. Wer wollte zudem darüber rechten, ob nicht ein anderes Schicksal des Epizentrums Prag, das seinen eigenen Wünschen hätte folgen können, auch die Opposition im Westen zu größerem Realitätsbezug inspiriert hätte? Auch deshalb bleibt es zutreffend, das Jahr 1968 als große vertane Chance zu begreifen, der Ost-West-Blockierung zu entkommen.

Gleiche Chance, gleiches Los - das gilt für 1956 nicht anders, nur daß hier die wichtigsten Ereignisse, vom XX. Parteitag der KPdSU bis Posen und Budapest, von vornherein „im Osten“ liegen. Auch hier kann der Vergleich mit 1989 nicht

verweilen, weil eben die Fesseln dessen, was den Rückstand der Gegenwart heraufbeschwor, damals ebensowenig abgestreift werden konnten. Stalin war gegangen; aber alle Ansätze blieben stecken, das von ihm geprägte System in den Eckpunkten zu reformieren.

Auf der Suche nach dem „Halt“, wo das Vorher von 1989 beginnt, gelangen wir so weiter zurück in das nicht minder weltentfernende Schicksalsjahr 1945. Es befördert die USA in den Zenit ihrer Weltmachtrolle, und verändert die Stellung der UdSSR nicht weniger einschneidend. Jalta und Potsdam belegen für alle sichtbar, daß die Zeiten der isolierten, verfernten Sowjetunion vorbei sind, eines Staates, der sich völlig aus eigener Kraft vom Hungerland zur zweiten Weltmacht, bald auch Atommacht heraufarbeiten mußte. Zu keinem anderen Zeitpunkt hat das Land der Oktoberrevolution über solche Autorität verfügt, auf dem ganzen Kontinent, den Westen eingeschlossen, wie nach dem Sieg über Hitler.

1945-1989 also? Das kann gleich aus mehreren Gründen nicht einleuchten. Bezogen auf ihre inneren Verhältnisse hat das Jahr 1945 gerade keine unterscheidbare Veränderung des Nachher gegenüber dem Vorher der Sowjetunion gebracht. Der unter grauenhaften Opfern errungene Triumph der Roten Armee war und blieb eingebunden in die Willkür einer terroristisch unbeschränkten Partei- und Staatsdiktatur. Nach außen lieferte dazu die Unfähigkeit, den Nachbarländern mehr als nur eine Kopie des eigenen Gesellschaftsmodells zu gestatten, das Spiegelbild. Gerade die Völker Ost- und Mitteleuropas, die 1989 in den Mittelpunkt rücken, erleben 1945 ganz überwiegend als Verlängerung des Sowjetsystems auf fremdes Territorium. Seine Ursprünge, nicht der Moment seiner größten Expansion müssen deshalb ins Blickfeld des Vergleichs rücken. Aber ist damit der Weitwinkel unseres Objektivs nicht überdreht? Oder, inhaltlich gesprochen, läuft es nicht schnurstracks darauf hinaus, Stalin und Lenin in eins zu setzen? Holen wir diese Frage aus dem Nebel polemischer Überspitzung heraus, bleibt die Feststellung: Vor wie nach 1945 gab es Ausbruchstellen; die Geschichtswissenschaft muß sie rekonstruieren. Für uns ist

jedoch nicht nur konstitutiv, daß sie im Ergebnis ungenutzt verstreichen, sondern daß sie auch nicht mit dem Machtübergang von Lenin zu Stalin zusammenfallen, etwa in dem Sinne, daß sie davor erkennbar, danach aber ausgeschlossen sind. Anders herum: Weil dabei, im Urteil der Zeitgenossen nicht anders als heute, die Momente von Kontinuität jene der Veränderung dominieren, wird die Perestroika weder vor der Praxis noch vor dem Gedanken-gut Lenins Halt machen können.

Soll damit tatsächlich 1917-1989 gelten? Kann eine solche Zeit-Aufnahme wirklich beanspruchen, Anfang und Abschluß eines geschichtsmächtigen Zusammenhangs wiederzugeben? Handelte es sich nur darum, daß 1917 eine jahrzehntlang unterdrückte sozialdemokratische Arbeiterpartei die Macht in einem rückständigen Teil der kapitalistischen Welt an sich reißt und sie unter anderem Namen, als kommunistische, erst nach mehr als 70 Jahren wieder mit anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften zu teilen bereit ist, wir brauchten uns nicht lange bei dem Vorgang aufzuhalten.

Doch damit verstellten wir uns den Blick auf den Mythos von 1917, seine Wurzeln und seine irritierende Haltbarkeit. Kein zweites Ereignis dieses Jahrhunderts hat außerhalb der eigenen Grenzen einen ähnlich starken Impuls der Identifikation - und, untrennbar damit verknüpft, auch der Abstoßung - ausgelöst wie die Revolution der Bolschewiki. Dies war undenkbar ohne das von ihnen wider Willen als „Sozialismus in einem Land“ ins Werk gesetzte Programm einer totalen sozialökonomischen Umwälzung. In ihrem Zentrum sollte mit ebenso universellem Geltungsanspruch die Herausbildung eines ganz neuen Menschen stehen; kein Fleck und kein Winkel der alten Gesellschaft, vom Staat über die Erziehung und Kunst bis zur Religion, der nicht entweder beiseite gefegt oder mit einem völlig neuen Bedeutungsinhalt versehen worden wäre. Den Elan dazu und die, wo immer möglich, wissenschaftlich exakte Anleitung des Umwälzungsprozesses bezog man jedoch nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie, aus dem Kampf gegen die aufgestauten Probleme des zaristischen Rußlands. Sie lieferte, über Kautsky vermittelt, die Rezeption und

dann mehr und mehr die eigenständige Lesart der Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels.

Beides zusammen, die vor aller Augen erwiesene Fähigkeit zur radikalen proletarischen Umwälzung und, als Basis dafür, die vermeintlich einzig authentische Interpretation des Marxismus, mußte als unvergleichliche Herausforderung in sämtliche Himmelsrichtungen des „alten Systems“ wirken. Seine Gebrechen, die in den folgenden Jahrzehnten wieder und wieder hervortraten, vom Kolonialismus zur Weltwirtschaftskrise und zum Faschismus, verdeckten über lange Strecken die inneren Entwicklungsprobleme Sowjet-Rußlands, bis hin zu den Greueln des Archipel Gulag.

## Rückfragen

Was überrascht eigentlich mehr: daß der Versuch einer Gegen-Welt nach siebzig Jahren in sich zusammenfällt oder daß er überhaupt zustande gekommen ist? Welchen Antriebskräften hat er entsprochen, wem verdankt er, so lange zu faszinieren oder doch jenes Minimum an Plausibilität zu behaupten, daß zum Überdauern unabdingbar ist? Vor allem aber, was hinterläßt er, dort, wo man vierzig bis siebzig Jahre in einem solchen Experiment lebte, und hier, wo man sich darauf positiv oder negativ eingestellt hatte? Was heißt sein Scheitern schließlich für das Ganze der bisherigen Teil-Welten und die darin enthaltene Sache der Linken?

Manche der Antworten, die wir noch heute vernehmen, sind so alt wie der Streit, den sie zu klären vorgeben. Die bürgerliche Gesellschaft mit ihren Freiheiten, vom Markt bis zur Demokratie, erzielt unter allen Formen menschlichen Zusammenlebens das überhaupt erreichbare Optimum. Mißstände, Privilegien, uneinholbare Machtvorteile der einen und irreversible Benachteiligung der anderen, national und international, das alles kann für „empfindliche Gemüter“ eingeräumt werden. Dagegen aber steht als unschätzbare Gewinn ihr Dynamismus, die segensreiche Wirkung der unaufhörlich angespornten Konkurrenz; ihre soziale Verträglichkeit wird

sich anschließend schon finden. Wer so denkt, wird im Weg der „Zweiten Welt“ ohnehin nur blanken Utopismus, vorherbestimmtes Scheitern und den Beweis dafür erkennen, daß das sozialistische Prinzip schlechthin widerlegt ist.

Wer dagegen im Oktober 1917 nur das Walten eherner geschichtlicher Gesetzmäßigkeiten erblickt hat, dabei die Menschheit auf ihrem jahrhundertlangen, gar jahrtausendlangen Weg von der Sklavenhaltergesellschaft über den Feudalismus, Kapitalismus zur klassenlosen Gesellschaft voranschreiten sieht, der wird auch durch die jüngste Entwicklung „im Osten“ nicht ernsthaft zu erschüttern sein. In selbstdefinierter, letztlich jeder Konsensanforderung entzogener Parteilichkeit für die „Sache des Proletariats“ werden gewiß Fehler eingeräumt, Rückschläge wahrgenommen. Aber das ändert nichts daran, daß man hier „eigentlich“ auf der richtigen Seite der Barrikade gestanden hat - nur leider mit zu geringen Kräften. Wer weiß, ob nicht hinter der übernächsten Ecke der Weltgeschichte der eben abgedankte „Realsozialismus“ in gefälligkeitshalber natürlich modifizierter Gestalt wieder auftauchen wird.

Die erstgenannte Position leidet darunter, unbeschadet ihrer Ausführung im einzelnen, daß sie nur Unvernunft oder Ignoranz als Beweggrund anzugeben vermag, wenn wieder und wieder Bestrebungen entstehen, die über den kapitalistischen Marktmechanismus hinausdrängen und damit - nach ihrem Verständnis - Unmögliches verlangen. Daß es bestimmte soziale Zustände sind, die den Friedensschluß mit der bürgerlichen Gesellschaft verhindern, daß sie hier immer aufs Neue, unausweichlich produziert werden, wofür sich Belege ohne Ende auf türmen, und zwar unter allen Spielarten von Kapitalismus, kann auf diese Weise nicht erklärt werden.

Die zweite Position reklamiert als Stärke, daß sie dazu verhilft, in der Linken „den Mut nicht sinken zu lassen“. Trotzdem ist die Nähe zur Apologetik auch hier unübersehbar. Es verlohnt für sie nicht, sich lange bei Fehlerdiskussion und Selbstkritik aufzuhalten. Der Kapitalismus war eben im ersten großen Anlauf stärker, aber er wird dennoch fortfahren, seine eigenen „Totengräber“ (Marx) hervorzubringen. Ist so der oft

beschworene „historische Optimismus“ als Auffanglinie gerettet, erscheint es im nächsten Schritt nur plausibel, die Streitfragen der Vergangenheit, das, was sie der Linken immer wieder an Einbußen gebracht haben, auf sich beruhen zu lassen. Allerdings: In der Konsequenz läuft eine solche Position darauf hinaus, der Geschichte, zumal der eigenen, ihre Relevanz als Lernprozeß zu verweigern und damit der sozialistischen Idee die einzige verlässliche Chance auf Selbsterneuerung zu nehmen.

Die wirklich bedeutsamen Fragestellungen beginnen daher erst, wo die Gebrechen des Gegenüber nicht zur Legitimation ex contrario mißbraucht werden. Ist der Kapitalismus, das Konkurrenzprinzip, der marktwirtschaftliche Mechanismus tatsächlich das letzte Wort der Geschichte - warum erweist es sich dann als derart syntheseunfähig? Ist ein solches Urteil nicht zwingend, wenn wir die Verteilung von Reichtum und Elend in jenen Teilen der Welt betrachten, für die er verantwortlich zeichnet? Ganz zu schweigen von den tausend Gesichtern krasser Ungleichheit, die damit verbunden sind, vom Überlebenskampf und politischer Ohnmacht auf dem einen Pol, in den Kontinenten des „Südens“, bis zur Vergeudung und weltweit ausgreifender Entscheidungsgewalt auf der anderen, in den Ländern des „Nordwestens“? Und das alles ungeachtet der immer entblößter vor uns liegenden ökologischen Systeme des „Raumschiffs Erde“.

Oder sind diese Fragen bereits als ideologisch verengt zurückzuweisen? Ist es stattdessen möglich, sich die Zukunft des Ganzen als Aufholjagd einer vielfältig abgestuften Peripherie gegenüber den Wohlstandinseln des heutigen Kapitalismus vorzustellen? Die Schweiz und Schweden gewissermaßen als Licht am Ende des Tunnels? Wobei noch immer zu begründen wäre, worauf sich die Zuversicht stützt, daß es künftig um „Aufholen“ und nicht um neues „Abhängen“ gehen wird.

Dennoch mag hier die eigentliche Demarkationslinie verlaufen zwischen jenen, die sich aus alter oder neuer Einsicht dem Motor, der Regulierung des Marktes sans phrase anvertrauen, ihm bestenfalls diese oder jene soziale oder ökologische Zutat aufnötigen wol-

len, und jenen, die das gleiche Prinzip nur innerhalb eines gesellschaftlich, letztlich weltweit abgestimmten und ausgewiesenen Rahmens akzeptieren.

Mehr denn je stellt sich jedoch auch die Gegenfrage: Woran ist die Fähigkeit zur Alternative und zur Synthese mit anderen Anforderungen in jenen Ländern gescheitert, die sich sozialistisch nannten? Warum kamen sie in ihrem Gesellschaftsentwurf so wenig über die eigentlich defensive Argumentation hinaus, ihre Stärke in der Abwesenheit von Defiziten des Kapitalismus, wie Arbeitslosigkeit oder Inflation, zu suchen, seinen Vorzügen aber keinen eigenen sozialistischen Zusammenhang gegenüberzustellen? Wiederum drängen sich dafür eine Reihe vermeintlich „guter Gründe“ auf, wie „Geburtsfehler“, „Stärke der Gegenseite“, „Schwierigkeiten des Aufholens“ aus der Position des Schwächeren, die doch nur als Schalldämpfer wirken. Das Dazulernen auffangen, bevor es zum Kern der Sache vorstößt.

## Dritte Wege?

Warum, ist bilanzierend zu fragen, haben sieben Jahrzehnte realsozialistischen Ausbruchversuchs aus dem Kapitalismus, so wenig Substanz dafür erbracht, Markt und Plan miteinander zu verbinden, sozialistische Grundausrichtung aus Meinungsstreit, Interessenvielfalt, pluralistischem Gesellschaftsverständnis, mit hin aus Demokratie, die den Namen verdient, hervorgehen zu lassen? Ein „Prager Frühling“, die frühen Reformansätze im Selbstverwaltungssozialismus Jugoslawiens, dann schon das alle Vorläufer in den Schatten stellende Experiment der „Perestroika“ - das sind bereits die wesentlichen Anläufe zu Gesellschaftsreform von innen heraus, die über ökonomische Modernisierungskonzepte hinausgehen und sich gleichwohl innerhalb sozialistischer Zielvorgaben bewegen. Selbst sie kennzeichnen noch ein Moment der Unschlüssigkeit, so verschieden der Kontext ansonsten ausfällt, sich diesen beiden wichtigsten Problemen eines Brückenschlags zwi-

schen dem „Oktober 1917“ und den Transformationsstrategien „im Westen“ zu stellen. Die Frage, warum sich so wenig und so spät Chancen für „dritte Wege“ aus dem „zweiten Weg“ heraus, „von Osten“ her ergeben haben, weist zurück auf den Kernbereich der Verbindungslinie 1989-1917. Mit dem „russischen Marxismus“ war zum einen die Vorstellung verknüpft, daß eine Gesellschaft um so sozialistischer sei, je vollständiger sie das Privateigentum an Produktionsmitteln als Ausgangspunkt aller Klassenspaltung beseitigt habe. Zum anderen bedurfte es der sorgfältigsten Anleitung von Seiten der politisch bewußtesten Kräfte jener Klasse, deren historische Aufgabe die Überwindung jeglicher Klassengesellschaft war, um die ungeheuer Wegstrecke von einer Gesellschaftsformation zur nächsthöheren, vielleicht letzten, oder, wie Marx und Engels es einst formuliert hatten, das Heraustreten der Menschheit aus ihrer „Vorgeschichte“ mit der gebotenen Entschlossenheit, Umsicht und Weitsicht voranzubringen.

Beide Vorstellungen sowie ihre Prämisse, daß man die sozialistische Revolution theoretisch von überall her und sofort beginnen könne, sah man derart eindeutig durch den Gang der Geschichte vor und nach 1917 bestätigt, daß man sie zur Basis einer eigenen „kommunistischen Identität“ erklärte, damit die Spaltung der internationalen Linken besiegelte und bald schon vom „Leninismus“ als dem einzig aktuellen „Marxismus dieser Epoche“ sprach. Und von beiden Vorstellungen hatte man jetzt Abstand zu nehmen, und zwar auf eigenem Gelände, dort, wo man vermeintlich bereits endgültig gesiegt hatte, nicht dort, wo einem die Übermacht des Klassegegners diesen oder jenen Kompromiß abtrotzte.

Hier den Markt wieder in Kraft zu setzen, und sei es auch im Rahmen strikter gesellschaftlicher Vorgaben und gewerkschaftlicher Gegenmacht, das hieß doch zumindest, die unternehmerische Funktion aufzuwerten, sie mit eigener Professionalität, Gewinn- und Verlustchancen zu versehen und ihr, schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit, über weite Strecken auch Entscheidungsfreiheit mit Hilfe von Eigentumsrechten einzuräumen.

Tat man dies aber und dachte gleich die

übrigen sozialen Differenzierungen mit, die damit einhergehen mußten, wie eigener Status der Intelligenz, Eigentumsrechte der Bauern, von selbständig Gewerbetreibenden usw., so war darin die Vision einer buchstäblich klassenlosen Gesellschaft für unabsehbare Zukunft ad Acta gelegt. Stattdessen konnte man froh sein, über indirekte Regulierungen, wie Steuersystem, soziale Transferleistungen, Chancenausgleich im Bildungswesen, dem naturwüchsigen Auseinanderdriften der Lebensbedingungen zu begegnen - nur, war das noch „kommunistisch“?

Keineswegs einfacher die Korrektur der anderen Leitidee. War der Durchmarsch zur klassenlosen Gesellschaft in einem Stück sinnlos geworden, mußte auch die Pilotfunktion der revolutionären Partei, ihre „führende Rolle“ und deren allgegenwärtige Absicherung, völlig anders als bisher betrachtet werden. Von Berlin bis Moskau zog man jetzt mit der Streichung der entsprechenden Verfassungsartikel die Konsequenz aus dem, was die Passagen über die „führende Rolle der Partei“ längst geworden waren: ein monströser Vorwand, um andere politische oder gesellschaftliche Kräfte auszuschalten.

## Vor-Vorher und Nach-Nachher

Was also hinterläßt 1989? Die tiefste Restaurationsperiode, eine Niederlage der Linken historischen Ausmaßes - nichts und niemand wird ein solches Diktum in den Augen jener erschüttern, die den weiteren Gang der Geschichte bewußt oder unbewußt mit der Elle der Revolutionäre von 1917 bemessen. Daß die jetzige Wende von der großen Mehrheit in den osteuropäischen Ländern als ein Akt der Befreiung erlebt und erstritten wurde, das erscheint ihnen im Kern nur als verblendete Wahrnehmung, blind gegenüber den tatsächlichen eigenen oder „objektiven“ Interessen. Daß die Sache des Sozialismus jetzt auch Bürden abwirft, die Mal für Mal unerträglicher

geworden waren, ist kein Trost, weil ihnen die „Machtfrage“ entfernter denn je erscheint.

Zehnmal lauter tönt freilich die Gegenseite. Sie erklärt 1989 zum Triumph des Kapitalismus über seinen bisher gefährlichsten Widersacher. Nirgends wird im Blick auf die Ereignisse dieses Jahres emphatischer von Revolution gesprochen als eben hier. Warum aber müssen wir uns dieses Entweder-Oder aufzwingen lassen? Hält nicht gerade dies davon ab, sich auf die wirklichen Grundfragen der vor uns liegenden Jahrzehnte einzulassen?

Mit den Augen der Gegenwart, des Nachher von 1989, betrachtet wird der Russische Oktober zu einem Vorgang, dessen Zäsuren schaffende Bedeutung auch dann noch außer Frage steht, wenn er jetzt den Nimbus eines der ganzen Menschheitsentwicklung die Richtungweisenden Beispiels definitiv verliert. Niemand entgeht der Feststellung, daß sich das sowjetische System dort, wo es entstand, und letztlich überall, wo man sich an seinen Leitideen orientierte, unausgesetzt in seinen „Geburtsfehlern“, vorgefundenen und selbsterzeugten Entwicklungsschranken verfangen und erschöpft hat.

Gewiß haben ähnliche Bewertungen, Vorhersagen zunächst, Anklagen, Abrechnungen später, den sowjetischen Weg von Anfang an begleitet. Erinnerung sei nur an die zeitgenössischen Urteile so unterschiedlicher Köpfe wie Julius Martow, des Wortführers der russischen Menschewiki, der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten Karl Kautsky und Otto Bauer oder später an die Positionsbestimmungen des italienischen Kommunisten Enrico Berlinguer. Nicht zu reden vom Zeugnis ungezählter Betroffener und Dissidenten. Und doch scheint es, als habe es erst der realhistorischen Macht der Tatsachen des Jahres 1989 bedurft, um daraus umfassend Konsequenzen zu ziehen und diese ihrerseits in den Grundbestand linker Identität der Gegenwart aufzunehmen. So wenig es unserer Einsicht entspricht, den Oktober 1917 weiter als Inkarnation sozialistischer Revolution zu begreifen, so wenig ist die 89er Wende als pure Restauration zu verstehen. Wer aus einer Sackgasse ausbricht, befreit sich selbst dann noch, wenn ihm anschlie-

ßend die Kraft fehlt, sofort das nächste Experiment auf ungebahnten Wegen einzuschlagen. Wir werden es aushalten müssen, heute nicht zu wissen, wie lange das „Sozialismus-nie-wieder-Trauma“ im Osten nicht nur Europas, sondern vermutlich aller Teile der bisherigen „Zweiten Welt“ anhält. Aber da es vorher keinen zulänglichen Kompaß für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft gab, ja, dieses Ziel selbst seine Zugehörigkeit zum „Diesseits“ der Politik neu zu legitimieren hat, fehlt jetzt auch der Maßstab, für restaurativ oder reaktionär zu erklären, was die große Mehrheit der Beteiligten als Zugewinn gesellschaftlichen Entwicklungspotentials erfährt.

Damit nicht genug. 1989 als Schlußstrich unter die Epoche einer separierten „kommunistischen“ Identität zu begreifen, die sich aus dem Erfolg oder genauer: aus der damit gleichgesetzten „Wahrheit“ des Oktober 1917 legitimierte, das verlangt auch zuzugeben, daß die Sache des Sozialismus heute insgesamt ohne die Sicherheit vorgelebter Verifikation auskommen muß. Keine ihrer Richtungen ist da den anderen entscheidend voraus. Denn die Erfolge der Sozialdemokratie, seinerzeit des „ersten Weges“ der Arbeiterbewegung, sind zwar gewiß nicht irrelevant; aber sie sind doch im Wissen ihrer Akteure meilenweit davon entfernt, jene Kernaufgabe zu verwirklichen, die das Godesberger Programm der SPD mit einer berühmt gewordenen Formulierung einst als „Bändigung der Macht der Großwirtschaft“ bezeichnet hat. Und der Zustand der Welt erlaubt es weniger denn je, sich mit solchen Verhältnissen abzufinden. Er verbietet es auch, die Diskrepanz von Ziel und heutiger Wirklichkeit mit der selbstgenügsamen Formel zu überbrücken, zum demokratischen Sozialismus zu gelangen, sei ohnehin „eine ständige Aufgabe“, somit der Weg dahin unendlich. Die „dritten Wege“ zum Sozialismus schließlich, mochten sie nun in der Zwischenkriegszeit von den österreichischen Sozialdemokraten oder in den siebziger Jahren von den italienischen Kommunisten verfochten werden, standen seit jeher vor dem Problem, ihre Strategie mehr aus der Abgrenzung zu den beiden Hauptwegen als aus dem positiven Bezug auf ein eigenes Vorbild bestimmen zu müssen.

## Renaissance eines „lebendigen Marxismus“?

Noch einmal also: Kapitalismus triumphant, alle drei Gegner geschlagen oder ins Abseits gedrängt? Was spricht noch dagegen, dem siegreichen Wirtschaftssystem eine vergleichbar alternativlose Zukunft zuzusprechen, wie diese im Vorher von 1917 bestand? Wieder könnte der Augenschein trügen. Gleichgültig, wie man die Spaltung der Internationalen nach 1917 einschätzen mag, worauf sie beruhte, was sie bewirkte, die Ereignisse von 1989 entziehen ihrer Verlängerung in die Zukunft die Existenzberechtigung. Und eben darin stecken siebzig Jahre lang verschüttete Chancen, sich umzugruppieren, unter anderen Kriterien zusammenzuschließen, neue Synthesen einzugehen. Die Ökologie und die Friedensbewegung, die Eine-Welt-Bewegung, die Frauenbewegung, sie alle artikulieren Fragestellungen, von denen sich eine „hungrige“, auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfene, zugleich aber zentnerschwerer Verstrickung ledige Linke nicht länger mehr fernhalten wird.

Allerdings wird von solchen Möglichkeiten, neu auszuholen, erst dann ernsthaft die Rede sein, wenn die Linke eine Überprüfung ihres eigenen geistigen Rüstzeugs hinter sich bringt, die der Größe des Einschnitts von 1989 entspricht. Ohne sich ihre Neigung zu Offizialdoktrinen einzugestehen, ohne aufzuarbeiten, wie kontraproduktiv diese, trotz ihres vermeintlichen Zugewinns an Geschlossenheit, nach draußen und drinnen wirken, wird es künftig nirgends mehr abgehen. Und zwar auch dann nicht, wenn das schmerzhaft Eingriffe verlangt. In solchem Kontext die einst mit Stalin oder den „Mao-tse-Dong-Ideen“ verknüpften -ismen zu erwähnen, sträubt sich fast schon die Feder. Kaum besser steht es mit jenem Korpus von Lehren des

Marxismus-Leninismus, der die veröffentlichte Meinung in sämtlichen Ländern der „Zweiten Welt“ bis 1989 beherrschte. Auch hier hat die Sterilität der vorgegebenen Prämissen den Eigenwert der auf ihrer Basis betriebenen Forschung zerstört.

Offener, undogmatischer, lebendiger Marxismus wird dagegen, soll er sich überhaupt behaupten, zunächst einmal selbst jedem Klassiker-Unwesen zu begegnen haben, heißen sie nun Lenin, Engels oder Marx, Luxemburg, Bauer, Gramsci oder wie immer. Gerade ihm verlangt 1989 eine „kopernikanische Wende“, eine neue Zeitrechnung ab. An sicherer Erkenntnis wird er nicht mehr als einige grundlegende methodische Fingerzeige gelten lassen, die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung, der Widerstände, die sie hervorruft, und die „Idee“ ihrer Überwindung. Das Bewußtsein der eigenen Historizität, der Zugehörigkeit zu einem generationenübergreifenden Lernprozeß, mitsamt seinen Irrtümern, gehören dazu ebenso wie der Wahlspruch seines Begründers, wonach nichts vom Zweifel auszunehmen ist.

Welchen Sinn macht es nach allem, das Vorher von 1917 mit dem Nachher von 1989 zu vergleichen? Damals wie jetzt gab es zum Kapitalismus kein Gegen-System, das ihm an Dynamik und eben dadurch an Ausstrahlung hätte die Stirn bieten können. Die Vorstellung, daß sich vom schwächsten Kettenglied her der kapitalistische Geleitzug werde aufrollen lassen, bis dann eines Tages „die Erde rot“ geworden sei, hat sich als unhaltbar erwiesen. Was schon den Marxisten der Zweiten Internationale vor 1914 als Grundidee geläufig war, daß sich nämlich der Übergang zum Sozialismus, allen nationalen Differenzierungen zum Trotz, nur als ein zusammenhängender weltrevolutionärer Prozeß vollziehen könne, das gilt heute auf einem hundertfach kleiner, vernetzter gewordenen Planeten erst recht.

Wozu damals die Vorstellungskraft kaum reichte, daß sich nämlich Kapital, Produktketten, Kommunikation und Wissenschaft weltweit organisieren, daß neue „Supranationalstaaten“ halbe oder ganze Kontinente zu einheitlichen Wirtschaftsräumen würden zusammenschließen können, daß Weichen-

stellungen der Weltmarktkonkurrenz auf Schritt und Tritt in die kleineren oder größeren Binnenmärkte eingreifen, das alles zählt heute zu den Grundbedingungen gesellschaftsverändernder Strategien, und zwar allerorten. Hinzu kommen, wiederum überall, die neuen globalen Krisenmomente, von der Umweltzerstörung zum Treibhauseffekt und zur Bevölkerungsexplosion, nicht zu reden von den ungebannten Gefahren nuklearer Konflikte.

Will die Linke in solcher Lage mithalten, gar zum Adressaten neuer Hoffnung werden, wird sie es einerseits lernen müssen, uralte Fernziele des Sozialismus, wie eine neue Weltwirtschaftsordnung, Grundelemente einer gerechten Weltregierung, aus dem utopischen Jenseits in das verifizierbare Diesseits systemverändernder Tagespolitik zurückzuholen. Sie wird sich andererseits darauf einzustellen haben, bewußter, geduldiger mit Übergängen, Zwischenlösungen, mit der Verknüpfung widersprüchlicher Prinzipien wie Markt und Plan, Gewinninteresse und gesellschaftlichen Vorgaben auszukommen, ja, sie selbst zu erfinden. Nicht der Aufbau von Gegen-Welten, sondern die zielstrebig, systematische Veränderung der einen Welt, die es für uns gibt, deren Einheitlichkeit gerade aus dem Gebot zu ihrer Veränderung resultieren wird, muß nach 1989 zur Maxime linken Handelns werden. Je schneller, desto besser.

# Frei

Ja, ich möchte den Freitag kennenlernen...

... und bestelle 6 Ausgaben für DM 10,- (gegen Vorkasse: Geldschein, Briefmarken, Scheck) als Probeabonnement. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeab in ein reguläres Abonnement um. Obenstehende Bedingungen habe ich zur Kenntnis genommen.

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_  
Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim FREITAG-Verlag widerrufen kann.  
 Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Einsenden an: FREITAG Verlag GmbH, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36

Oliver Brosch

## REPLIK zu Hilgers/ Sauer in spw 56

Die „Notizen zu Konservatismus und Demokratie“ von Andrea Hilgers und Bertram Sauer im letzten Heft der spw rufen inhaltlichen Widerspruch und - soweit sie sich auf den Artikel von Fiete Saß, Michael Grunwald und mir in spw 51 beziehen - Ärger über die Methode der Auseinandersetzung hervor.

1. Wir haben seinerzeit nicht etwa „den Konservatismus“ totgesagt, sondern eine Fragmentierung jener spezifischen bundesdeutschen Konstellation des „Neokonservatismus“ attestiert, die sich eben vom „Reaganismus“ oder „Thatcherismus“ durch die Breite und die partielle Widersprüchlichkeit ihres Diskurses gründlich unterschied. Unterschätzt haben wir - wie wohl 99% der Linken - die Fähigkeit v.a. der Union, mit der Okkupation des Einheitsthemas und in der Gestalt eines „neuen Kanzlerwahlvereins“ nochmals politisch integrierend zu wirken. Gleichwohl haben die Konservativen ausweislich des Wahlergebnisses vom 2. Dezember nur den vorübergehend abgespaltenen rechten Rand wieder ankleben können.

Die von uns konstatierten zugrundeliegenden Widersprüche insbesondere zwischen den „Modernisierern“ in der Union und den marktradikalen und national-konservativen Abteilungen der Rechten sind geblieben, und man kann

Oliver Brosch, Wuppertal, Redakteur der spw

darüber spekulieren, ob sie nicht nach Einheitswahl und Einheitsrausch in den zukünftigen gesellschaftlichen Diskursen, etwa um Lebens- und Naturschutz, um „Multikultur“ und ethnische Identität und auch um Demokratie in aller Schärfe wieder hervortreten werden.

Wir haben für die vorsichtige Verabschiedung von der Kategorie „Neokonservatismus“ als Beschreibung dessen, was uns da regiert und politisch gegenübersteht, plädiert. In der Bundesrepublik hat ein geschlossenes „neokonservatives Projekt“ keine Chance, weil es sozial zu eng ist und dem enormen Integrations- und Harmoniebedarf dieser Gesellschaft nicht gerecht wird. Dies gilt erst recht für eine neue historische Situation, in der sich ausgerechnet die Konservativen das Ziel der „Gleichheit der Lebensverhältnisse“ wenigstens verbal zu eigen machen müssen.

Demgegenüber pochen Hilgers/Sauer offenbar auf die Existenz eines geschlossenen „konservativen Diskurses“, als dessen Exponenten sie „erfolgreiche PolitikerInnen“ wie Geißler, Späth und Süßmuth ansehen. Daß die wesentliche politische Leistung der Union im vergangenen Jahr aber nicht in der bruchlosen Durchsetzung von deren aufgeklärter Position z.B. zum Nationalstaat liegt, sondern gerade in der Vermittlung mit national-reaktionären Positionen, die eine populistisch operierende „Brückenpartei“ wie die REP (zunächst) wieder überflüssig machte, wird dabei ausgeblendet.

2. Die Bemerkung, für die Linke gelte es, dem Lafontaineschen Ansatz den Populismus auszutreiben, bezog sich damals explizit auf dessen deutsch-landpolitischen Diskurs, der wohl unbestritten auch auf „populistische“ Attitüden des Sozialneids und der Fremden- und „Ossi“-Feindlichkeit abzielte. Diese sind in einen „demokratischen Populismus“ prinzipiell nicht integrierbar, eben auch nicht in ihrer Spitze gegen die „rationale“ Politik des herrschenden Blocks.

Im übrigen ist gerade dies ein Beispiel für die Grenzen eines Einschwenkens der Linken auf „Populismus“. Bündnisfähige, zur Radikalisierung taugliche Positionen findet man in dieser Frage nämlich weder im rechtspopulistischen Diskurs noch im herrschenden

Konservatismus, sondern bei den Modernisierern aller Parteien und in „aufgeklärten“ Kapitalfraktionen. Das Problem der Integration, der Vermittlung populärer Bewegungen und Forderungen mit gesellschaftlicher Macht kann nicht ausgeblendet werden, indem sich die Linke mit der Formulierung radikaler Programme, die sich gegen gesellschaftliche Machtstrukturen richten, begnügt. Die beständige Anforderung an die Sozialdemokratie (oder bei Hilgers/Sauer an Lafontaine u.a.), nun bitteschön endlich eine „konsequente Alternative“ zum Konservatismus, zum Kapitalismus oder wozu auch immer zu präsentieren, ist nicht mehr als eine rhetorische Pflichtübung, deren Realitätsgehalt der Vorstellung von der Verwandlung der SPD in eine „konsequent sozialistische Partei“ entspricht. Weder kann die sozialistische Linke ihre Originalität und Eigenständigkeit an den per Definition widersprüchlichen „realen Reformismus“ delegieren, noch ist es für sie erfolversprechend, auf eine Kooperation mit Teilen des herrschenden Blocks zu verzichten.

Dies gilt insbesondere für die „Demokratiefrage“. Ebenso wie eine sozialistische Ökonomie nicht auf den Trümmern, sondern nur auf der Basis der Errungenschaften des modernen Kapitalismus denkbar ist, muß „sozialistische Demokratie“ an dem gesellschaftlichen Demokratisierungsbedürfnis und -potential gerade auch in der kapitalistischen Wirtschaft anknüpfen. Es geht nicht um Demokratie statt „Beteiligung“, wie dies Hilgers/Sauer offenbar vorschwebt. Die Linke verfügt nicht über den „ganz anderen“ Demokratiebegriff. Was anderes sollte sie anstreben als das „private Glück der Individuen“ und deren „aufgeklärte Selbstzufriedenheit“?

## Interview mit Walter Janka „Die Gesinnung nicht wie ein schmutziges Hemd wechseln“

Walter Janka, bis zu seiner Verhaftung 1956 Leiter des Aufbauverlages in der DDR, war im November Gast der Jusos in Hamburg-Nord. Der Kommunist, ehemalige Spanienkämpfer und Mitbegründer des mexikanischen Exil-Verlages El Libro Libre (in dem unter anderem Anna Seghers „Das siebte Kreuz“ erschien) wurde wegen „konterrevolutionärer Tätigkeiten“ 1957 in der DDR zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Erfahrungen mit dem deutschen Stalinismus hat Walter Janka im Buch „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ festgehalten. Heute ist er Mitglied in der PDS. Für die spw sprachen mit ihm Judith Marschall und Bertram Sauer.

SPW  
Du hast Deine Erinnerungen über Verhaftung und Prozeß aufgeschrieben und veröffentlicht. Wann und wie ist das Buch entstanden?

Janka

Kurz nach der Haftentlassung konnte ich nicht schreiben. Vor Wut hätte ich nur Blödsinn zu Papier gebracht. Dann, Anfang der 70er Jahre, als meine Kinder, viele Freunde und meine Frau mich immer wieder drängten, haben wir mich dem Aufschreiben begonnen. Wir haben es damals eigentlich nur für ein späteres Archiv aufgeschrieben. Für Nachfahren, die sich vielleicht einmal mit dem Problem befassen wollen, warum es nach dem zweiten Weltkrieg in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR gut oder schlecht ausgegangen ist. Als ich mich aber im Mai 89 das dritte Mal vergeblich um eine Rehabilitierung bemüht hatte, brach ich das Schweigen. Mit Hilfe von Günther Kunert und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duvé habe ich das Buch dann im Westen bei Rowohlt herausbringen können...

Angaben zu im Gespräch erwähnten Personen:

Paul Merker (von 1928 bis 1950 mit Unterbrechungen Mitglied des Politbüros von KPD bzw. SED) wurde im Zuge einer Säuberungsweile gegen den ebama der Westem granten aufgrund vorgerichter Verhandlungen zu wach einer Generalm an gen aus der Partei ausgeschlossen. 1952 im Gefolge des Prozeses gegen den ere nigen Generalsekretär der tschechoslowakischen KP Rudolf Slansky verhaftet. 1956 aus der Haft entlassen und rehabilitiert.

Franz Dohren (von 1929 bis 1953 Mitglied des Politbüros der KPD bzw. SED) gilt als starker Gegenspieler von Walter Ulbricht und wurde im Mai 1953 aller Parteifunktionen enthoben. 1956 rehabilitiert.

Anton Ackermann (von 1935 bis 1953 Mitglied des ZK der KPD bzw. SED) entwickelte 1946 die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, mußte sie 1948 im Zuge des Konflikts mit Jugoslawer widentalen wurde 1953 wegen Unterstützung von Herrschaft und Zäuser aller Parteiamter enthoben. 1956 rehabilitiert.

Rudolf Heilmann (von 1949 bis 1953 Chefredakteur des Neuen Deutschland und von 1950 bis 1953 Mitglied des ZK der SED und Kandidat des Politbüros) und Wilhelm Zaisser (während des Spanischen Bürgerkriegs Stabschef der Internationalen Brigaden, von 1950 bis 1953 DDR-Minister für Staatsarbeit, Mitglied des ZKs und des Politbüros der SED) waren schon vor dem 17. Juni 1953 für eine Lockerung des Parteikurses des verschärften Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus ein Berge wurden als Gegenspieler von Ulbricht im Juli 1953 aus dem ZK 1954 aus

SPW

... und warum hast Du so lange gezögert, das Buch zu veröffentlichen?...

Janka

Es dürfte wohl schwierig sein, für diese Gründe hier und heute in der Bundesrepublik Verständnis zu finden. Aber ich wollte durch nichts dazu beitragen, die DDR zu schwächen, zu destabilisieren oder gar zu gefährden. So waren meine Frau und ich uns auch in den bittersten Momenten darüber einig, daß wir in der DDR bleiben wollten. Denn Ulbricht hatte ja behauptet, daß ich im Dienste des Kapitals stand. Wir wollten in erster Linie nicht, daß er nach außen Recht behalten konnte. Und wir wollten uns nicht nehmen lassen, was wir für uns beanspruchten. Wir glaubten ja noch bis in die letzten Jahre hinein, daß mal der Zeitpunkt kommen wird, wo man diese Rentnermafia los wird. Und wir wollten auch nicht ein zweites Mal ins Exil. Wir müssen unterscheiden zwischen jenen Kritikern der DDR-Entwicklung wie Bloch und Lukacs und jenen Oppositionellen, die DDR als solche infrage stellten. Ich zählte mich zu den ersteren, denn ich wollte die DDR zu keiner Zeit abschaffen, auch dann nicht, als ich in Bautzen festgehalten wurde. Die besten Leute, wie Bloch und Mayer, sind ~~über~~ gegangen, aber sie haben nie eine Anti-DDR-Politik gemacht, sondern eine Anti-Honecker- bzw. eine Anti-Ulbricht-Politik, was etwas ganz anderes war.

SPW

Wie stand es in den 50er Jahren um die kritischen Kulturschaffenden in der DDR? Wie haben sie sich z.B. bei Deinem Prozeß verhalten?

Janka

Während des Prozesses haben alle geschwiegen, Becher und Bredel, Weigel und Fünberg, der ja durchaus noch anderes gedichtet hat als „Die Partei, die hat immer recht“. Ich weiß nicht, ob Angst oder Feigheit die Gründe waren. Wenn überhaupt, dann hätte Anna Seghers etwas ausrichten können. Doch auch sie ist zu Lebzeiten stumm geblieben. Allerdings möchte ich auf eine Novelle aus ihrem Nachlaß verweisen, die vor einiger Zeit veröffentlicht worden ist. Sie heißt „Der gerechte Richter“ und zeigt, daß sich Anna Seghers mit unserer Verurteilung durchaus beschäftigt hat.

## SPW

**Du sagst, daß die besten Leute gegangen seien. Aber nun gab es ja auch auf höchster Parteiebene Leute, die wie Rudolf Herrnstadt\* einen anderen Umgang mit den Ereignissen im Juni 1953 propagierten. Zählst Du ihn und Wilhelm Zaisser\*, seinen Mitopponenten im Politbüro, nicht zu den „besten Leuten“?**

## Janka

Im sogenannten Herrstadt-Dokument versucht die Tochter ihren Vater zu rehabilitieren und zu Ansehen zu bringen. Das kann ich zwar verstehen, aber sie vergißt oder übersieht dabei, daß Herrstadt und besonders Zaisser in ihrer Vergangenheit nicht Opfer, sondern Täter waren. Bei Zaisser und Herrstadt ging es um Machtkämpfe innerhalb der SED- und wenn zwei Gruppierungen um die Macht kämpfen, muß notwendigerweise eine verlieren.

## SPW

**Wie stehst Du zu späteren Kritikern der DDR-Gesellschaft wie Havemann oder Bahro? Hätte von ihnen ein Impuls zur inneren Reform der DDR ausgehen können?**

## Janka

1956 war Havemann noch ein Stalinist reinsten Wassers. Er kam aus dem Bürgertum zu uns und war sehr beflissen. Nach der Entwicklung im PCI und der Entwicklung in der CSSR hat er sich dann korrigiert und sehr erfolgreiche Vorlesungen an der Humboldt-Universität gehalten. Das hat er weiter strapaziert und seine Bücher geschrieben. Ich halte es für einen Kardinalfehler, daß die Partei- und Staatsführung seine Bücher bei uns nicht hat drucken lassen, obwohl - oder besser: gerade weil - ich nicht mit Havemanns Forderungen in allen Punkten übereingestimmt habe. Denn seine Auffassungen waren streitbar, damit wäre endlich Salz in die Suppe gekommen und die Wissenschaftler und Politiker bei uns wären gezwungen worden, das Andersdenken zu praktizieren und die Alternativen auszudiskutieren.

## SPW

**Hätte Deiner Meinung nach das gleichnamige Buch von Rudolf Bahro eine „Alternative“ sein können?**

## Janka

Ich muß ehrlich sagen: In der „Alternative“ steht ein solcher Quatsch drin - z.B. Fragen danach, wozu man im Leben zweimal Möbel kaufen oder wozu man eine Vierzimmerwohnung haben müsse. Bahro verstieg sich zu der Feststellung, daß in der DDR die Produktivkräfte bereits überentwickelt gewesen seien. Nein, eine solche Alternative wäre nur mit noch mehr stalinistischen Mitteln durchsetzbar gewesen. Aber auch hier wurde wieder der Fehler der Nichtveröffentlichung und Kriminalisierung gemacht. Das ist der Grundfehler unserer Kulturpolitik gewesen. In öffentlichen Debatten hätten ihn die guten Leute bei uns problemlos widerlegen können.

## SPW

**Aber waren diese „Fehler“ nicht eine logische Konsequenz aus immer wieder verpaßten Chancen zur Einleitung von Alternativen?**

## Janka

Wenn es bei uns einen Zeitpunkt gab, wo man ernsthaft hätte beginnen müssen, Veränderungen im Sinne eines demokratischen und humanen Sozialismus anzusteuern und sich von den Mitteln der gewaltsamen Diktatur und der Unterdrückung frei zu machen, dann wäre das 1949/50 gewesen. Aber genau da passierte das Gegenteil: die SED-Führung begann damit, die innerparteiliche kritische Gruppe, die aus dem West-Exil zurückgekommen war, also Leute wie Dahlem, Merker, Koehnen, Eisler, Langhoff und auch mich zu kriminalisieren und einen großen Prozeß vorzubereiten, um die kapitalistisch-imperialistische Tendenz, die wir angeblich aus dem Exil mitgebracht hatten, zu zerschlagen.

## SPW

**Es ist verwunderlich, daß Du in diesem Zusammenhang Anton Ackermann\* nicht nennst, der ja immerhin versucht hatte, unter der Überschrift „Deutscher Weg zum Sozialismus“ eine alternative Entwicklungsrichtung zu vertreten?**

## Janka

Sicherlich, aber Ackermann ist insgesamt sehr widersprüchlich. Bei Wehner läßt sich nachlesen, wie er Paul Merker\*, nachdem er aus Frankreich nach Mos-

kau zurückgekommen war, fälschlich beschuldigt hatte, Trotzki zu sein. Und nachdem er schon ausgeschaltet war, hatte er sich im Geheimprozeß nochmals dafür hergegeben, gegen Merker auszusagen.

## SPW

**...Eure Inquisitoren in den 50ern haben behauptet, ihr hättet Paul Merker zum ersten Mann der DDR machen wollen?...**

## Janka

Merker ist niemals von uns für die Nachfolge Ulbrichts vorgesehen worden. Er war ein Mann, der mit der 3. oder 4. Position zufrieden war und nicht vorhatte, um die Macht zu kämpfen.

## SPW

**Um auf ein anderes Kapitel in der Geschichte zu sprechen zu kommen: Im Unterschied zur BRD sind in der DDR die republikanischen Spanienkämpfer immer gewürdigt worden. Was macht für Dich heute die Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg 36-39 aus?**

## Janka

Man muß unterscheiden zwischen Leuten, die - wie ich - nach Spanien gegangen sind, um an der Front zu kämpfen, und Leuten, die nach Spanien gegangen sind, um für die republikanische Sache Reklame zu machen, was auch sein mußte. Und dann gab es die dritte Kategorie von Leuten wie Mielke und der schon erwähnte Zaisser, die den Geheimapparat aufbauen mußten, um wirkliche Agenten, vor allem aber auch sogenannte Trotzkiisten, Renegaten und Parteifeinde zu bekämpfen und zu liquidieren. Dieser Aspekt wurde bei uns in der DDR allerdings völlig totgeschwiegen oder als große heroische Leistung idealisiert.

Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang leider auch eine Rede des tschechoslowakischen KP-Führers Gottwald, in der die Spanienkämpfer, die nach Ende des Spanienkrieges in Frankreich interniert wurden, als potentielle Agenten des Imperialismus abqualifiziert wurden - passend zur Tatsache, daß die Angeklagten im Slansky-Prozeß\*, die die stalinistische Justiz überwiegend zum Tode verurteilte, zu einem erheblichen Teil Spanienkämpfer waren. Da diese ein großes Ansehen genossen, mußte man sie in der Öffentlichkeit in Mißkredit

bringen - durch die Behauptung, daß sie in der Emigration von den kapitalistischen Geheimdiensten angeworben worden seien. Das hat sich dann auch bei uns zeitweise so ausgewirkt, daß Spanienkämpfer aus politischen Funktionen und den sogenannten bewaffneten Organen herausgedrängt wurden.

## SPW

**Während Du in Spanien kämpftest, verstarb in Italien an den Folgen der faschistischen Kerkerhaft Antonio Gramsci. Hat Euch dieser Name damals etwas gesagt? Und spielten seine Theorien später in den Auseinandersetzungen der DDR eine Rolle?**

## Janka

Uns war Gramsci in den 30er Jahren nur als Faschismusopfer bekannt. Später, als bei uns der Stalinismus unter Ulbricht regierte, ist Gramsci aus politischen Gründen ignoriert, wenn nicht unterdrückt worden. Gramsci kam allenfalls durch die Politik des „historischen Kompromisses“, die der PCI unter Berlinguer in den 70er Jahren betrieben hatte, auch bei uns ein wenig ins Gespräch. Allerdings wurde die Linie der italienischen Kommunisten als Revisionismus bekämpft und verketzert. Außerhalb dessen, was sich zwischen Moskau und Berlin artikuliert, gab es in dieser Sichtweise nur noch Verrat. Ich meine im übrigen schon, daß man die Entwicklung des sogenannten Eurokommunismus hätte ernster nehmen und unterstützen sollen. Auch wenn das sicher nicht die Lösung der Probleme gewesen wäre, hätte es zumindest bewirkt, daß der Streit über den Umgang mit der Vergangenheit und die gemachten Erfahrungen für eine Korrektur fruchtbar gemacht worden wäre.

## SPW

**... Hätte dies den Zusammenbruch des sog. realen Sozialismus denn verhindern können?...**

## Janka

Meine Frau und ich waren schon seit mindestens 10 bis 15 Jahren der Meinung, daß die sich entwickelnde Situation in der DDR dazu führen wird, daß diese ganze Gesellschaft durch irgendeinen Umstand zusammenbrechen muß. Die Behauptung, daß die Demonstrationen in Leipzig und Berlin den Zusammenbruch bewirkt hätten, beinhaltet ja nur die halbe Wahrheit. Denn dazu wäre es

in jedem Falle früher oder später gekommen - wenn nicht durch diese Demonstrationen, dann durch ein anderes Ereignis. Man hätte den Zusammenbruch also gar nicht mehr als solchen verhindern können. Aber ein derartig haltloser Prozeß, in dem nichts mehr zu retten war, wäre bei einer anderen Steuerung vermeidbar gewesen.

## SPW

**Du bist heute Mitglied in der PDS. Ist das nicht ein Widerspruch, als SED-Opfer diese politische Heimat zu wählen?**

## Janka

Ich gehöre nicht zu denen, die ihre Gesinnung wie ein schmutziges Hemd wechseln. Die PDS betreibt zur Zeit Vergangenheitsbewältigung durch grundlegende Reformierung. Außerdem halte ich es für wichtig, daß es links von der Sozialdemokratischen Partei eine Bewegung, eine Opposition gibt, die auch die SPD immer wieder nötigt, sich nicht rechts, sondern links zu artikulieren und zu orientieren. Früher oder später müssen wir zu Strukturen kommen, wo wir (das Spektrum um die PDS) und die Sozialdemokratie aufeinander zugehen und dabei auch über das hinausgehen, was die Sozialdemokratie momentan als Reformpolitik begreift.

Ich bin ja auch dafür gewesen, daß vor einigen Jahren die großen Träger der Arbeiterbewegung ins Gespräch kommen sind, und dazu zählten in der Bundesrepublik in erster Linie die SPD und bei uns die SED. Ich bedaure, daß viele sozialdemokratische Politiker nun ihre Hauptaufgabe darin sehen, alles, aber auch wirklich alles nur auf die Staatsicherheit und auf die SED und die PDS zurückzuführen, und daß sie völlig vergessen, wie ihr Vorstand noch bis Sommer 1989 mit den miserabelsten Kröten, die die SED hervorgebracht hat, nämlich mit Leuten wie Axen und Reinhold gesprochen hat. Die Erneuerung der PDS ist eingeleitet aber noch lange nicht abgeschlossen. In der Geschichte haben schon andere in Anspruch genommen, sich zu reformieren, sich zu korrigieren, sich neu zu orientieren. Und ich verlange, daß man dies auch uns zugesteht. Sonst hat es gar keinen Sinn, daß wir der SED den Vorwurf machen, daß sie das Andersdenken kriminalisiert hat.

## SPW

**In Deinem Buch schreibst Du, daß**

**in den Gefängnistagen die „eigene Gedankenwelt einem Trümmerhaufen gleich“, wobei „das Alte überwunden werden muß, aber man muß auch wissen, worin das Neue besteht“, und daß das Nachdenken über das Neue Dir Kraft gab. Ausgehend von den Alternativen, die die DDR vielleicht gehabt hätte: Was ist das Neue, das die Linke entwickeln muß?**

## Janka

Meine Frau und ich gehören nicht zu denen, die jetzt laut schreien, der Sozialismus oder die sozialistische Idee seien von Anfang an falsch gewesen oder in die Irre geführt worden und auf jeden Fall für alle Zeiten erledigt. Sicher müssen wir uns von Hoffnungen trennen und befreien, die sich als falsch erwiesen haben und nach neuen Wegen suchen. Der sogenannte reale Sozialismus ist ökonomisch und politisch gescheitert. Auf der anderen Seite meine ich aber schon, daß wir die verfilzten übernationalen Konzerne, Monopole und Trusts bekämpfen müssen, weil die ökonomische Kraft des internationalen Monopolkapitals so stark ist, daß sie jede Möglichkeit einer demokratischen Volkswirtschaft verhindern kann. Im übrigen darf man den Kapitalismus nicht daran messen, wie er in der Bundesrepublik funktioniert. Zur kapitalistischen Welt zählen auch Länder, in denen die Volksmassen nicht besser gelebt haben als im real existierenden Sozialismus.

Der Unterschied zwischen sozialistischer und bürgerlicher Demokratie besteht, um es einmal ganz allgemein zu sagen, in der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Wir haben das in der DDR leider so verstanden, daß man jeden Hosenkноп verstaatlichen oder vergesellschaften müsse. Daß wir das Dienstleistungsgewerbe bzw. den Mittelstand liquidiert haben, war einer der schlimmsten Fehler, die wir gemacht haben. Was wir vor allem nicht erreicht haben, ist eine neue Form der Demokratie, die wir als sozialistische Demokratie verstehen können. Ich neige jetzt dazu, daß wir uns mit den Begriffen Demokratie und Ökonomie auf eine Weise auseinandersetzen müssen, die es ermöglicht, das Beste aus der bürgerlichen Vergangenheit in die neuen Gedanken zu integrieren, die dann zu neuen sozialen Modellen führen werden.

Ich abonniere SPW ab sofort/ab Heft ..... SPW erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-, Ausland DM 54,- (incl. Versand). SPW kann jahrgangsweise auch rückwirkend abonniert werden.

- zum Normalpreis DM 51,-  
 zum ermäßigten Preis DM 42,-  
 zum Auslandspreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsmächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer  Bankleitzahl

Bankverbindung

Name (in Druckbuchstaben)  Geburtsdatum

Straße und Hausnummer

PLZ  Wohnort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift

(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)

## PRÄMIE

Ich habe spw bereits abonniert oder diese/n Abonnenten/in geworben. Ich möchte gerne die Buchprämie

Nr.   
 Die Prämie steht mir zu, sobald die Abo-Gebühren beim Verlag eingegangen sind.

Name (in Druckbuchstaben)

Straße und Hausnummer

PLZ  Wohnort

Datum/Unterschrift



## spw Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

- Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM  
 Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

### Ich bestelle

- gegen Rechnung  
 durch Vorkasse  
 mit Verrechnungsscheck
- Expl. Josef Hindels, Marxismus u. Gegenwart  
 Expl. Frauenbilder  
 Expl. Kapitalistische Krise  
 Expl. Herforder Thesen  
 Expl. Linke Sozialdemokraten ? ...  
 Expl. Sozialismus der Zukunft  
 Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Hefte Nr.

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

## Geschichte wird gemacht, spw war dabei.

spw 39 bis spw 50 zum Sonderpreis von 60,- DM (incl. Versand).

### Ich bestelle

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt  
 Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

### Josef Hindels MARXISMUS UND GEGENWART

2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück.

Prof. Josef Hindels, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen in der Gegenwart, befaßt sich in dieser Broschüre aus der Sicht des unorthodoxen Marxismus mit jenen Fragen, die in der Gesellschaft von heute große ideologische Auseinandersetzungen auslösen: Die atomare Bedrohung und der Hunger in der Welt sowie das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie unter spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Damit verbunden ist auch eine leicht verständliche Einführung in marxistische Denkweisen.

Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

### FRAUENBILDER: Die weibliche Wirklichkeit ist anders

(Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

### KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 S., Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

### HERFORDER THESEN. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpfen.

### LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsg. von Detlev Albers u.a., mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM. "... alle diese kritischen Bemerkungen mindern in meinen Augen das außerordentliche Verdienst der Herforder Thesen nicht - und ich sage das ausdrücklich, obwohl ich in einer Reihe von ganz entscheidenden Punkten inhaltlich nicht mit ihnen übereinstimme -, weil nach langer, langer Zeit ... der Versuch gemacht wurde, ein umfassendes Konzept sozialistischer Politik auf marxistischer Grundlage für Sozialisten in der SPD zu entwickeln." (Peter von Oertzen)

### SOZIALISMUS DER ZUKUNFT. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm,

# WEITERHIN LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGS- PROGRAMM

Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 S., Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM. WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist. Grundelemente der SPD-Programmatik, die auf der Höhe der Probleme der Zeit steht und die antikapitalistische Perspektive nicht preisgibt.

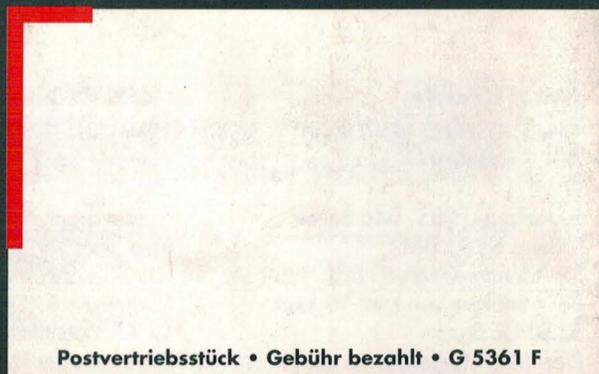
### PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen

Hrsg. von Susi Möbbeck, Fieta Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

Im nächsten Heft

u.a.:

- **Ökologischer Umbau**
- **Neues Konsummodell**
- **Golfkrieg**



Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

## ADRESSENÄNDERUNG **COUPON**

Ich bin umgezogen. Bitte ändert meine Adresse in Eurer Datei.

Mein Name

Meine alte Adresse

Meine neue Adresse

Unterschrift

Schicken an: spw Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

**spw  
abonnieren!  
AbonentInnen  
werben!**

Wer jetzt **spw** abonniert  
oder ein neues ABO wirbt, erhält als  
Dankeschön **eine Werbepremie  
nach eigener Wahl!**

Das aktuelle Angebot  
befindet sich  
auf Seite 58.

## **SPW**

- **das Magazin der sozialdemokratischen Linken,**
- **das Magazin für einen sozialistischen Dialog.**

**SPW** wird herausgegeben von den Bundestagsabgeordneten **Katrin Fuchs** und **Jürgen Egert**, der Juso-Vorsitzenden **Susi Möbbeck**, den Mitgliedern der SPD-Programmkommission **Detlev Albers** und **Heinrich Lienker**, dem Gewerkschafter **Klaus-Peter Wolf** u.a.

**SPW** erscheint als Themenheft, mit aktuellen Kommentaren, Analysen und Berichten aus dem In- und Ausland.

**6 Ausgaben im Jahr** (Jahresumfang 360 Seiten) • Einzelheft 7,- DM • Jahresabo: 51,- DM (für Nichterwerbstätige: 42,- DM) incl. Versand (Ausland 54,- DM)